

Preussische Allgemeine



Nr. 7 · 19. Februar 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Interview Historiker Sönke Neitzel über sein Buch „Deutsche Krieger“ **Seite 3**



Kronstadt Vor 100 Jahren erhob sich die Elite der Baltischen Flotte **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Anschlag auf die junge Mittelschicht

Die Linkspartei ist sofort eingestiegen bei der Attacke der Grünen gegen den Neubau von Einfamilienhäusern in Ballungsgebieten. Das mag kaum verwundern. Schließlich gilt das Eigenheim mit Garten der radikalen Linken als Inbegriff der verhassten Bürgerlichkeit. Insofern ist ihre Haltung wenigstens folgerichtig.

Dies kann man von den Grünen nicht behaupten. Dass sie der Landfraß und die Zerstückelung naturnaher Flächen umtreiben, mag nur auf den ersten Blick glaubwürdig erscheinen. Beim zweiten Hinsehen schiebt sich die verstörende Silhouette gigantischer Windparks ins Auge, die den offenen Raum in Deutschland weitflächig ästhetisch wie ökologisch zunehmend zerfleddern. Selbst geschützte Waldgebiete werden dafür zerfurcht.

Hier zeigen die Grünen eine ökologische Kaltschnäuzigkeit, die ihre vorgetäuschte Sensibilität in anderen Bereichen von Natur- und Landschaftsschutz als Heuchelei entlarvt. Nicht umsonst hat dies nun zu einer schweren Krise im NABU, einer bislang sehr Grünen-nahen Organisation, geführt (siehe Seiten 4 und 8).

Sozial gesehen zementiert ein solches Neubauverbot den Graben zwischen Eigenheimbesitzern und -nichtbesitzern nur noch mehr. Der Bestand würde teurer, weil begehrter, da der fehlende Neubau das Angebot in Wachstumsregionen automatisch verknappt. Dies wäre ein weiterer Anschlag auf die Chancen der jungen Mittelschicht. **H.H.**

ZEITGESCHEHEN

Wenn das Ergebnis immer schon vorher feststeht

Wie sich in aktuellen Debatten Politiker und Wissenschaftler die Fakten so zurechtlegen, dass man nicht mehr dagegen argumentieren kann

VON RENÉ NEHRING

So gewinnt man immer: Als in der vergangenen Woche starke Schneefälle über das Land zogen und die Temperaturen tagelang unter Null blieben, kam schnell die Frage auf, wie sich dies mit der These vom menschengemachten Klimawandel vertrage.

Eine Antwort lieferte Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Dieser verwies nicht etwa darauf, dass das Wetter dem entsprach, was noch vor wenigen Jahren als normaler mitteleuropäischer Winter galt. Vielmehr erklärte er gegenüber der dpa die Kälteperiode als Folge eines instabilen Polarwirbels, wodurch die Kaltluft, die normalerweise in dem Wirbel über dem Nordpol gefangen ist, auf die angrenzenden Kontinente ziehen konnte. So weit, so gut.

Bedenklich ist jedoch Rahmstorfs Erklärung für die Instabilität des Polarwirbels. Diese, so der Wissenschaftler, sei wahrscheinlich auf die starke Erwärmung der Arktis und die Abnahme des Meereises dort zurückzuführen. Mit anderen Worten: Der Klimawandel ist nicht nur schuld, wenn es zu warm ist – sondern auch, wenn es zu kalt ist. Gegen diese Art von Argumentation kann man nicht gewinnen.

Nach einem ähnlichen Muster verfährt seit Monaten auch die Politik in der Begründung der Corona-Maßnahmen. Wenn die Zahl der Positivtestungen steigt, gilt

dies als Beleg für die Gefährlichkeit des Virus. Sinken jedoch die Zahlen, heißt es, wir müssten weiter auf der Hut sein, weil das Virus noch immer gefährlich sei.

Als Beleg für die anhaltenden Gefahren werden regelmäßig die Corona-Mutationen in Großbritannien, Irland, Südafrika, Brasilien und Portugal angeführt. Allerdings gehen in all diesen Ländern die Infektionskurven seit Wochen steil nach unten. In Großbritannien etwa von 68.053 neuen Fällen am 8. Januar auf 9765 Fälle am 15. Februar und in Irland von 6886 Fällen am 10. Januar auf 820 Fälle am 15. Februar. In Brasilien, wo die Zahlen stärker schwanken, war der Höchstwert mit 69.198 neuen Fällen am 15. Januar erreicht, am 15. Februar wurden hier 32.197 Fälle erfasst. Und in Südafrika sank die Zahl der registrierten Fälle von 21.980 am 8. Januar auf 1102 am 15. Februar. Die Daten sind im Internet mühelos überprüfbar.

Ungeddeckte Behauptungen

Während also Politik und Medien täglich vor dramatisch erhöhten Ansteckungszahlen infolge von Virusmutationen warnen – und damit nicht zuletzt die Verlängerung des Lockdown begründeten – sind in den genannten Ländern die tatsächlichen Fallzahlen dramatisch gesunken. Selbst in Portugal, wo noch am 28. Januar 16.432 neue Fälle registriert wurden, wurden am 15. Februar nur mehr 1303 positive Corona-Tests erfasst.

Dass beide Themen auch gut in eine Geschichte passen, zeigte vor wenigen Tagen die „Zeit“. Diese befragte die Virologin Sandra Junglen von der Charité über die Zusammenhänge von Coronavirus, Artensterben und Klimawandel. Die Kernaussage des Interviews, auf „zeit.de“ nachzulesen, lautet: „Und ganz praktisch gesprochen: Wer Pandemien verhindern will, muss ursprüngliche Ökosysteme wie den Regenwald erhalten, denn die Zerstörung von Ökosystemen und der damit einhergehende Verlust der Artenvielfalt begünstigen neuartige Infektionserkrankungen.“

Bei Argumentationen wie diesen wird zumindest deutlich, warum manche Wissenschaftler so vehement verneinen, dass das Virus aus einem chinesischen Labor stammen könne, obwohl China bis heute die Herausgabe von Rohdaten über die ersten Corona-Fälle an die WHO verweigert. Denn bei der Herkunft aus einem Labor würden Thesen wie die vom Zusammenhang von Klimawandel und Pandemie sofort in sich zusammenbrechen.

Für den kleinen „Rest“ der Welt ergibt sich freilich das Problem, dass hier Akteure am Werk sind, die sich von keinerlei Fakten beirren lassen, wenn diese nicht ins eigene Weltbild passen. Doch während es für die Akteure oft nur darum geht, in einer Sache „recht“ zu behalten, müssen die Bürger mit den Folgen des Lockdowns oder der Abwicklung ganzer „klimaschädlicher“ Industriezweige noch lange leben.

IN DIESER AUSGABE

Politik

NABU: Die Basis rebellierte gegen Kumpanei beim Ausbau der Windkraft **Seite 4**

Kultur

Ein polnisches Gericht bestraft Historiker, weil sie die Wahrheit veröffentlichten **Seite 12**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg erwerben russische Investoren alte deutsche Villen **Seite 13**

Pommern

Mit der „MS Finn Lady“ durch Eis und Schnee auch im Winter über die Ostsee **Seite 19**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Atomstreit Iran Unter Trump sind die USA aus dem Atomabkommen ausgestiegen. Der Iran fühlt sich nun auch nicht mehr an das Abkommen gebunden. Wie reagieren darauf die USA unter ihrem neuen Präsidenten?

Joe Biden steht vor der Wahl

Ein präventiver Militärschlag Israels droht ebenso wie ein offener Krieg zwischen den USA und dem Iran

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ende vergangenen Jahres meldeten die iranischen Medien, eine Gruppe von Abgeordneten des Parlaments in Teheran habe ein 16-Punkte-Programm zur Abstimmung vorgelegt, das sobald als möglich Gesetzeskraft erlangen solle. Dessen Punkt 5 laute: „Die Regierung ist verpflichtet, ... Vorkehrungen zu treffen, um das usurpierende zionistische Regime bis 1420 zu zerstören.“

Ob der Antrag, Israel spätestens im Jahre 2042 unserer Zeitrechnung von der Landkarte zu tilgen, eine Mehrheit in der Madschles Schora Eslami (Islamischen Versammlung) finden wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall verleihen solche Forderungen dem jetzt wieder hochkochenden Atomstreit zwischen dem Iran und dem Westen jede Menge zusätzliche Brisanz. Dabei wollten die seit 1979 herrschenden Mullahs zunächst gar keine Nuklearwaffen entwickeln lassen. Denn es galt das Diktum des Revolutionsführers Ajatollah Khomeini, Kernforschung sei etwas zutiefst „Unislamisches“.

1988 erklärte der zweite Mann im Staate und Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte, Ali-Akbar Häschemi Rafsandschani, dann jedoch zum Ende des Ersten Golfkrieges gegen den Irak, sein Land brauche die Atombombe. Dem folgten der Bau von Anlagen zur Uran-Anreicherung und die Entwicklung von Mittelstreckenraketen für den Einsatz der Massenvernichtungswaffe.

US-Ausstieg ist nicht folgenlos

Im August 2005 entbrannte im Iran ein Machtkampf zwischen Befürwortern und Gegnern der nuklearen Aufrüstung. Während der neugewählte Staatspräsident Mahmud Ahmadineschad vehement für den Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag votierte, den der Iran bereits 1968 unterzeichnet hatte, erließ die oberste politische und religiöse Instanz des Landes, Ajatollah Ali Khamenei, eine Fatwa, welche die Herstellung und den Gebrauch von Kernwaffen verbot.

Am Ende setzten sich jedoch die Falken durch und schufen vollendete Tatsachen, indem sie die Wiederaufnahme der industriellen Uran-Anreicherung im Iran veranlassten, die im Oktober 2003 zw-



Der Iran schließt überraschende Luftangriffe Israels oder der USA nicht aus: Flugabwehrstellung an der Nuklearanlage Natanz

schenzeitlich auf internationalen Druck hin eingestellt worden war.

Das führte zu heftigen Reaktionen des UN-Sicherheitsrates und der EU sowie der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), welche die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages kontrolliert. Insbesondere wurden ab 2006 immer neue und schärfere Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verhängt. Ungeachtet dessen erhöhte das Land den Uran-Anreicherungsgrad im Februar 2010 auf 20 Prozent – nach Aussage des Leiters der iranischen Atomenergiebehörde AEOI, Ali Akbar Salehi, allerdings nur, um Radioisotope für medizinische Zwecke zu produzieren. Und eine derartige zivile Nutzung ist laut Artikel IV des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen auch „das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien.“ Trotzdem kam es daraufhin zu weiteren Sanktionen. Deren

Aufhebung erfolgte erst aufgrund des Atomabkommens von Wien vom 14. Juli 2015, in dem sich der Iran gegenüber den Atomwaffenmächten China, Russland, Großbritannien, Frankreich und USA sowie Deutschland unter anderem dazu verpflichtet hatte, die Uran-Anreicherung auf 3,67 Prozent zu begrenzen.

Der Kalte Krieg könnte heiß werden

Allerdings betrachtet Teheran diese Abmachung als obsolet, seit die USA 2018 einseitig aus dem Vertrag ausgestiegen sind. Infolgedessen erhöhte der Iran den Anreicherungsgrad zunächst wieder auf 4,5 Prozent. Und am 4. Januar dieses Jahres gab ein Sprecher des Mullah-Regimes bekannt, dass man künftig erneut gewisse Mengen des Spaltmaterials auf 20 Prozent anreichern werde. Dem vorausgegangen war eine entsprechende Entscheidung des iranischen Parlaments. Derart

angereichertes Uran eignet sich im Prinzip bereits für den Bau von Atomwaffen. Als wirklich effektiv gilt aber erst ein Anreicherungsgrad von 80 bis 90 Prozent.

Teheran kann also weiterhin behaupten, seine Uran-Zentrifugen liefen nur für zivile Zwecke, während es gleichzeitig eine nicht ganz ungläubwürdige Drohkulisse aufbaut. Damit steht der neue US-Präsident Joe Biden nun vor der Herausforderung, sowohl schnell als auch angemessen handeln zu müssen. Reagiert er zu träge oder inkonsequent, droht ein präventiver Militärschlag Israels, das sich von dem iranischen Atomprogramm immer stärker bedroht fühlt. Geht Biden hinwiederum zu forschen vor, könnte aus dem seit Jahrzehnten schwelenden Kalten Krieg zwischen den USA und dem Iran urplötzlich ein heißer werden. In beiden Fällen wären die Folgen für die Golfregion und die übrige Welt dramatisch.

NUKLEARMÄCHTE

Was man benötigt, um dazuzugehören

Das nukleare Potential eines Landes beruht stets auf drei Säulen: Zugang zu Uranvorkommen, funktionstüchtige Atomanlagen mit qualifiziertem Personal und die Möglichkeit, Kernwaffen ins gewünschte Ziel zu bringen. In dieser Hinsicht ist der Iran durchaus gut aufgestellt.

Da wären zunächst die diversen landeseigenen Uranlagerstätten in Saghand, Narigan, Sechahun, Gchine, Zarigan, Talmessi, Choschumi, Kale-Kafi und Arusan. Aktuell kommt dabei das meiste von dem spaltbaren Material aus der seit 2006 in Betrieb befindlichen Mine von Saghand in der Salzwüste Dasht-e-Kavir.

An kerntechnischen Anlagen verfügt das Mullah-Regime über zwei einstmals von den USA gelieferte Reaktoren in Teheran (siehe unten), das mit russischer Hilfe fertiggestellte Kernkraftwerk Buschehr, das 2011 ans Netz ging, die unterirdischen Fabriken von Natanz und Fordo, in denen die Zentrifugen laufen, in denen jetzt die Urananreicherung auf 20 Prozent stattfindet, sowie Forschungs- und Produktionsstätten in Isfahan, Arak, Karadsch, Laschgarabad, Ramandeh, Parchin, Ramsar und Bonab.

Und sollte der Iran irgendwann im Besitz von Atomwaffen sein, würde er damit vermutlich vor allem jene Mittelstrecken-Raketen bestücken, die sich bereits in seinem gut gefüllten Arsenal befinden oder demnächst einsatzbereit sein sollen. Dazu zählen die Shahab-3, -3A und -3B, Dezful, Fadschr-3, Ghadr-110, -F, -H und -S, Sedschil-1 und -2, Emad sowie Chorranschahr-1 und -2. Deren Reichweiten liegen zwischen 1150 und 2500 Kilometern. Und manche Modelle wären in der Lage, unabhängig voneinander niedergehende Mehrfachsprengköpfe zu tragen.

Darüber hinaus hat der Iran der Enthüllungsplattform WikiLeaks zufolge 2005 noch 18 nordkoreanische Mittelstrecken-Raketen vom Typ BM25 Musudan (Hwasong-10) erworben. Diese Kopie der russischen R-27 vermag angeblich bis zu 4000 Kilometer weit zu fliegen. Damit könnte sie Ziele in fast ganz Europa attackieren. W.K.

GESCHICHTE

Mit einem Schlag endete die Kooperation

Bis zur Islamischen Revolution hat Washington das iranische Atomprogramm unterstützt

Bis zur Islamischen Revolution von 1979, die zum Sturz von Schah Reza Pahlavi führte, unterstützten die USA das Atomprogramm des Iran nach Kräften. 1959 schenkte US-Präsident Dwight D. Eisenhower der Universität von Teheran einen ersten Forschungsreaktor. Dem folgte 1967 der Fünf-Megawatt-Leichtwasserreaktor, der an das Tehran Nuclear Research Center ging.

Unter dem Schah ratifizierte der Iran auch den Atomwaffensperrvertrag. Hierdurch verpflichtete sich das Land zur friedlichen Nutzung der Atomenergie. Für Reza Pahlavi war Erdöl schon damals eine wertvolle Ressource, obwohl der Iran über enorme Mengen davon verfügte. So

sagte der Monarch im März 1974: „Wir werden so rasch wie möglich die Atomenergie und alternative Energiequellen nutzen, um Öl für die Herstellung chemischer und petrochemischer Produkte zu reservieren. Wir sollten Öl, diese kostbare Substanz, nicht einfach als gewöhnlichen Brennstoff verwenden.“

Im Jahr darauf unterzeichnete der US-Außenminister Henry Kissinger das „National Security Decision Memorandum 292“ bezüglich der amerikanisch-iranischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nukleartechnologie. Darin hieß es, dass die USA kerntechnische Ausrüstung im Wert von sechs Milliarden US-Dollar an den Golfstaat zu liefern beabsichtigen.

1976 bot Washington dem Schah-Regime sogar noch an, eine Anlage zur Herstellung von Plutonium zu erwerben. Dieses Element eignet sich besonders gut für den Bau von Atombomben. Das war dann wohl auch der Grund dafür, dass Präsident Gerald Ford die Offerte rückgängig machen ließ.

Wenig später waren in Teheran die Mullahs an der Macht. Damit endete mit einem Schlag die nukleare Kooperation zwischen dem Iran und den USA. Seitdem bemühen sich die USA stattdessen im Bunde mit Israel, das iranische Atomprogramm zu sabotieren. Dabei bedienen sie sich vor allen zweier Methoden: Computersabotage und gezielte Liquidierung

Mit Computersabotage und gezielter Liquidierung von Wissenschaftlern versuchen die USA im Bunde mit Israel, das iranische Atomprogramm zu sabotieren

von Wissenschaftlern. So starb am 27. November 2020 der angebliche „Vater der iranischen Atombombe“ Mohsen Fachsadeh bei einem Attentat. Vorher waren schon die Nuklearforscher Massud Ali-Mohammadi, Madschid Schahriari, Dariusch Rezaie und Mostafa Ahmadi-Roschan Mordanschlägen zum Opfer gefallen, hinter denen augenscheinlich die Vereinigten Staaten und Israel steckten.

Die Tötung von Fachsadeh brachte dann allerdings das Fass zum Überlaufen und führte direkt zu dem Beschluss des Teheraner Parlaments vom Ende vorigen Jahres, wieder mit der Produktion von theoretisch auch waffenfähigem Uran zu beginnen. W.K.

„Klarheit über die Konsequenzen“

Über die historischen und politischen Grundlagen der Bundeswehr, Veränderungen und Kontinuitäten im Kriegshandwerk – und die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz für den Kernauftrag der eigenen Armee

IM GESPRÄCH MIT
SÖNKE NEITZEL

In seinem Buch „Deutsche Krieger“ beschreibt der Historiker Sönke Neitzel historische Entwicklungslinien, die es nach dem Selbstverständnis der Bundesrepublik und nach dem Traditionsverständnis der heutigen deutschen Armee eigentlich gar nicht gibt. Ein Gespräch über einen besonderen Aspekt unserer Geschichte und das schwierige Verhältnis der Deutschen zu ihren Streitkräften.

Herr Neitzel, was hat Sie dazu bewegt, eine Militärgeschichte „vom Kaiserreich zur Berliner Republik“ zu schreiben?

Der Ausgangspunkt war die Arbeit an dem Buch „Soldaten“ im Jahre 2010 mit Harald Welzer, in dem wir die Abhörprotokolle deutscher Kriegsgefangener aus dem Zweiten Weltkrieg analysierten. Damals war die Bundeswehr in Afghanistan in schwere Kämpfe verwickelt. Beim Verfolgen der Medienberichterstattung erinnerten mich viele Aussagen der Bundeswehrsoldaten an die Abhörprotokolle, die wir gerade auswerten. Diese Gedanken haben zu weiteren Überlegungen geführt. Da ja auch die Wehrmacht nicht vom Himmel fiel, habe ich als Ausgangspunkt meiner Untersuchung die Gründung des Kaiserreichs 1871 gewählt. Von hier ab können wir von einem deutschen Militär sprechen. Der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt jedoch auf der Bundeswehr.

Die Bundeswehr tut sich – wie die Republik insgesamt – schwer mit dem historischen Ballast. Immer wieder betonen ihre Repräsentanten den Neuanfang des Jahres 1945, so als ob der heutige deutsche Staat mit seinen Vorgängern nichts zu tun hat. Haben Armee und Gesellschaft einen Lernprozess durchlaufen, dass man der Geschichte ebenso wenig entfliehen kann wie den Herausforderungen der Gegenwart?

Ich sehe es – zumindest mit Blick auf die frühe Bundesrepublik – genau andersherum. In den ersten Jahren der Bonner Republik gab es eine starke Kontinuität zum Deutschen Reich. Natürlich hatte der Staat eine neue Verfassung und ein neues Parteiensystem, aber die Bundesbürger waren zuvor allesamt Bürger des Deutschen Reiches. Es gab keine Stunde Null, Elitenkontinuitäten gab es überall, im Journalismus, in der Kultur, in der Politik. Und es gab sie auch im Militär.

In Bezug auf das Militär hat die Bonner Republik zur Gestaltung des Übergangs zu einem Trick gegriffen und die Wehrmacht vom Nationalsozialismus getrennt. Dadurch konnten Millionen ehemalige Kriegsteilnehmer, darunter die meisten Politiker und Staatsdiener, in die neue Republik integriert werden. Dieser Gründungskompromiss endete erst in den 1990er-Jahren, als die Kriegsgeneration abtrat. Die letzten Bundestagsabgeordneten, die noch in der Wehrmacht gedient hatten, gingen 1998 in den Ruhestand, darunter Heinrich Graf von Einsiedel von der PDS und Alfred Dregger von der CDU. In dieser Zeit thematisierte die Wehrmachtausstellung die Verbrechen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg in einer Breite, wie dies wenige Jahre zuvor kaum denkbar gewesen wäre.

Parallel zum Abgang der Kriegsgeneration änderten sich auch die Aufgaben des Militärs. Die Politik sprach nicht mehr von Landesverteidigung, sondern von „Peacekeeping“. An die Stelle von Gefechtsübungen traten Rettungs- und Hilfeinsätze. Politik und Armeeführung versuchten nun, von den historischen Kontinuitäten wegzukommen, unter anderem mit neuen Traditionsrichtlinien. Das gelang oft nicht, bis heute gibt es immer wieder Skandale, die oft mit Rechtsradikalismus verbunden sind. In den späten 1990er-Jahren gab es dann sogar einen Untersu-



„Mehr Ehrlichkeit im Umgang mit den Realitäten“: Deutsche Soldaten im Einsatz in Afghanistan

Foto: imago/East & Ost

chungsausschuss des Bundestages, und damit begann der endgültige Abschied der Bundeswehr von der Wehrmacht.

Ein zentraler Begriff Ihrer Studie ist „Kohäsion“, also die Frage, was die Armeen in ihrer Zeit zusammengehalten hat.

Richtig. Aus der Soziologie kennen wir Kohäsionsmodelle, die den Zusammenhalt einer Gruppe erläutern. Neben der horizontalen Ebene der Primärgruppen, also der kleinen Truppengrößen bis zur Kompaniestärke, gibt es auch die vertikale Kohäsion, die den Bezug der Truppe zur politischen und militärischen Führung beleuchtet. Wenn also die Kampfverbände untereinander stark zusammenhalten und zugleich eine hohe Loyalität zur militärisch-politischen Führung zeigen, dann ist dieses Kohäsionsgeflecht besonders widerstandsfähig. Vermutlich war dies Geflecht in der deutschen Geschichte bei der Wehrmacht am widerstandsfähigsten; was dazu führte, dass die Armee bis zu ihrem Untergang nicht zusammenbrach. Dies war freilich tragisch, weil dies zu einer Verlängerung des Krieges führte, der mit irrsinnigen Verlusten erkaufte wurde, allein 1945 hatte die Wehrmacht 1,2 Millionen Gefallene.

Sie beleuchten jede Armee aus drei Perspektiven: 1. die politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, 2. das innere Gefüge der Streitkräfte und 3. die handwerkliche Ebene, wo es um Strategien, Konzepte, Erfahrungen etc. geht. Hat die deutsche Gesellschaft ein Problem damit, anzuerkennen, dass das Kerngeschäft einer Armee das Kriegshandwerk ist?

Zweifellos. Und wie sollte es auch anders sein nach zwei Weltkriegen? Krieg ist in Deutschland – aber auch in anderen europäischen Ländern – äußerst negativ besetzt. Insofern ist die Begründung eines Kampfeinsatzes entscheidend für dessen Akzeptanz durch die Bevölkerung.

Ein Markstein in der Entwicklung der Bundeswehr ist der Afghanistan-Einsatz. Bis 2001 sprachen Armee und Politik von „Peacekeeping“. Die Soldaten galten als globale Sozialarbeiter, die Wiederaufbauhilfe leisteten. Mit dem Afghanistan-Einsatz musste die Bundeswehr jedoch wieder kämpfen – und die deutsche Öffentlichkeit sich all den Begleiterscheinungen stellen, die unsere Alliierten längst durchgemacht hatten: gefallene Soldaten, aber auch physisch und psychisch Versehrte.

In meinem Buch fordere ich im Grunde nur mehr Ehrlichkeit im Umgang mit den

Realitäten. Als liberale Demokratie können wir natürlich sagen, dass wir die Kampftruppen abschaffen und nur noch ein bisschen Sanitätslogistik und Cyber-Abwehr betreiben wollen. Das wäre, wenn man sich das gesellschaftliche Klima ansieht, wahrscheinlich sogar der ehrlichere Weg. Allerdings stellt sich dann die Frage, ob unsere Verbündeten in einer zunehmend unsicheren Welt bereit sind, für unsere Sicherheit den Kopf hinzuhalten.

Doch wenn sich unser Land dafür entscheidet, seinen Verpflichtungen für die eigene Sicherheit nachzukommen, dann muss es sich darüber im Klaren sein, was das in der Konsequenz bedeutet: zumindest potentiell auch Kampf und Krieg. Dazu brauchen wir jedoch nicht nur eine bessere materielle Ausstattung der Truppe, sondern auch die Akzeptanz dieses Kernauftrages der eigenen Armee. Diese Ehrlichkeit haben wir derzeit nicht.

Eine spannende Frage Ihres Buches ist, was ein junger Offizier des Kaiserreichs mit einem Bundeswehroffizier von heute zu tun hat. Ihre Antwort?

Politisch würden sich diese beiden Personen natürlich stark unterscheiden, es sind ja ganz andere Systeme. Aber der Soldatenberuf ist eben auch ein Handwerk. Und da hat sich meiner Meinung nach zumindest in der Kampftruppe des Heeres, die den Schwerpunkt meiner Untersuchung bildet, nicht so viel verändert. In der Art der Führung von Infanteriegefechten, etwa im Verständnis des Führens von vorne, gibt es große Parallelen. Bei der Luftwaffe ist das sicherlich anders. Hier liegen zwischen dem Fokker-Dreiecker eines Manfred von Richthofen und einem Eurofighter-Piloten der heutigen Luftwaffe Welten. Aber bei der Infanterie geht es noch immer um das unmittelbare, archaische Erleben des Krieges. Die tödlichste Waffe der Welt ist nach wie vor das AK-47, ein Sturmgewehr, und keine Rakete, Bombe oder Drohne.

Dennoch hat der digitale Wandel unserer Gesellschaft längst auch das Militär erfasst. Wie werden derlei Entwicklungen das Kriegshandwerk beeinflussen?

Natürlich wird der technologische Fortschritt, der ganze Cyber-Bereich, die Kriegsführung verändern. Es ist aber nicht so, dass sich der Krieg völlig verändern wird. Langzeitanalysen zeigen, dass Kriege heutzutage zwar weniger tödlich sind, dass sie jedoch nach wie vor genauso häufig vorkommen wie zu früheren Zeiten. Und in Afghanistan können wir sehen, wie die Taliban mit teilweise archaischen Mit-

teln Krieg gegen die NATO führen – und zwar aus ihrer Sicht relativ erfolgreich. Die ganze Hochtechnologie, die Drohnen und die vernetzten Kommunikationsmittel ändern nichts daran, dass am Ende die Durchsetzungsfähigkeit der Bodentruppen über den Ausgang eines Gefechts entscheidet.

Von manchen Historikern wird bis heute die These von einem „deutschen Sonderweg“ in der Geschichte vertreten. Ist das deutsche Heer einen Sonderweg gegangen?

Im Vergleich mit den ausländischen Armeen der jeweiligen Zeit überwiegen für mich die Parallelen, wenn man einmal von der Wehrmacht absieht. Alle Armeen sind ebenso von den überlieferten Kulturen ihrer Länder geprägt wie von den Werten und Normen ihrer Zeit. Interessante Unterschiede finden sich gleichwohl in den Technikkulturen. So haben die Deutschen stets gute Panzer gebaut, während sie bei den Flugzeugen zumeist nicht ganz so weit vorn in der Entwicklung waren.

Wenn man jedoch die deutschen Armeen untereinander vergleicht, stellt man fest, dass der Sonderfall die Nationale Volksarmee war. Es führt kaum ein Weg von der Wehrmacht in die NVA hinein, und es führt auch kein Weg von ihr hinüber in die Bundeswehr. Die NVA war letztlich eine sowjetisch geprägte Armee mit einer ganz anderen Kultur.

Aber in ihren Uniformen, Dienstgraden und den Wachauflügen war die NVA näher an der Wehrmacht als die Bundeswehr.

Deshalb habe ich auch das NVA-Kapitel „Außen preußisch, innen sowjetisch“ benannt. Die Streitkräfte des Ostblocks sind insgesamt viel stärker sowjetisiert als die westlichen Armeen amerikanisiert sind. Interessant ist, dass die NVA gezeigt hat, dass man eine Armee ohne Wehrmachtsvorbilder und nur mit ganz wenigen personellen Kontinuitäten aufbauen kann. Als traditionsstiftend galten die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg und die revolutionären Kämpfe der KPD. Diese historische Ausnahmesituation ist denn auch der Grund, warum die NVA nach 1990 abgewickelt wurde, und zwar so rigoros wie kaum ein anderer Bereich der DDR. Selbst wenn man gewollt hätte, gab es im Grunde nichts, was man hätte übernehmen können: nicht in der Ausrüstung, nicht in den Kulturen, nicht in der Struktur. Und der Handwerker des Krieges, den die NVA in der Tat gut ausgebildet hatte, war in den 1990er-Jahren nicht mehr gefragt, weil es damals vor allem ums „Peacekeeping“ ging.

Wie haben denn Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn auf Ihr Buch reagiert?

Es ist mir nicht bekannt, ob sie das Buch gelesen haben. Unabhängig davon glaube ich, dass beiden die Widersprüche in der deutschen Sicherheitspolitik bekannt sind, und dass beide an einer ehrlicheren Herangehensweise gegenüber diesem Thema arbeiten. Erst vor wenigen Tagen haben die Ministerin und der Generalinspekteur das Diskussionspapier „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“ vorgelegt. Darin thematisieren sie unter anderem den veränderten Auftrag der Streitkräfte und ihre finanzielle Unterversorgung. Darum geht es mir auch mit meinem Buch: um eine offene Auseinandersetzung nicht nur mit der deutschen Militärgeschichte, sondern auch mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Tage.

Das Interview führte René Nehring.

Als liberale Demokratie können wir natürlich sagen, dass wir die Kampftruppen abschaffen. Allerdings stellt sich dann die Frage, ob unsere Verbündeten bereit sind, für unsere Sicherheit den Kopf hinzuhalten

Debatte



Sönke Neitzel
Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte
Propyläen Verlag 2020, Hardcover mit Schutzumschlag, 816 Seiten, ISBN: 9783549076477
35 Euro

● Prof. Dr. Sönke Neitzel ist Inhaber des Lehrstuhls für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam und damit der derzeit einzige Professor für Militärgeschichte in Deutschland.

www.uni-potsdam.de

MELDUNGEN

Energiepreise stark gestiegen

Heidelberg – Von Dezember auf Januar sind nach Berechnungen des Vergleichsportals Verivox die durchschnittlichen Kosten für Heizung, Strom und Kraftstoffe um fast sieben Prozent gestiegen. Dabei handelt es sich nach Angaben des Vergleichsportals um den stärksten Anstieg innerhalb eines Monats in den vergangenen zehn Jahren. Am stärksten verteuerte sich laut Verivox Heizöl, dessen Preis im Vergleich zum Dezember um zwölf Prozent kletterte. Der Gaspreis stieg um fünf Prozent. Benzin verteuerte sich im Monatsvergleich um 9,8 Prozent, Diesel sogar um 11,2 Prozent. Als Gründe für die gestiegenen Preise nennt Verivox leicht gestiegene Großhandelspreise, das Auslaufen der befristeten Mehrwertsteuersenkung und die Einführung der Kohlendioxidabgabe auf fossile Brennstoffe. Laut Verivox sind die Energiekosten pro Jahr für einen Drei-Personen-Musterhaushalt von 3429 Euro im Januar 2020 binnen eines Jahres auf 3665 Euro gestiegen. *N.H.*

Verstöße bei Einreisen

Potsdam – Zwischen dem 24. Januar und dem 1. Februar haben Bundespolizisten 240 Flüge aus ausländischen Hochrisikogebieten und Regionen, in denen das Virus mutiert war, kontrolliert. Dabei stellten die Beamten 940 Verstöße gegen die geltenden Regeln fest. Nach Angaben der Bundespolizei kamen 276 Passagiere aus Gebieten mit besonders hohen Infektionszahlen an, die keine korrekte Einreisemeldung vorweisen konnten. In weiteren 373 Fällen fehlte bei Einreisenden aus dieser Gruppe ein aktuelles negatives Corona-Testergebnis, das derzeit vorgeschrieben ist. Der Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg (CDU) machte inzwischen darauf aufmerksam, dass sich in Russland und mehreren außereuropäischen Staaten relativ leicht gefälschte Testergebnisse beschaffen lassen. *N.H.*

Zu arm zum Heizen

Wiesbaden – Laut Statistischem Bundesamt (Destatis) stand 2019 rund 2,5 Prozent der Bevölkerung nicht genügend Geld zur Verfügung, um ihre Wohnungen ausreichend zu heizen. Alleinlebende und Alleinerziehende waren in noch höherem Maße betroffen. 4,8 Prozent der Alleinlebenden und sieben Prozent der Alleinerziehenden konnten ihr Heim nicht richtig erwärmen. Zwar lag laut Destatis vor zehn Jahren die Zahl derjenigen, die sich das Heizen nicht leisten konnten, noch bei 5,5 Prozent der Bevölkerung, jedoch waren die Winter in den vergangenen Jahren vergleichsweise milde. Wie sich der derzeitige Winter einbruch unter den Corona-bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten auswirken wird, bringt erst die Zukunft ans Tageslicht. In einigen Ländern der EU ist die Lage noch weitaus gravierender. Destatis beziffert den Anteil der Bevölkerung, der nicht in der Lage war, ausreichend zu heizen, für 2019 auf rund 6,9 Prozent. Am schlimmsten betroffen war Bulgarien mit rund 30 Prozent der Bevölkerung. *MRK*



Sieg der Energiewirtschaft: In Zukunft können auch in ausgewiesenen Vogelschutzgebieten neue Windparks entstehen

Foto: pa

NATURSCHUTZ

Basis gegen den Coup der Lobbyisten

NABU-Chef, Grüne und Energiewirtschaft wollten für Windparkausbau den Artenschutz opfern

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im November 2019 rückte Jörg-Andreas Krüger (52) als Nachfolger von Olaf Tschimpke (63) an die Spitze des Naturschutzbunds Deutschland (NABU). Krüger, zuvor Mitglied der Geschäftsleitung des WWF, nahm alsbald Kontakt zur Partei- und Fraktionsspitze der Grünen in Berlin auf. Monatlang verhandelte ein kleiner Kreis um den neuen Präsidenten mit Grünen-Parteichef Robert Habeck und dem Vize-Chef der Grünen-Bundestagsfraktion Oliver Krischer über ein abgestimmtes Strategiepapier zum schnelleren Ausbau der Windenergie. Anfang Dezember 2020 meldete die „Süddeutsche Zeitung“ den ausgehandelten Schulderschluss zwischen der einflussreichen Umweltschutzorganisation und den Grünen. Deren erklärtes Ziel ist 100 Prozent „Ökostrom“ bis 2030.

Schulderschluss für Ökostrom

In einem vierseitigen Positionspapier „zur Beschleunigung eines naturverträglichen Ausbaus der Windenergie“ erläutern die Vertragspartner ihre Vorstellungen von einem „besseren Klimaschutz“ im Einklang mit dem Naturschutz. Dass fast nichts an diesen Plänen „Öko“ ist, empört zahllose NABU-Aktive im ganzen Land.

Auf seiner Internetseite wirbt der NABU visuell für eine zukünftige Normalität in den ländlichen Gegenden, wie sie den tonangebenden Parteifunktionären vorschwebt. Ein Foto zeigt eine von Hecken umsäumte Agrarlandschaft mit einem angrenzenden Windpark. 16 Windräder ragen hoch in den blauen Himmel auf. Die Atmosphäre ist friedlich. Bilder wie dieses können jedoch die tiefe Spaltung auf allen Ebenen des NABU mit seinen über 800.000 Mitgliedern nicht kaschieren.

Mit seinem Coup hat Krüger den Naturschutzverband ohne Rücksprache mit der Basis und ohne formellen Beschluss auf einen Kurs umgesteuert, der eine Zerreißprobe nach sich ziehen könnte. Mit den Grünen und der Energiewirtschaft fordert jetzt auch der NABU, zwei Prozent der Landfläche Deutschlands für den Bau von Windparks freizugeben. De facto liefe dies auf eine Verdopplung der jetzt schon mit Windkraftanlagen besetzten Fläche hinaus.

Da der Platz für neue Windräder immer knapper wird, kann ein Zubau von weiteren Anlagen auch in bereits belasteten Regionen ermöglicht werden, sofern diese als „Vorranggebiete“ ausgewiesen sind. Nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ sollen Bundesländer, die ihre Ziele übererfüllen, finanziell belohnt wer-

den. Wer sie nicht erreicht, muss einen Ausgleich schaffen.

NABU droht Zerreißprobe

In dem Papier finden sich weitere Vorschläge, die auf eine erhebliche Stärkung der Windkraftinvestoren abzielen. Der stärkste Tabubruch aus Sicht der Kritiker: Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren mit Rechtsstreitigkeiten aufgrund von Belangen des Artenschutzes könnten in Zukunft verhindert werden, wenn für die Interessen der Windenergiewirtschaft der Ausnahmegrund der „öffentlichen Sicherheit“ angewendet wird.

Damit plädieren Grüne und NABU für die Erteilung artenschutzrechtlicher Ausnahmen vom Tötungsverbot. Nur Gegenden, in denen besonders viele windenergiesensible Vogelarten heimisch sind, sollen zu Ausschlussgebieten erklärt werden. Übrig bleibt von der behaupteten Aufwertung der Naturschutzbelange in dem Strategiepapier einzig der Ausschluss von weiteren Windparks in nicht dafür ausgewiesenen Flächen.

Bislang war der NABU eine der letzten großen Naturschutzorganisationen, die bei den zahllosen lokalen Konflikten wegen geplanter Windparks noch den Vogel- und Artenschutz ins Feld führte. Kein anderer Umweltverband klagte so häufig gegen die Windindustrie. Unterschätzt

wurde von der NABU-Leitung der Widerstand von Tausenden mit Herzblut engagierten Mitgliedern vor Ort, aber auch von einigen Vorsitzenden einflussreicher Landesverbände. Nicht alle wollen namentlich zitiert werden.

Protest medial wenig beachtet

Von einem Kampf gegen den Vogelschutz ist die Rede. Statt ein Stoppschild gegen den Ausverkauf der Natur aufzurichten, der in den ländlichen Gegenden seit Jahren läuft, gebe nun nach Maßgabe der Bundesspitze auch der letzte Anwalt der Umwelt grünes Licht für immer mehr Windräder in den Gemeinden und weitere Rodungen in den Wäldern. Man werde sich „bis zum letzten Hemd gegen diese Nummer wehren“. Bezeichnenderweise wurde den Stimmen zorniger Aktiver gegen ein aus dem Ruder gelaufenes Verständnis von Klimaschutz lediglich von dem wenig bekannten Online-Magazin Riffreporter/Flugbegleiter Gehör verschafft, einer Genossenschaft von freien Journalisten.

Lothar erbte die neue NABU dagegen vom Bundesverband Windenergie. Die Branche kann nun mit Rückendeckung des NABU gegen dessen eigene Mitglieder vorgehen, wenn sich diese mit Bürgerinitiativen vehement gegen Windparkprojekte in ihrer Region wehren.

IMMIGRATION

Geflüchteter Syrer strebt in den Bundestag

Als Vertreter der Grünen fordert er die Änderung der Inschrift auf dem Reichstagsgebäude

Der 31-jährige Tariq Alaows kandidiert für die Grünen als erster Immigrant aus Syrien für den Bundestag. Alaows hatte in Aleppo und Damaskus ein Jurastudium begonnen, als der syrische Bürgerkrieg ausbrach. Weil er an friedlichen Demonstrationen teilnahm und humanitäre Hilfe für den Roten Halbmond leistete, sei er ins Visier des Regimes geraten. Als er im Juli 2015 von den offenen Grenzen Deutschlands erfuhr, habe er sich zur „Flucht“ entschieden.

Nach zwei Monaten erreichte er über die Balkanroute Deutschland, wo er monatelang in Bochum in einer Turnhalle leben musste. Nachdem er in wenigen Monaten im Selbststudium Deutsch gelernt hatte, begann er, sich erneut poli-

tisch zu betätigen. In der Gruppe „Refugee Strike Bochum“ streikte er für bessere Wohnverhältnisse für Immigranten. Gleichzeitig fand er einen Job als Sozialberater, der anderen Asylsuchern Rechtsberatung anbietet. Aktuell besitzt Alaows eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für Deutschland, er hoffe aber bald auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Nur damit kann er für den Bundestag kandidieren. Für den Wahlkreis Dinslaken/Oberhausen wurde er dennoch bereits als Direktkandidat der Grünen aufgestellt.

Als Direktkandidat aufgestellt

In seinem Presse-Vorstellungsgespräch stellte der grüne Immigrant nur Forderungen wie mehr Rechte und soziale Hil-

fen für Immigranten. Von einer Bringschuld zur Integration sprach er bislang nicht. In einem Interview des Redaktionsnetzwerkes Deutschland hatte er sogar gefordert, die Inschrift „Dem Deutschen Volke“ am Reichstagsgebäude in „Für alle Menschen, die in Deutschland leben“ zu ändern. Nach heftiger Kritik bei Twitter ruderte er aber zurück: „Es geht nicht um die Inschrift, es geht um die Taten.“

Um seine Chancen auf ein Bundestags-Mandat zu erhöhen, will er sich am 10. und 11. April beim Wahlparteitag der Grünen in Dortmund für einen Platz auf der Bundestagsliste der NRW-Grünen bewerben. Seine Chancen stehen gut für einen aussichtsreichen Listenplatz, hieß es aus Parteikreisen.

Obwohl Alaows nur kandidieren kann, weil die Kanzlerin im Herbst 2015 die Grenzen aufgemacht hatte, ist er von ihrem Regierungskurs enttäuscht. Indirekt macht er sie für das Sterben im Mittelmeer und die unwürdigen Zustände in den Lagern an den EU-Außengrenzen verantwortlich, weil Deutschland die Aufnahme von mehr Zuwanderern blockiere.

2017 hatte der angesehene Soziologieprofessor Bassam Tibi (76), der 1962 Syrien verlassen hatte, um in Deutschland zu studieren, der PAZ gesagt: „Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein ‚failed state‘, ein gescheiterter Staat. Das Recht auf Asyl ist ein individuelles und kein Gruppenrecht.“ *Bodo Bost*

ÖFFENTLICHER DIENST

„Migrationsgeschichte“ als Karriereturbo

Berliner Senat will Bewerber mit ausländischer Herkunft noch stärker bevorzugen als bislang geplant

VON NORMAN HANERT

Die Idee von Berlins Integrationsssenatorin Elke Breitenbach, eine Immigrantenquote für den öffentlichen Dienst durchzusetzen, hatte nur einen kurzen Auftritt auf der politischen Bühne. Entsprechende Pläne waren Mitte Januar durch einen Zeitungsartikel bekannt geworden, doch bereits am 5. Februar zog die Linkspartei-Politikerin ihren Vorschlag wieder zurück.

Vorangegangen war ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Breitenbach und Berlins Innensenator Andreas Geisel. Der Sozialdemokrat hatte zu erkennen gegeben, dass er die Immigrantenquote für verfassungswidrig hält. Beide Sensoren einigten sich am Ende auf einen Verzicht auf die Quote. Geben wird es nach dem Willen von Linkspartei und SPD dennoch eine weitgehende „Förderung der Vielfalt“, die über Förderpläne und Zielvorgaben hergestellt werden soll. Geisel sagte zur Einigung: „Wir wollen unsere Berliner Vielfaltsgesellschaft auch im öffentlichen Dienst abbilden. Mit der jetzt erzielten Einigung kommen wir dem einen großen Schritt näher.“

Ein Blick auf die ausgehandelten Details lässt den Verdacht aufkommen, dass es mit den nun geplanten Maßnahmen sogar noch mehr „Vielfalt“ in Berlins öffentlichem Dienst geben wird als mit der Immigrantenquote. Ausgehandelt haben Breitenbach und Geisel, dass Menschen mit ausländischer Herkunft in besonderem Maße berücksichtigt werden, wenn Stellen oder Ausbildungsplätze neu besetzt werden.

Juristisch weniger angreifbar

Laut der Einigung sollen Auswahlentscheidungen in Berlins öffentlichem Dienst zukünftig auch damit begründet werden können, dass Bewerber mit Migrationshintergrund durch ihre „sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen“ den Vorzug vor einheimischen Bewerbern erhalten. Faktisch kann Rot-Rot-Grün über diesen Weg den ausländischen Hintergrund bei ansonsten gleichqualifizierten Bewerbern sogar zum ausschlaggebenden Kriterium machen. Die Auswirkungen auf die Zusammensetzung können



Einwanderungslobby macht Druck: Demo in Berlin im vergangenen September

Foto: imago images/Müller-Stauffenberg

ten dabei sogar stärker sein, als durch die fallengelassene Immigrantenquote. Berlins Verwaltung kann schon bislang bei Stellenausschreibungen sprachliche und „interkulturelle“ Kompetenzen als Anforderung benennen, wenn dies aus sachlichen Gründen geboten ist.

Indem Rot-Rot-Grün die Stadt generell zu einer „Migrationsgesellschaft“ erklärt, können die „interkulturellen Kompetenzen“ ebenso wie die Beherrschung von Sprachen wie Türkisch oder Arabisch künftig als unverzichtbare Schlüsselkompetenzen für Bewerber definiert werden. Juristisch wäre dies vermutlich weit weniger angreifbar, als Bewerber von vornherein per Immigrantenquote zu bevorzugen und im Gegenzug deutsche Bewerber aufgrund ihrer Herkunft nicht einzustellen oder zu befördern.

Bemerkenswert ist, dass Kritik an den Quotenplänen nicht nur von CDU und AfD kam, sondern auch von Organisatio-

nen wie dem Berliner Migrationsrat. Dem Dachverband von mehr als 70 „Migrantinnen-Selbstorganisationen“ ging Breitenbachs Entwurf nämlich nicht weit genug: Ziel müsse es aus Sicht des Migrationsrats sein, „strukturellen Rassismus“ in der Verwaltung abzubauen. Anstoß nahm der Dachverband auch an der Verwendung des Wortes „Migrationshintergrund“.

Migrationsrat will noch mehr

Senatorin Breitenbach verwendet in der Öffentlichkeit inzwischen häufig Formulierungen wie „Menschen mit Einwanderungsgeschichte“. Dieser Begriff ist auf den Personenkreis fokussiert, der selbst aus dem Ausland nach Deutschland gekommen ist. Der „Migrationshintergrund“ steht wiederum für Personen, die nicht als deutsche Staatsbürger zur Welt kamen oder einen nichtdeutschen Elternteil haben. Kritikpunkt des Berliner Migrationsrats ist, dass damit

die Nachkommen von Gastarbeitern in dritter oder vierter Generation nicht eingeschlossen sind: „Sie erfahren aber trotzdem Diskriminierung“, so Koray Yilmaz-Günay, Geschäftsführerin des Berliner Migrationsrats. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ sagte Yilmaz-Günay, vom Merkmal „Migrationshintergrund“ würden auch Schwarze, „Sintize und Romina“ und jüdische Menschen, deren Familien „zum Teil seit der Zeit des Römischen Reichs auf dem Gebiet des heutigen Deutschland leben“, nicht erfasst.

Ebenfalls im „Tagesspiegel“ macht sich der Philosoph Urs Lindner in einem Gastbeitrag dafür stark, in der Berliner Verwaltung statt einer Immigrantenquote eine „Antirassismusquote“ einzuführen. Als bessere Alternative zur Kategorie „Migrationshintergrund“ brachte Linder die Formulierung „strukturell von Rassismus gefährdete Gruppen“ ins Gespräch.

JUSTIZ

Anwohner empört über Senatsentscheidung

Sicherungsverwahrte kommen in offenen Vollzug: „Wohne jetzt Mauer an Mauer mit einem Verbrecher“

Berlin prescht mit einem neuen Projekt der Justizverwaltung vor. Sogenannte „Sicherungsverwahrte“ werden im Rahmen des offenen Vollzugs außerhalb der Strafanstalt untergebracht. Teile eines Hauses (frühere Dienstwohnungen von Gefängnismitarbeitern) gegenüber der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel wurden dafür aufwendig (1,5 Millionen Euro) renoviert. Nun ist dort Platz für acht Sicherungsverwahrte.

Zwar hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg bereits 2009 entschieden, dass die rückwirkende Sicherungsverwahrung eines Gewaltverbrechens gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoße. 2013 und 2017 gab das Bundesverfassungsgericht den Beschwerden von Sicherungsverwahrten unter Verweis auf das Urteil aus Straßburg Recht. Dennoch hat

bislang kein einziges Bundesland aus diesem Urteil generelle Konsequenzen gezogen, sondern es gewissermaßen als Einzelfallentscheidung angesehen. Mit Blick auf die neuen Aktivitäten des Berliner Justizsenators Dirk Behrendt (Grüne) jubelte vor wenigen Tagen der „Tagesspiegel“: „Berlin stärkt Rechte von Sicherungsverwahrten.“ Justizsprecher Sebastian Brux glaubt: „Wir gehen davon aus, dass weitere Länder folgen werden.“ Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Reinickendorf wandte sich mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und AfD gegen das neue Projekt. Zuständig ist aber die Senatsverwaltung des Landes Berlin.

Auch Gewerkschaft warnt

Die Nachbarn des Hauses, in dem die Sicherungsverwahrten nun im offenen Vollzug leben, sind empört oder verängstigt.

Besonders wütend sind die übrigen Bewohner des Teilhauses Seidelstraße 34, in dem jetzt zwei Sicherungsverwahrte wohnen. Die Justizverwaltung verschickte 200 Einladungen zu einer Info-Veranstaltung. Rund 100 Interessierte drängelten sich im Kulturraum der Justizvollzugsanstalt Tegel. Trotz gutem Zureden blieben fast alle Anwohner bei ihrer ablehnenden Haltung. Martin Riemer, Leiter der JVA, musste zugeben: „Zwei Drittel sind Sexualstraftäter.“

Ein besorgtes Ehepaar erklärte nach der Veranstaltung: „Der Fokus lag von Anfang an nur auf den Insassen, ein Schutz der Bevölkerung findet nicht statt.“ Die Antworten seien „hohle Phraseologie“. Die Anwohner bestehen darauf: „Unsere Kinder haben ein Anrecht auf ein unversehrtes Leben.“ Benjamin Jendro, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, übte

gleichfalls Kritik: „Sicherungsverwahrung wird nicht umsonst angeordnet, sondern weil von diesen Straftätern belegbar eine Gefahr für die Gesellschaft ausgeht.“

Rückfälliger missbrauchte ein Kind

Bereits 2019 unterzeichneten 5000 Anwohner eine Petition gegen die Einrichtung, was den Justizsenator offenbar nicht beeindruckte. Von den 16 seit 2015 entlassenen Sicherungsverwahrten wurde einer bald wieder rückfällig und missbrauchte ein Kind. Anschließend wurde bekannt, dass seine Entlassung auf eine Justizpanne zurückzuführen war. Der Richter hatte vergessen, ein erforderliches Gutachten in Auftrag zu geben. Aus dem Haus in der Seidelstraße beklagen sich Anita Wendorf und Annette Wallström: „Ich lebe jetzt Mauer an Mauer mit einem Verbrecher.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Eins zu null für Galau

VON THEO MAASS

Vor drei Jahren erhielt im Deutschen Bundestag die Linkspartei-Abgeordnete Martina Renner für das Tragen eines Antifa-Emblems von Vizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) einen Ordnungsruf, weil das Zurschaustellen solcher Kampf-Embleme gegen die Gepflogenheiten des Hohen Hauses verstößt. Zu den parlamentarischen Gepflogenheiten gehört es auch, den amtierenden Parlamentspräsidenten mit: „Sehr geehrte(r) Präsident(in) ...“ zu grüßen. Schon seit geraumer Zeit missachteten Linkspartei-Abgeordnete im Brandenburger Landtag diese Regel, wenn Vizepräsident Andreas Galau von der AfD die Sitzung leitet. Galau ließ dies eine ganze Weile zu.

In der Landtagssitzung vom 16. Dezember jedoch vergaß der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Sebastian Walter, die Präsidentin des Landtages, Ulrike Liedtke (SPD), zu Beginn seiner Rede zu begrüßen, was diese folgendermaßen quittierte: „Herr Abgeordneter, ich lasse Ihnen nicht durchgehen, dass Sie die Präsidentin als die Vertreterin des gesamten Parlaments gar nicht begrüßen.“ Einen Ordnungsruf erhielt er dafür nicht. In derselben Sitzung unterließen es die Abgeordneten Heiner Klemp (Grüne), Christian Görke (Linkspartei) und Ricarda Budke (Grüne) das Präsidium – inzwischen unter der Leitung von Galau – entsprechend anzusprechen, was er beanstandete, aber nicht mit einem Ordnungsruf ahndete.

Am 26. Januar wiederholte die Abgeordnete Andrea Johlige von der Linkspartei dieses Verhalten. Nach dem ersten Ordnungsruf schloss Galau sie zunächst von der Sitzung aus. Diese Maßnahme ist nach der Geschäftsordnung möglich. Die Sitzung wurde unterbrochen. Das Präsidium beschloss auf Vorschlag der CDU dann, dass nicht der Paragraph 35 (sofortiger Ausschluss) sondern Paragraph 34 (2. Ordnungsruf mit Ankündigung des Ausschlusses bei weiterem Fehlverhalten) angewendet wird. Seitdem hält sich Johlige an die Regeln.

MELDUNG

Fälschlich für tot erklärt

Berlin – Das linksextreme Internetportal „Indymedia“ hat verbreitet, dass der Berliner CDU-Landesparlamentarier Kurt Wansner tot sei. Er sei bei einer Türkeireise in einer Munitionsfabrik verbrannt – eine, offenbar bewusste, Falschmeldung. Wansner klagt: „Das Niveau der linksradikalen Kreise ist mittlerweile unterirdisch. Vor 40 Jahren hatten wir hier noch richtige Hausbesetzungen. Mit den Leuten habe ich auch diskutiert. Das war nicht einfach, es gab oft Gebrülle. Aber manchmal hatten wir auch einen Konsens. Mit den Linksradikalen von heute kann man sich nicht mehr unterhalten.“ Wansner kandidiert wieder für das Abgeordnetenhaus. Er wurde von seinem Kreisverband einstimmig nominiert. Für die linke Szene ist er ein Hassobjekt. Im Gegensatz zu vielen Abgeordneten entstammt der 73-Jährige gelehrte Maurer tatsächlich der „Arbeiterklasse“ und setzt sich für eine Anhebung des Mindestlohnes ein. F.B.

● MELDUNGEN

Begehrtes Wohnrecht

London – Rund 4,9 Millionen Bürger von EU-Mitgliedsländern und anderen europäischen Ländern haben sich um ein Bleiberecht in Großbritannien beworben. Nach Angaben des britischen Innenministeriums wurden 4,4 Millionen der Anträge positiv entschieden. Rund 34.000 lehnte das Home Office ab. Nach Angaben des Ministeriums wurden die meisten Anträge von polnischen Staatsangehörigen gestellt. Bis September 2020 stellten 773.840 Polen einen Antrag, weiter in Großbritannien bleiben zu dürfen. Von Rumänen gingen 670.600 und von Italienern 401.800 Anträge ein. Auch die Zahlen von Portugiesen und Spaniern, die nach dem Brexit in Großbritannien bleiben wollen, geht in die Hunderttausende. Bürger aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz, die sich bis zum 31. Dezember 2020 in Großbritannien niedergelassen haben, können noch bis zum 30. Juni Anträge auf ein Bleiberecht stellen. N.H.

„Krise der Maskulinität“

Peking – Wie die englischsprachige chinesische Tageszeitung „Global Times“ berichtet, hat das Bildungsministerium in Peking die Weisung erlassen, die „körperliche und psychologische Ausrichtung“ männlicher Jugendlichen zu verbessern, um deren fortschreitender Verweiblichung und „Feminisierung“ Einhalt zu gebieten. Dies gilt nicht zuletzt als Reaktion auf Warnungen Si Zefus. Der Chef der Harbin Electric Corporation, der dem ständigen Ausschuss der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes angehört, diagnostizierte kürzlich eine „Krise der Maskulinität“ im Reich der Mitte. Und tatsächlich geben sich immer mehr junge Männer in China auffällig androgyn. Das wird mittlerweile sogar als Gefahr für die nationale Sicherheit angesehen, denn das Militär befürchtet nun den rapiden Verfall soldatischer Tugenden. Als Hauptursache des „Übels“ gilt die Dominanz von Frauen im Erziehungs- und Bildungsbereich. W.K.

Anschlag aufs Trinkwasser

Miami – Ein Angestellter des Wasserwerkes der 15.000-Einwohner-Gemeinde Oldsmar im Pinellas County im US-Bundesstaat Florida hat am 5. Februar um die Mittagszeit beobachtet, wie jemand die Steuerungssysteme des Versorgungsbetriebes mittels der Fernzugriffssoftware Teamviewer zu manipulieren versuchte. Bislang unbekannte Angreifer erhöhten die Konzentration der ätzenden Natriumhydroxid-Lösung, die dem Trinkwasser zur Verhinderung von Korrosionsschäden in den Leitungen in starker Verdünnung beigemischt wird, um den Faktor Einhundert. Wenn der Eingriff nicht durch Zufall bemerkt und rückgängig gemacht worden wäre, hätte dies bei den Abnehmern zu ernsthaften Gesundheitsschäden führen können. Nun suchen das FBI und der United States Secret Service, der sich auch mit der Bekämpfung von Computerkriminalität befasst, nach den Tätern. W.K.

GRIECHENLAND

„Keine Religion, sondern eine Partei“

Erzbischof Hieronymos II. von Athen äußert sich in einem Fernsehinterview offen über den Islam

VON BODO BOST

Hieronimos II., Erzbischof von Athen und Oberhaupt der autokephalen orthodoxen Kirche von Griechenland, hat in einem Fernsehinterview des Senders Open TV gesagt, der Islam sei bekanntermaßen „keine Religion, sondern eine politische Partei und ein politisches Streben“. Muslime seien „Menschen des Krieges und der Expansion“, dies sei eine Charakteristik des Islams.

Im Interview ging es um den Beitrag der orthodoxen Kirche zur griechischen Revolution von 1821. Dieser Aufstand, der sich in diesem Jahr zum 200. Mal jährt, war der erste Abfall eines christlichen Landesteils vom Osmanischen Reich, womit dessen langsamer Untergang begann. Vorher hatten die Griechen jedoch 350 Jahre unter muslimischer Herrschaft gelebt und ihre Hauptstadt Konstantinopel an den Islam verloren. In dieser Zeit wurde aus dem schon im Altertum gebildeten Volk Europas ein Volk von Analphabeten. Nur die Geistlichkeit war noch in der Lage zu lesen und zu schreiben. Der Islam war in dieser Zeit ein Instrument der Herrschaft und der Unterdrückung von Nichtmuslimen und zeigte keinerlei religiöse Eigenschaften, die Religionen sonst allgemein haben.

Reaktion bestätigt Vorwurf

Wie zur Bestätigung der Aussagen des griechischen Geistlichen verurteilte als erstes das Außenministerium der Republik Türkei und nicht etwa das islamische Oberhaupt des Landes die „anmaßenden Aussagen“ des Erzbischofs. Die „provokativen Äußerungen“ zeugten von einem „erschreckenden Niveau der Islamophobie“, hieß es aus dem Regierungspalast des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu zeigte sich überrascht von der Aussage des griechischen Patriarchen und davon, dass die „Manifestation der Islamophobie“ dieses Mal von einem Geistlichen und nicht von einem Politiker gekommen sei. Immerhin scheint der Außenminister die Trennung der Rollen zwischen weltlicher und geistlicher Autorität in der westlichen Welt zu kennen, die es in der Türkei offenbar nicht gibt, weshalb sich der türkische Islam wie weiland

der osmanische immer mehr als politische denn religiöse Bewegung geriert.

Rückzieher des Erzbischofs

Angesichts der Kritik aus Ankara machte das Athener orthodoxe Erzbistum einen Rückzieher. Hieronymos relativierte seine Aussagen. Er sagte, er habe mit seinen Äu-

ßerungen lediglich eine „Verzerrung der muslimischen Religion selbst durch extremistische Fundamentalisten“ gemeint, welche die Welt mit „Tod und Zerstörung“ überzogen. Der Erzbischof und alle anderen Hierarchen der griechisch-orthodoxen Kirche respektierten „in der Praxis alle bekannten Religionen“ und zeigten

allen Gläubigen gegenüber Solidarität, heißt es in der Stellungnahme weiter. Allerdings bekräftigte der Patriarch mit diesem Rückzieher vor der rhetorischen Gewalt aus Ankara seine Position, dass der Islam sich immer mehr politischer Gewalt bedient, um seine angeblich religiösen Ziele zu erreichen.



Seit 2008 Erzbischof von Athen und Oberhaupt der autokephalen orthodoxen Kirche von Griechenland: Hieronymos II.

ISLAMISCHE GEWALT IN FRANKREICH

Samuel Paty ist kein Einzelfall

Drohungen gegen Lehrkräfte und Schüler – Philosophielehrer in Versailles unter Polizeischutz

Der 47-jährige Samuel Paty war am 16. Oktober nahe seiner Schule in einem Pariser Vorort von einem 18-jährigen Tschetschen enthauptet worden. Der Anschlag sorgte in ganz Frankreich für Entsetzen. Nur rund vier Monate später ist es in dem Land erneut zu Drohungen gegen einen Pädagogen gekommen, der sich kritisch mit der Islamisierung auseinandergesetzt hat. Diesmal steht der Philosophielehrer Didier Lemaire aus Versailles im Fadenkreuz – und deshalb jetzt unter Polizeischutz. Er hatte Anfang November in einer Zeitung einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er dem französischen Staat vorwirft, keine wirksame Strategie gegen den radikalen Islam zu haben. In seinen 20 Berufsjahren als Gymnasiallehrer in dem Pariser Vorort Trappes sei er „Zeuge eines wachsenden islamistischen Einflusses“ geworden.

Der Lehrer Paty hatte Anfang Oktober im Rahmen der Debatte über Meinungsfreiheit und die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ im Unterricht entsprechende Zeichnungen gezeigt, um sie mit seinen Schülern zu diskutieren. Mittlerweile wird gegen Schüler im Alter von 13 und 14 Jahren sowie mehrere Väter ermittelt, die in sozialen Netzwerken gegen den Lehrer gehetzt hatten. Der 18-jährige Tatverdächtige wurde auf der Flucht von Polizeibeamten erschossen.

Kritik an Obrigkeit und Islamisierung

Der neueste Fall hat die Politiker nun alarmiert. In dem Vorort südwestlich von Paris liegt eine von mehr als 60 Trabantensiedlungen, die Frankreichs Regierung mithilfe einer verstärkten Poli-

zeipräsenz aus der Hand von radikalen Moslems „zurückerobern“ will.

Präsident Emmanuel Macron will den Staat durchsetzungsfähiger machen und sein neues Anti-Islamismus-Gesetz durchbringen. Macron erklärte, dass Millionen vollwertiger französischer Bürger an den Islam glaubten. Man dürfe wegen der radikal-islamischen Auswüchse nicht eine ganze Religion stigmatisieren: „Unsere Herausforderung besteht heute darin, gegen das Abdriften einiger im Namen der Religion zu kämpfen.“ Was aber bekämpft werden müsse, sei der islamische Separatismus, der sich „in wiederholten Abweichungen von den Werten der Republik äußert, was oft zur Konstituierung einer Gegengesellschaft führt“.

Macron kündigte zudem eine verstärkte Kontrolle von rund 50 muslimischen Vereinen und 75 Moscheen an. Das

Land will über 200 Ausländer ausweisen, von denen die Behörden glauben, sie seien radikalisiert. So ist die Moschee im Pariser Vorort Panti inzwischen vorläufig geschlossen. Auf ihrer Facebookseite war ein Video geteilt worden, in dem dazu aufgerufen wurde, den Geschichtslehrer Paty einzuschüchtern.

Die Fälle Paty und Lemaire stehen dabei nicht alleine. Wegen Drohungen gegen Lehrkräfte und Schüler wurde ein Gymnasium in der Stadt Riom laut Medienberichten den zweiten Tag in Folge geschlossen. Zunächst hätten Schüler und Lehrer über eine digitale Lernplattform mehrfach Mitteilungen erhalten, die unter anderem Vergewaltigungsdrohungen enthalten hätten. Anschließend habe es sich um „Bilder von Dschihadisten, die überall zu finden sind“, gehandelt, erklärte die Staatsanwaltschaft. Peter Entinger

VON NORMAN HANERT

Das Münchner Landgericht hat mit zwei einstweiligen Verfügungen gegen das Suchmaschinenunternehmen Google und den Bund eine Kooperation beider beim deutschen Online-Gesundheitsportal „gesund.bund.de“ vorläufig gestoppt. Mit sichtlichem Stolz hatte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vergangenen November eine Zusammenarbeit mit Google bei dem von seinem Haus seit vergangener September herausgegebenen Gesundheitsportal angekündigt. Seitdem bekamen Nutzer, die nach bestimmten medizinischen Stichworten suchten, von Google an gut sichtbarer Stelle automatisch Antworten von Spahns Portal angezeigt. Die Münchner Richter werteten diese Zusammenarbeit in ihrem Urteil nun als Verstoß gegen das Kartellrecht. Die Vereinbarung bewirke eine Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Markt für Gesundheitsportale, so das Gericht.

Zwei einstweilige Verfügungen

Geklagt hatte in dem Verfahren der Medienkonzern Hubert Burda Media, der selbst ein digitales Angebot namens „Netdoktor“ betreibt. Auch der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) sah in der Kooperation „staatlicher Medientätigkeit mit dem Suchmonopol eine Verletzung von Mediengrundrechten“.

Verbandspräsident Rudolf Thiemann sagte: „Schon dass ein Bundesministerium überhaupt ein eigenes Fachmedium mit vollwertiger redaktioneller Berichterstattung über Gesundheitsfragen betreibt, ist mit der Staatsfreiheit der Medien nicht vereinbar und ein unannehmbare Eingriff in den freien Pressemarkt, der sich nach wirtschaftlichen Grundsätzen finanzieren muss.“ Indem „das Bundesgesundheitsministerium seine Gesundheitsberichterstattung auch noch durch das Quasi-Suchmonopol an allen Verlagsangeboten vorbei privilegiert verbreiten“ lässt, stellt die Kooperation aus Sicht des VDZ sogar einen „einmaligen und neuartigen Angriff auf die Pressefreiheit“ dar.

Begründet hatte Spahn die Zusammenarbeit mit dem Informationsbedürfnis der Bevölkerung: „Wenn wir ein Interesse daran haben, objektive, fundierte, evidenzbasierte Informationen rüberzubringen, dann bringt es mir nichts, wenn wir bei Google an Stelle 783.000 auftauchen.“ Spahns Hinweis, das staatliche Gesundheitsportal würde ohne Kooperation mit Google nur unter „ferner liefen“ angezeigt, kommt einem Eigentor gleich.

Die Algorithmen der Suchmaschinen sind nämlich stark auf die Relevanz der Suchergebnisse ausgerichtet. Rangiert eine Internetseite nur abgeschlagen auf hinteren Rängen, dann spiegelt sich darin



Vorerst gestoppt: Die Zusammenarbeit des Bundesgesundheitsministeriums mit Google

Foto: Screenshot gesund.bund.de

KARTELLRECHT

„Einmaliger und neuartiger Angriff auf die Pressefreiheit“

Münchner Landgericht stoppt vorerst Kooperation von Bundesminister Jens Spahn mit Google bei dessen Online-Gesundheitsportal „gesund.bund.de“

vor allem die Bedeutungslosigkeit der betreffenden Seite wider.

Einige Kommentatoren warfen dem von Spahn geführten Bundesgesundheitsministerium anlässlich des Münchner Urteils Instinktllosigkeit vor. Die „Wirtschaftswoche“ wies etwa darauf hin, dass in Australien, den USA und der EU Gesetzgebungsverfahren und Prüfungen angelaufen sind, um die Macht von Google mit seinem Quasimonopol bei Suchmaschinen zu beschränken. „Und in just dieser Situation fällt der Spahn-Mannschaft nichts Klügeres ein, als sich mit just diesem Konzern zu verbünden“, so die „Wirtschaftswoche“.

Die Zusammenarbeit des Bundesgesundheitsministeriums mit Google kann auch noch aus einem anderen Grund als instinktlos eingeschätzt werden. Eines der zentralen Anliegen des Bundesgesundheitsministers ist die Einführung einer digitalen Patientenakte in Deutschland. Damit die Forschung die Gesund-

heitsdaten nutzen kann, soll zudem eine zentrale Gesundheitsdatenbank aufgebaut werden. Diese soll die anonymisierten Informationen von 73 Millionen gesetzlich Versicherten erfassen.

„Eingriff in den freien Pressemarkt“

Das Potenzial einer Digitalisierung des Gesundheitswesens zum Kostensparen und für die Forschung sind unbestritten. Gerade unter den Deutschen sind aber die Bedenken groß, dass ihre persönlichen Gesundheitsdaten in falsche Hände geraten. Bislang hat Spahn derartige Befürchtungen kaum zerstreuen können. Eher im Gegenteil. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber hat die Entwürfe für Spahns Digital-Gesetze in den letzten Jahren immer wieder massiv kritisiert.

Im Januar 2020 sprach Spahn selbst auf der Münchner Innovationskonferenz Digital Life Design von übertriebenen Datenschutzanforderungen und machte den Deutschen sogar Vorwürfe: Sobald

datenschutzrechtliche Themen berührt werden, würden sie eine skeptische Grundhaltung gegenüber dem Staat pflegen, bei US-Unternehmen aber mit ihren Daten um sich werfen.

Indem das Gesundheitsministerium bei seinem Internetportal „gesund.bund.de“ ausgerechnet Google zum Kooperationspartner gemacht hat, könnte es die Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung noch vergrößert haben. Technologiefirmen wie Apple, Amazon und Google wittern in der Digitalisierung des Gesundheitswesens ihr nächstes großes Geschäft. Heikel ist aus Sicht von Datenschutzexperten, dass diese Internetriesen ohnehin schon über viele Nutzerdaten verfügen, sodass der „gläserne Mensch“ zunehmend Realität wird. Google steht beispielsweise nicht nur für die Suchmaschine, sondern auch für die Videoplattform YouTube, den Internetbrowser Chrome, den Mailanbieter Gmail und das Mobiltelefonbetriebssystem Android.

LUFTFAHRT

Flugtaxis kurz vor der Marktreife

Mehr als 200 Unternehmen arbeiten weltweit daran, den Markt zu erobern

Elektrisch betriebene Lufttaxis für zwei oder mehr Personen, die senkrecht starten und landen können, galten lange als utopisch. Inzwischen arbeiten aber bereits mehr als 200 Unternehmen weltweit daran, mit derartigen eVTOL (electric vertical takeoff and landing) genannten Fahrzeugen den Markt zu erobern. Den Anfang machten dabei große Firmen wie Airbus und Boeing.

Doch inzwischen scheinen eher Branchenneulinge vor dem großen Durchbruch zu stehen. Das gilt insbesondere für Joby Aviation im kalifornischen Santa Cruz, die Lilium GmbH mit Sitz in Weßling bei München, die Volocopter GmbH in Bruchsal sowie die bereits börsennotierte chinesische Guangzhou EHang In-

telligent Technology Co. So hat Volocopter im Dezember bei der US-Luftfahrtbehörde Federal Aviation Administration (FAA) die offizielle Zulassung für sein Modell VoloCity beantragt.

Ein gleich geartetes Verfahren läuft bei der Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA). Und EHang bekam kürzlich die Genehmigung zur Durchführung von Langzeittests in Norwegen. Der Doppelsitzer EHang 216 soll nun Menschen und Material zu Bohrinseln in der Nordsee bringen.

Auffallend gut bestellt ist es um die Finanzen der führenden Lufttaxi-Entwickler. 2020 erhielten sie mehr als eine Milliarde US-Dollar Risikokapital, wobei der Löwenanteil in Höhe von 940 Millio-

nen Dollar an Joby Aviation und Lilium ging, während Volocopter mit rund 135 Millionen an dritter Stelle rangierte. Deshalb werden Joby Aviation und Lilium nun bereits mit 2,6 beziehungsweise etwa einer Milliarde Dollar bewertet. Die Liste der Investoren spricht für sich: Intel Capital, Daimler, Tencent, JetBlue Airways, Toyota AI Ventures, Micron Technology, Geely und Japan Airlines.

Lilium will ab 2024 vor allem längere Strecken bis 300 Kilometer bedienen und damit unter anderem den ICE-Zügen der Bahn Konkurrenz machen. Dahingegen setzt Volocopter eher auf kürzere Distanzen, wie die zwischen den Innenstädten und Flughäfen oder Messestandorten, und hofft, bereits Ende 2022 den Regel-

betrieb aufnehmen zu können. Unklarheit herrscht derzeit noch über das genaue Geschäftskonzept von Joby Aviation. Auf jeden Fall ist das eVTOL-Modell der US-Firma extrem leise und zugleich sehr schnell bei einer Reichweite von bis zu 240 Kilometern. Damit könnte es im Prinzip sowohl im City-Bereich als auch im Umland eingesetzt werden.

Nach Ansicht von Experten wie Manfred Hader, dem Chef von Roland Berger's Global Aerospace & Defense Practice, dürfte das Marktpotential der eVTOL-Flitzer mittelfristig bei 90 Milliarden Dollar pro Jahr liegen: „Wir schätzen, dass 2050 etwa 160.000 kommerzielle Flugtaxis in der Luft sein werden.“

Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Bürger sehen EZB kritisch

Frankfurt am Main – Laut einer Umfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) sehen die Bürger die Niedrigzinspolitik mehrheitlich als negativ an. In einer Online-Befragung hatte die EZB Bürgern aus den Mitgliedsstaaten der Währungsunion die Möglichkeit gegeben, 13 Fragen zu Themen wie „Preisstabilität“ oder „Wirtschaftsentwicklung“ zu beantworten. Die Zentralbank erhielt fast 4000 Antworten. Besonders hoch war die Beteiligung aus den Niederlanden und Deutschland. Mehr als die Hälfte der Befragten äußerte Kritik an den ultratiefen Zinsen der EZB. In lediglich zehn Prozent der Antworten reagierten Bürger positiv auf die Folgen der Niedrigzinsen und der expansiven Geldpolitik. Für die Mehrheit der Befragten waren auch Wohnkosten sowie steigende Ausgaben für Lebensmittel und den täglichen Bedarf wichtige Themen. Die EZB hatte das Portal „Die EZB hört zu“ im Februar 2020 im Rahmen ihrer Strategieüberprüfung freigeschaltet. N.H.

Kritik an Steueroase

Luxemburg – Nach Recherchen von „Le Monde“, „Süddeutscher Zeitung“ und weiteren Medien gehen den Mitgliedsstaaten der EU jährlich mehr als zehn Milliarden Euro an Steuereinnahmen wegen der Finanzpolitik Luxemburgs verloren. Von den gut 140.000 im Großherzogtum aktiven Firmen, Fonds und Stiftungen sollen laut den „OpenLux“ genannten Recherchen nur bei gut der Hälfte die wahren Eigentümer bekannt sein. Der Kleinstaat hatte nach Kritik an seiner Steuerpolitik eigentlich 2019 ein Transparenzregister eingeführt, das die Eigentümer von Briefkastenfirmen erfassen sollte. Im Zuge von „Lux Leaks“ war 2014 bekannt geworden, dass die Finanzbehörden des Landes tausenden Unternehmen Sonderkonditionen eingeräumt hatten. Obwohl der EU-Mitgliedsstaat Besserung gelobte, profitieren laut den neuen Recherchen noch immer Konzerne und vermögende Privatpersonen von weitgehender Anonymität und steuerfreien Dividenden in Luxemburg. N.H.

Viele haben wieder offen

Brüssel – Während die Bundesregierung aus Furcht vor neuen Virus-Varianten an ihrem harten Lockdown festhält, hat eine Zwei-Drittel-Mehrheit der EU-Staaten Lockerungen eingeführt. Laut dem europäischen Handelsverband Eurocommerce gestatten 19 von 31 untersuchten Ländern neben Lebensmittelläden auch solchen vom Baumarkt bis zur Boutique die Wiedereröffnung, wenn auch durchweg mit Sicherheitsauflagen wie Maskenpflicht, Abstandsgeboten und teilweise zeitlichen Einschränkungen. Zu den Ländern mit einer wesentlich liberaleren Haltung zählt auch Frankreich, obwohl dort der Inzidenzwert dreimal so hoch ist wie in Deutschland. Auch in Tschechien und Polen gelten viele Lockerungen. In Österreich sind seit Anfang Februar Läden, Schulen, Zoos und Museen wieder geöffnet. In Italien sind die Geschäfte durchweg offen. MRK

KOMMENTARE

Ausweg Autokorso

ERIK LOMMATZSCH

„Wieder Proteste in vielen Städten und Regionen gegen die Regierungspolitik“ – bei einer derartigen Nachricht denkt man an die Ferne, dieser Tage etwa an Russland oder Myanmar. Zutreffen würde sie allerdings auch auf Deutschland, nur wird man entsprechende Berichte in den überregionalen Medien in der Regel nicht finden.

Die „Proteste in vielen Städten und Regionen gegen die Regierungspolitik“ finden in letzter Zeit mittels Autokorso statt. In erheblicher Anzahl bringen Gegner der Corona-Maßnahmen ihren Unmut in dieser Form zum Ausdruck, die wohl auch gewählt wurde, um nicht mit den allfälligen „Auflagen“ bei Demonstrationen zu kollidieren. Der Vorwurf der Lückenpresse – die Verzerrung der Wirklichkeit durch Auslassen – gegenüber den großen Medien ist angebracht, sobald man beginnt, aktiv zu suchen. Reichlich fündig wird man, aber fast ausschließlich bei Lokalblättern und -sendern oder mittels privat weitergeleiteter Videos.

In Salzwedel gab es am ersten Februarwochenende einen entsprechenden Autokorso. Bei einer fünfständigen Protestfahrt in Ostfalen wurden 230 Fahrzeuge gezählt. In Augsburg dauerte das von einem Vorgarten aus beobachtete Defilee eine Stunde. In Mannheim 600 Autos, in Pforzheim gar 1000. Proteste gab es in Ulm, Heidelberg, Villingen-Schwenningen, Freiburg, zuvor schon in Ludwigsburg und Neubrandenburg. Von Heilbronn aus starteten 350 Fahrzeuge. Am zweiten Februarwochenende setzten sich die Korsos fort, etwa in Dessau, oder es gab eine Fahrt von Rheinstetten nach Karlsruhe, 350 Autos. Und das ist nur eine Auswahl der Orte.

Die Lokalberichte beschäftigen sich kaum mit den Anliegen der Teilnehmer, gern aber mit verursachten Verkehrsbehinderungen oder einem harmlosen Auffahrunfall. Die großen Medien lassen die Dinge nicht nur außen vor, vor allem berichten sie nicht über die Protestwelle als Ganzes – und dienen sich damit ein weiteres Mal der Bundesregierung an.

Vögel haben ausgedient

HANS HECKEL

Das Entsetzen, das sich in weiten Teilen des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) über die eigene neue Verbandsspitze entzündet, ist nur zu verständlich. Deren völlig unkritische Haltung zum naturzerstörerischen Ausbau der Windkraft ist ein Verrat an den Ideen des Verbandes (siehe S. 4). Auch das Verhalten der Grünen dürfte manchem NABU-Mitglied Kopfzerbrechen bereiten, marschiert die angebliche Ökopartei doch vorneweg beim Kampf für immer noch mehr dieser Monsterräder, die für den Tod unzähliger Tiere und für Landschaftszerstörung stehen.

Aber womöglich wird den entsetzten Naturschutz-Aktivistinnen hier nur etwas vor Augen geführt, was sie schon viel früher hätten erkennen können. In den 1970er-Jahren kaperten linke Gruppen die Naturschutzbewegung, die bis dahin eher konservativ eingefärbt war. Dabei waren linke Politikämpfer federführend,

die zuvor in allerhand kommunistischen Splittergruppen arbeiteten.

Ihr Ziel war die „Überwindung des Kapitalismus“. Doch der erhoffte Aufstand der Arbeiter blieb aus, weil die sich in der Marktwirtschaft gut aufgehoben fühlten. Es musste also etwas Neues her, um die bestehende Wirtschaftsordnung anprangern zu können. So trat an die Stelle des „ausgebeuteten Arbeiters“ die „ausgebeutete Natur“.

Zentral ist jedoch, dass der Kampf für die Natur von Anfang an vor allem instrumentellen Charakter hatte. Im Mittelpunkt stand nach wie vor die Aversion gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des freien Westens, die delegitimiert werden sollte.

Heute ist das „Klima“ an die Stelle der Natur getreten. Ihm wird alles untergeordnet. Mit „Klimaschutz“ wird nun versucht, die Fundamente von Wohlstand und Freiheit anzugreifen. Da haben die Vögel ebenso ausgedient wie vor ihnen schon die Arbeiter.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tevs; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



„Ich glaube, dass im Großen und Ganzen nichts schief gelaufen ist“: Angela Merkel am 2. Februar in „Farbe bekennen“

KOLUMNE

„Wir schaffen das“

FLORIAN STUMFALL

Man habe alles richtig gemacht, beteuert Bundeskanzlerin Angela Merkel und erläutert glasklar, auf welchem Weg ihre Regierungskunst Deutschland – und bei Bedarf Europa wie die Welt – aus der Corona-Falle führen werde. Nun ist man zwar daran gewöhnt, dass Politiker oft einmal ein angestregtes Verhältnis zur Wirklichkeit entwickeln, doch diese Erklärung reicht in diesem Falle nicht. Weder macht irgendein Weltereignis dem Thema Corona auch nur im Entferntesten Konkurrenz, noch sollte man das Auffassungsvermögen der Kanzlerin gröblich unterschätzen. Wenn also nicht ihre Wahrnehmungsfähigkeit zu dieser erstaunlichen Fehleinschätzung und damit fehlerhaften Handhabung eines medizinischen Gegenstandes führt, so muss der Grund woanders liegen. Man tut gut daran, im Bereich der Psychologie und – eng damit verbunden – der politischen Ideologien zu suchen. Diese beiden nämlich sind es, die verursachen können, dass auch intelligente Menschen zu irrationalen Handlungen fähig werden.

Im vorliegenden Fall haben wir es mit dem Wahn des Machbaren zu tun. Einblicke in das innerste Geschehen der Natur, die virtuose Beherrschung ihrer technischen Gesetze, Mondflug und Quantenphysik, die Technisierung der halben Welt samt Internet, digitaler Datenverarbeitung, künstlicher Intelligenz und Hochleistungscomputern haben weitem dazu geführt, dass der Mensch nicht mehr als ein fehlerhaftes Wesen, und mehr noch, ein Geschöpf gilt, sondern als der Herr über das Universum. Eine aufklärerische Glaubensfeindlichkeit hat dazu beigetragen, und nun wird verdrängt, dass es bis zur Allmacht doch noch sehr weit ist. Merkel selbst hat dieser Haltung überaus knapp und unmissverständlich Ausdruck gegeben: „Wir schaffen das.“

Der Kollaps ist absehbar

Nun – man schafft natürlich nichts, auch nicht auf dem Feld, für das das geflügelte Wort geprägt worden ist, dem der Integration von kulturfremden Zuwanderern. Der Versuch der Eingliederung scheitert in großem Umfang, Parallelgesellschaften entstehen, die nach eigenem Brauchtum und Gesetz leben und nicht im Entferntesten daran denken, sich den deutschen Verhältnissen anzugleichen. Warum denn

auch, wenn man mancherorts schon fähig ist, sogar die Polizei auf okkupierten Stadtvierteln fernzuhalten? Eine solche Entwicklung war nur möglich unter der Maßgabe einer Ideologie, die darauf ausgerichtet ist, die Rolle des deutschen Staatsvolkes – derer, die schon länger hier leben, wie die Kanzlerin sagt – bis zur Unkenntlichkeit zu mindern, damit Platz entstehe für eine noch nicht näher zu bezeichnende Misch-Gesellschaft. So erkennbar die ideologische Absicht ist, so klar ist auch ihr Scheitern und damit das des Wahns vom Machbaren.

Der Machbarkeitswahn von Merkel – und nicht nur ihr – zeigt sich in der Corona- ebenso wie in der Zuwanderungs-, der Energie-, der Klima- und der Finanzpolitik

Nicht anders bei der Energiewende nach grün-ideologischer Vorgabe. Die Physikerin Merkel, assistiert unter vielen anderen von der Grünen Annalena Baerbock, die Strom in der Leitung speichern möchte, lässt die Kernkraftwerke zusperrern, streicht kurz drauf die Gewinnung von Strom aus Kohle und betreibt gleichzeitig die Verbreitung von Elektroautos. Rationale Erwägungen können dafür der Grund nicht sein. Es sind die ideologisch-psychologischen Triebkräfte, welche die Politiker – denn Merkel ist es ja nicht allein – dazu bewegen, wider die Vernunft zu handeln, auch im Angesicht des absehbaren Scheiterns. Denn dieses Scheitern der Energiewende ist absehbar. Hier liegt der einzige Grund, warum die Bundesregierung gegen den Willen der USA an der Gasleitung aus Russland festhält, weil ohne diese Lieferungen der energiepolitische Offenbarungseid nur eine Frage von Monaten wäre.

„Wir schaffen das“, gilt auch und vor allem für die Klimapolitik. Auch hier ist der beherzte Angriff auf die Tatsachen zu

beobachten, wenn mit der offiziellen Treibhaus-Theorie eine Annahme verfolgt wird, die eindeutig dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik widerspricht. Das ist ein Kampf gegen Windmühlen. So wird man wiederum nichts schaffen, außer dass sich die Politik mit dem Ziel, das Weltklima auf ein halbes Grad genau zu justieren, hart an den Rand der Lächerlichkeit begibt. Die apokalyptischen Drohungen, die überall lauern, sind denn auch dazu da, von dieser Lächerlichkeit abzulenken und jedes selbstständige Nachdenken im Keim zu ersticken.

Und der nächste Karneval auch

Der Wahn des Machbaren zeigt sich in subtiler Weise auch in der Finanzpolitik der EU wie der USA. Auch hier werden grundlegende, vielfach belegte wissenschaftliche Grundlagen beiseitegewischt, indem man jede Orientierung an dem Ziel der Geldwertstabilität vergisst. Es scheint, als würde dem Produzieren von Geld mehr Aufmerksamkeit gewidmet als demjenigen von Verbrauchsgütern. Nur – die am Computer generierten Billionensummen sind rein virtuell, es gibt sie nicht in der Wirklichkeit, weil sie keine Deckung haben. Wirklich sind sie nur auf der falschen Seite der Bilanz, wenn sie sich als Schulden niederschlagen. In der EU ist es bereits so weit gekommen, dass der Euro – der als Währung einen Wert darstellen sollte – seinerseits nicht nur keinen eigenen Wert mehr hat, sondern finanziert werden muss. Euro-Rettung heißt das und beschäftigt Riesenstäbe beim Europäischen Währungssystem (EWS). Auch hier ist der Kollaps abzusehen.

Man kann ihn sich nicht wünschen, denn er wird mit einer Katastrophe für viele Menschen einhergehen. Gleichwohl kann er eine reinigende Wirkung mit sich bringen. Denn alle Vorhaben des Wahns der Machbarkeit stehen unter dem scheu verschwiegenen Vorbehalt der Finanzierung – die Zuwanderung ebenso wie die Energiewende oder die Klimapolitik und anderes auch. Also wird, um dem Wahn weiterhin in parareligiöser Inbrunst zu huldigen, Geld in die Welt gestreut wie einst beim Kölner Karneval das Konfetti auf die Narren. Nach einem Kollaps könnte das wieder anders werden. Und es gäbe wieder einen Karneval.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

„Big Brother“ lässt vielfach grüßen

Zehn auf einen Schlag – Nach Ende des Urheberrechts für „1984“ gibt es eine Flut von Neuübersetzungen

VON HARALD TEWS

Zählen wir einmal nach: Manesse, Rowohlt, Deutscher Taschenbuchverlag (dtv), Suhrkamp (Insel), Reclam, S. Fischer, Anaconda und Nikol. Gleich acht Buchverlage haben im Januar und Februar Neuübersetzungen von George Orwells dystopischem Zukunftsroman „1984“ herausgebracht. Rechnet man noch die gebundene Reclam-Ausgabe, die zusätzlich zur Taschenbuchversion der gelben Universal-Bibliothek für den Mai angekündigt ist, sowie eine aufwendig illustrierte Ausgabe hinzu, die bei S. Fischer im März erscheinen soll, so kommt man sogar auf insgesamt zehn „1984“-Ausgaben, die praktisch auf einen Schlag auf den deutschen Buchmarkt geschleudert werden.

Was ist da los? Dass zu einem Werk nahezu zeitgleich gleich acht Neuübersetzungen angeboten werden und sich Verlage damit gegenseitig Konkurrenz machen, ist ein wohl einmaliges Ereignis in der deutschen Verlagsgeschichte. Es erklärt sich nur zum Teil damit, dass der Roman 70 Jahre nach dem Tod des Autors gemeinfrei geworden ist. Bis zuletzt lagen zwei deutsche Übersetzungen vor, mit denen man gut leben konnte. Beide hat Ullstein herausgebracht.

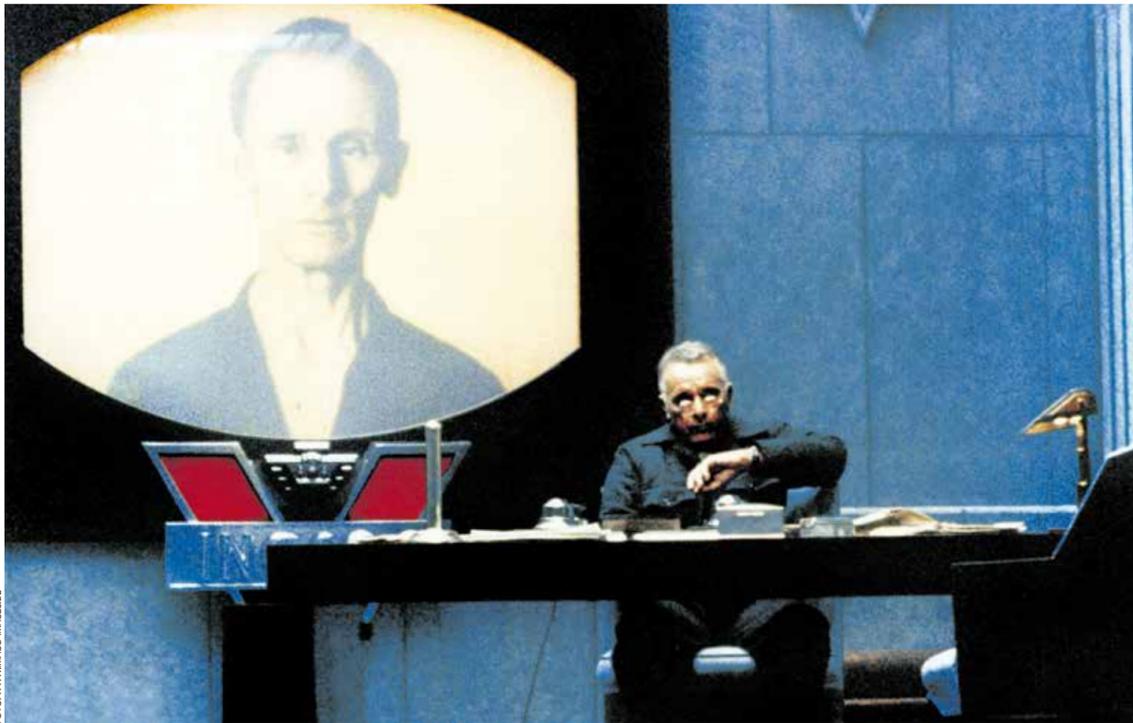
Der Berliner Verlag war zuletzt der Rechteinhaber für die deutsche Übersetzung. Gut möglich, dass Kurt Wagenseils Version von 1950 und die von Michael Walter im Jubiläumsjahr 1984 erschiene Übertragung etwas Patina angesetzt haben. Man schmeckte noch den Kalten Krieg heraus, was aber nicht das Schlechteste war. Zeitgeschichtlich war man damit immerhin dicht am englischen Original von 1949 dran.

Wettkampf der Übersetzer

Doch nach dem Ende des Urheberrechts stürzen sich die Verlage wie die Geier auf Orwells Roman. Das kam so plötzlich, dass selbst Horst Lauinger, der Leiter des Manesse Verlags, davon überrascht ist. „Wir hatten keine Ahnung vom Ausmaß der Konkurrenz“, sagte er gegenüber der PAZ, „als wir im Sommer 2020 unsere Ausgaben ankündigten, waren wir noch die Einzigen, die beides – ‚1984‘ und ‚Farm der Tiere‘ – neu übersetzt herausbringen wollten. Aber ein Großklassiker des 20. Jahrhunderts wie ‚1984‘ musste einfach bei Manesse erscheinen.“ Dabei gibt es sogar Konkurrenz im eigenen Haus.

Der Anaconda Verlag, der wie Manesse zur deutschen Verlagsgruppe Penguin Random House gehört, hat eigenständige Übersetzungen sowohl von „1984“ als auch der Sozialismussatire „Farm der Tiere“ herausgebracht. Dazu hat man offenbar eigens die Verlagspolitik geändert. Anaconda war ebenso wie der Hamburger Nikol Verlag bislang dafür bekannt, preisgünstige Sonderausgaben für den Modernen Antiquariatshandel herzustellen. Jetzt bieten beide Billiganbieter für Kampfpreise zwischen knapp 5 und 8 Euro neue Übersetzungen von „1984“ und „Farm der Tiere“ in gebundenen Ausgaben im Buchhandel an.

Dass sich das Geschäft mit Orwell lohnt, bestätigt Verlagsleiter Lauinger. Nachdem seine Manesse-Ausgabe von „1984“ in Schweizer Bestsellerlisten auf Platz 7 auftauchte, hat er nur einen Monat nach der Erstauflage eine Neuauflage in Auftrag gegeben. Die Pandemie wird ihren Teil dazu beigetragen haben: Im Lockdown haben die Leute mehr Zeit zum Lesen. Und da das Buch seit einem halben



„Big Brother is watching“: Richard Burton in seiner letzten Filmrolle als Parteispion O'Brien in der „1984“-Verfilmung von 1984

Jahrhundert fester Bestandteil des Schulunterrichts ist, dürfte der Verkauf auch zukünftig weiter gesichert sein.

Ein Restrisiko bleibt wegen der großen Konkurrenz dennoch. Die Übersetzer-, Produktions- und Druckkosten müssen erst einmal erwirtschaftet werden. Am Ende könnte auch das beispiellose Wettrennen um die beste Übersetzung entscheidend sein. Mit Gisbert Haefs, Frank Heibert oder Eike Schönfeld haben sich die großen Literaturverlage die Platzhirsche unter den Übersetzern gesichert. Eine Erfolgsgarantie bieten sie nicht.

Um es gleich zu sagen: Die Nummer 1 unter den Übertragungen lässt sich kaum ermitteln. Da „Nineteen Eighty-Four“ sprachlich nicht zum Anspruchsvollsten zählt, was die englische Literatur zu bieten hat, stellt eine Übersetzung des Werks keine große Herausforderung dar. Jede

der acht Übertragungen hat ihre eigenen Stärken und Schwächen.

Dass man aber ausgerechnet Orwell, der im Romananhang die „Prinzipien des Neusprech“ im totalitären System aufgeführt, sprachlich säubert, ist allerdings bemerkenswert. Aus Orwells „negroes“ haben zum Beispiel Rowohlt und Reclam zeitgemäß „Schwarze“ gemacht. Und wo „negroid lips“ meist mit „negroiden Lippen“ übersetzt wurde, heißt es bei dtv über einen Karikaturisten: „Rutherford war ein Riese mit einer Mähne von fettigem, grauem Haar, sein Gesicht war ein faltiger Sack mit wulstigen Lippen.“

Robert Habecks Doppeldenk

Damit kann man leben. Und das spielt Robert Habeck in die Karten. Der Co-Vorsitzende der Grünen hat für die dtv-Ausgabe ein Vorwort geschrieben, in dem er mit

Blick auf die AfD mahnt: „Diejenigen, die die Demokratie zu einer Volksherrschaft umbauen wollen, beschimpfen sie als Diktatur und Fassadendemokratie.“ Mit der Umdeutung und Neuinterpretation des Begriffs Demokratie, der übersetzt nichts anderes als Volksherrschaft meint (siehe auch PAZ vom 5. Februar, Seite 8), bedient sich Habeck genau des dialektischen „Doppeldenks“ bei Orwell: Demokratie ist Diktatur. Sein Demokratiebegriff scheint sich demnach kaum von dem im Staat Ozeanien zu unterscheiden, in dem im Roman eine kleine Machtelite das Volk diktatorisch beherrscht.

Für Habeck ist klar, wohin die Reise geht: Abwehr jeglichen Querdenkens, darin liege die Aktualität von „1984“. Damit wird der Leser praktisch gleich zu Beginn in Richtung einer links-grünen Leserhaltung manipuliert und ähnlich „gehirngewaschen“ wie der Dissident und Protagonist Winston Smith im Roman.

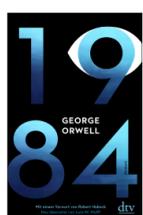
Hätte ein konservativer Vordenker ein Vorwort schreiben dürfen, hätte die Manipulation nicht weniger fatal ausfallen können. Bestünde die Aktualität von „1984“ dann nicht umgekehrt darin, dass alles auf eine Ökodiktatur hinausläuft mit Meinungsterror und einem propagandistisch verordneten Neusprech, dem Gendersprech mit Binnensternen und unnatürlichen Sprechpausen? Und kommt es gegenwärtig nicht von ungefähr, dass sich viele Mitbürger in den östlichen Bundesländern von einer regierungsfreundlichen öffentlichen Berichterstattung wie an DDR-Zeiten erinnert fühlen? Der „Große Bruder“, Orwells sozialistischer „Big Brother“, lässt auch hierzulande wieder grüßen.

„1984“ kann man politisch tatsächlich in beide Richtungen lesen. Auch als Warnung vor dem globalisierten Überwachungsstaat des 21. Jahrhunderts, in dem eine Handvoll Internetriesen die Welt im Griff haben, lässt sich das Buch verstehen. Der Roman scheint so zeitlos aktuell zu sein, dass damit die vielen Übersetzungen tatsächlich zu rechtfertigen sind. Doch sie werten so einen Klassiker des 20. Jahrhunderts zum Nachteil anderer großer utopischer Literatur auf. Aldous Huxleys „Schöne neue Welt“, Ray Bradburys „Fahrenheit 451“, Anthony Burgess' „Uhrwerk Orange“ oder die Science-Fiction-Werke Philip K. Dicks stehen mindestens auf Augenhöhe mit Orwells Roman.

Die Neuausgaben im Überblick



George Orwell: „1984“, übersetzt von Gisbert Haefs, mit einem Nachwort von Mirko Bonné, Manesse, München 2021, gebunden, 448 Seiten, 22 Euro



George Orwell: „1984“, übersetzt von Lutz-W. Wolff, mit einem Vorwort von Robert Habeck, dtv, München 2021, gebunden, 416 Seiten, 24 Euro



George Orwell: „1984“, übersetzt von Eike Schönfeld, Insel Verlag, Berlin 2021, gebunden, 384 Seiten, 20 Euro



George Orwell: „1984“, übersetzt von Karsten Singelmann, Rowohlt 2021, Hamburg 2021, Taschenbuch, 416 Seiten, 10 Euro

Reclam Verlag, Ditzingen 2021, neu übersetzt von Holger Hanowell, Taschenbuch, 440 Seiten, 8 Euro; eine gebundene Ausgabe mit 370 Seiten erscheint am 7. Mai für 10 Euro

S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2021, neu übersetzt von Frank Heibert, Taschenbuch, 336 Seiten, 12 Euro (ab 24. Februar); eine von Reinhard Kleist illus-

trierte Ausgabe mit 432 gebundenen Seiten erscheint am 24. März, 98 Euro

Anaconda Verlag, München 2021, neu übersetzt von Jan Strümpel, gebunden, 400 Seiten, 6,95 Euro

Nikol Verlag, Hamburg 2021, neu übersetzt von Simone Fischer, gebunden, 392 Seiten, 7,95 Euro

SENTA BERGER

Hundert Arten von Schmerz

Es gibt diese Schauspieler, denen man gerne zusieht, was immer sie auch spielen. Senta Berger gehört dazu. Allein diese melodiose Stimme, in der immer ein zarter Hauch Wienerisch anklingt. Dieses aus unzähligen Filmen und Serien vertraute Gesicht, das einst ungewöhnlich attraktiv war und nun von Fältchen durchzogen immer noch schön ist. 80 Jahre alt wird die Wahl-Münchnerin am 13. Mai.

Ein Weltstar, geboren in einer Hinterhaus-Wohnung in Wien, einst aufgebrochen, um so zu werden wie die bewunderte Sophia Loren. In den 60er Jahren eroberte sie Hollywood, spielte an der Seite von Yul Brynner, Kirk Douglas, John Wayne und Frank Sinatra. Zurück in Europa heiratete sie 1966 den Regisseur Michael Verhoeven, der den Glamouruff seiner Frau mit der TV-Serie „Die schnelle Gerdi“ brechen wird. Berger spielt darin eine Taxifahrerin. Von da an steht die Tür zum Charakterfach weit offen. Berger ist über Jahre hinweg die Buhlschaft im Salzburger „Jedermann“, sie gibt die Komödiantin in Helmut Dietls Sozialsatire „Kir Royal“ und von 2002 bis 2019 die Kriminalrätin Prohacec in der ZDF-Serie „Unter Verdacht“.

In „Martha und Tommy“ (24. Februar um 20.15 Uhr im Ersten) spielt sie nun eine jener alleinlebenden älteren Frauen, welche die Leerstellen in ih-



Bald Jubilarin: Senta Berger als Martha

rem Leben mit Wohltätigkeit füllen. Diese Martha Bender allerdings verströmt sich an andere, weil sie ein sorgsam gehütetes Geheimnis in sich trägt. Als ein Student in das Haus zieht, der mit der Betreuung seines kleinen Bruders überfordert ist, schlägt ihre Stunde. Dass der Vater der Brüder ein Mörder ist, der nach seiner Entlassung um das Sorgerecht für den Kleinen kämpft, gehört zu den wenig plausiblen Wendungen im Drehbuch.

Student Tommy (Jonathan Berlin), vom verhassten Vater auf Pianist getrimmt, will dessen Erwartungen nicht entsprechen. Nachts nimmt er in den Docks von Hamburg an verbotenen Boxkämpfen teil, das Klavier, das ihm die mildtätige Martha in seine Wohnung stellt, zertrümmert er in ohnmächtiger Wut. Zwei verletzte Seelen treffen sich da, die sich gegenseitig nicht trösten können. Erst dem Hausfreund, gespielt von Uwe Kockisch, gelingt es, zu Martha durchzudringen. Um Abbitte geht es in ihrem Leben, wird er herausfinden. Um Vergebung.

Die Moritat vom jungen Boxer und der alten Frau ist nicht durchgängig gelungen, aber man verfolgt zunehmend fasziniert, wie beide ihre ewige Verteidigungshaltung aufgeben und hinter der mühsam gewährten Deckung ihre Wunden preisgeben. Vor allem Senta Berger, deren Gesicht hundert Arten Schmerz aufscheinen lässt, zeigt sich in berührender Verletzlichkeit. Anne Martin

KRONSTÄDTER MATROSENAUFSTAND

„Alle Macht den Räten – Keine Macht der Partei“

Auf Seiten der Revolution als Elitetruppe im Kampf gegen die Weißen – Lenin enttäuschte seine vormaligen Verbündeten schwer

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Eure Söhne werden sich für euch schämen. Sie werden euch den heutigen Tag nie verzeihen, die Stunde, in der ihr aus eigenem Willen die Arbeiterklasse verraten habt“, schleuderte der aus Moskau angereiste Michail Iwanowitsch Kalinin, Vorsitzender des Zentralkomitees der Sowjets, den Beteiligten des Kronstädter Matrosenaufstands am 1. März 1921 auf dem Ankerplatz in Kronstadt entgegen. „Beende das alte Lied“ und „Gib uns Brot“ und „Alle Macht den Räten – Keine Macht der Partei“, skandierten die Aufständischen. Kalinin kam nicht mehr zu Wort. Mit ohrenbetäubendem Lärm piffte ihn die Masse von zirka 16.000 wütenden Matrosen und Arbeitern aus.

Das Ereignis, das vor 100 Jahren als Kronstädter Matrosenaufstand in die Geschichte einging, hatte seinen Ursprung in der Russischen Revolution von 1917 und den Wirren des anschließenden Bürgerkriegs, der von 1918 bis 1920 tobte. Wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Zustände litten die Menschen Hunger und Not. In Russland gab es gegen Wladimir Lenin „Kriegskommunismus“ eine Welle von Bauernprotesten und Arbeiterstreiks. Geld war als Zahlungsmittel praktisch wertlos geworden. „Jeder Laib Brot“ und „jedes Pud (16,38 Kilogramm) Kohle“ wurden direkt verteilt, was dazu führte, dass Ende 1920, Anfang 1921 die Wirtschaft völlig am Boden lag. Die Krise nahm ihren Lauf.

Kommunisten schlossen Fabriken

Am 11. Februar beschloss die Kommunistische Partei, wegen der Brennstoffkrise im ganzen Land 93 Fabriken, darunter die berühmten Putilow-Werke in Petrograd – eine wichtige Industriefabrik, die neben Schienenfahrzeugen auch Geschütze herstellte –, zu schließen. Massenstreiks in der zweiten Februarhälfte waren die Folge.

Doch anstatt auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen, in deren Namen ja eigentlich die Russische Revolution stattgefunden hatte, verhängten die Petrograder Parteioberen das Kriegsrecht und ließen massenweise Arbeiter verhaften.



Der Kronstädter Matrosenaufstand: Auf dem Gemälde von Viktor Konstantinowitsch Samoresow (1957, Öl auf Leinwand, St. Petersburg, Zentrales Schifffahrtsmuseum) ist neben dem roten Banner noch die alte Seekriegsflagge zu sehen Foto: akg images

Ein folgenschwerer Fehler, denn weder die Protestaktion der Arbeiter noch die der Bauern hatte zunächst einen politischen Charakter. Die streikenden Arbeiter in Petrograd stellten die Macht der kommunistischen Partei gar nicht in Frage. Bei ihrem Protest ging es darum, die Errungenschaften der Revolution wiederherzustellen.

Die Erhebung der Kronstädter Matrosen hatte als Sympathiebekundung für die Petrograder Arbeiter begonnen. Sie mündete jedoch am 28. Februar 1921 in einer Resolution, verfasst von der Besatzung des Schlachtschiffs „Petropawlowsk“. Bei der genannten Versammlung in Kronstadt forderten die Matrosen Neuwahlen des Sowjets mit geheimer Stimmabgabe, Rede- und Pressefreiheit, die Wiederherstellung der Grundfreiheiten für Arbeiter und Bauern, Anarchisten und linkssozialistische Parteien sowie die Befreiung aller politischen Gefangenen.

Noch glaubten die Matrosen fest daran, dass Lenin sie verstehen würde. Schließlich waren die Kronstädter Matrosen die militärische Hauptmacht der Bolschewiki während der Oktoberrevolution in Petrograd gewesen. Als Elitetruppe hatten sie die Kommunistische Partei im Bürgerkrieg

„Eure Söhne werden sich für euch schämen. Sie werden euch den heutigen Tag nie verzeihen, die Stunde, in der ihr aus eigenem Willen die Arbeiterklasse verraten habt“

Michail I. Kalinin
Sowjetischer Politiker



FOTO: IMAGO/ARND BRONKHORST

gegen die Weiße Armee und deren westliche Alliierte unterstützt. Sicher verstand Lenin, worum es ging, aber er reagierte anders als die Matrosen es jemals erwartet hätten: Da er die Macht und die Einheit der Partei gefährdet sah, schickte er am 7. März die Armee los, um die Matrosen anzugreifen. Vier Jahre nach der Februarrevolution war die Optik des Arbeiter- und Bauernparadieses zerstört worden und ausgerechnet der Stolz der Revolution – die Matrosen der Baltischen Flotte – hatten sich erhoben. Dabei schien es der kommunistischen Führung nicht peinlich zu sein, dass ihre Gegner jetzt nicht mehr die früheren Herren waren, sondern die arbeitende Masse.

Lenin zeigte sich keineswegs tolerant gegenüber Meinungen, die von seiner abwichen. Die Partei hatte in den Jahren 1920/21 eine schwere Krise im Inneren erlitten, zu der zum einen die Spannung zwischen dem Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, und Gewerkschaften sowie zum anderen der Machtkampf zwischen dem Politbüro-Mitglied Grigorij Sinowjew und Trotzki geführt hatten.

Auf dem unmittelbar vor dem Matrosenaufstand durchgeführten 10. Parteitag

hatte Lenin zwei Resolutionen eingebracht. Eine betraf die „Parteeinheit“ mit Hinblick auf Kronstadt: Alle Gruppen mit einer eigenen Plattform sollten sofort aus der Partei ausgeschlossen werden. Eine zweite betraf die Aufgaben der Gewerkschaften. Daraus ging eindeutig hervor, dass diese nichts anderes als ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Parteiführung sein sollten. Parteeinheit bedeutete künftig bedingungslose und widerspruchslose Alleinherrschaft des Zentralkomitees.

Soldaten wurden gezwungen

Die eingesetzten Einheiten der Roten Armee mussten allerdings gezwungen werden, sich an der Niederschlagung des Matrosenaufstands zu beteiligen. Am 26. Februar erhielt die in Nowgorod eingesetzte Militäreinheit den Befehl, in Petrograd zu kämpfen. Zirka 700 Kämpfer liefen davon. Ihre Gewehre nahmen sie mit, und örtliche Bauern demontierten die Bahnschienen.

Die ersten Rückeroberungsversuche in Kronstadt scheiterten denn auch. Am 16. März stockte die Partei die 7. Armee auf 45.000 Soldaten auf. Den weiteren Kampf gegen die Aufständischen führte Trotzki persönlich an. Außerdem eilten 200 Delegierte des 10. Parteitags aus Moskau herbei, um die Moral der Angreifer zu stärken. Am 18. März fiel Kronstadt endlich. 2500 Matrosen wurden verhaftet, mehr als 1000 getötet und 2000 verletzt. Etwa 6000 bis 8000 Matrosen gelang die Flucht über das Meer nach Finnland. Selbst die Angehörigen der aufständischen Matrosen wurden noch verfolgt und hart bestraft.

Ob die Erhebung der Matrosen der Baltischen Flotte in Kronstadt ein von außen beeinflusster Putschversuch war, wie die sowjetische Geschichtsschreibung lange behauptet hat, konnte nie eindeutig geklärt werden. Als gesichert gilt hingegen, dass der Matrosenaufstand möglich geworden war, weil während des Bürgerkriegs der Personalbestand der Baltischen Flotte wie auch der Roten Armee mit Bauern aufgefüllt worden war, die mit der Wirtschaftspolitik der sowjetischen Machthaber unzufrieden waren.

Am 10. Januar 1994 hat Boris Jelzin die Teilnehmer am Kronstädter Matrosenaufstand rehabilitiert.

HELMUT SCHÖN

Der Mann mit der Mütze

Mit ihm als Trainer erlebte die deutsche Fußballnationalmannschaft goldene Jahre – Vor 25 Jahren starb er in Wiesbaden

Als „General mit Herz, ein Freund zugleich und Boss“ hat Udo Jürgens Helmut Schön bei dessen Abschied in seinem Lied „Der Mann mit der Mütze“ charakterisiert. Schön war kein „Diktator im Trainingsanzug“. Er hatte einen ganz anderen Führungsstil als Sepp Herberger. Auch in seiner Herkunft unterschied er sich sehr von seinem Vorgänger im Amte des Trainers der deutschen Fußballnationalmannschaft. Er war ein Schöngestirnter bürgerlicher Herkunft.

Der Sohn eines Kunsthändlers und Musikliebhaber spielte aber auch gerne Fußball. Und so wurde er Berufsfußballer. Angesichts seiner bürgerlichen Herkunft verwundert es nicht, dass der am 15. September 1915 zur Welt gekommene Dresdner für den als bürgerlich geltenden Dresdner Sport-Club 1898 e.V. spielte. Als „bürgerlicher Verein und Symbol feudaler Claqueurwirtschaft“ wurde Schöns Verein nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch von der Obrigkeit verboten,

und er selbst ging schließlich in den Westen.

Wenn Herberger Schön auch als Spieler für zu weich hielt, um ihn längerfristig in der Nationalmannschaft zu behalten, so lernte er ihn doch spätestens bei den beiden Qualifikationsspielen zwischen der bundesdeutschen und der saarländischen Auswahl für die Fußballweltmeisterschaft 1954 in der Schweiz schätzen. Herberger trainierte die bundesdeutsche, Schön, der mittlerweile vom Spielfeld auf die Trainerbank gewechselt war, die saarländische Mannschaft. Herberger wählte sich Schön nicht nur zu seinem Assistenten, sondern baute ihn auch als seinen Nachfolger auf. 1964 erfolgte der Stabwechsel.

Es folgten nun goldene Jahre des deutschen Fußballs mit legendären Spielen und Spielern. 1966 schaffte es die Bundesrepublik in England bis ins Finale und konnte erst dort vom Gastgeber und den Unparteiischen gestoppt werden. 1970 bestritten die Deutschen mit Italien im Halbfinale

der Weltmeisterschaft 1970 in Mexiko das sogenannte Jahrhundertspiel. Bei der anschließenden Fußball-Europameisterschaft des Jahres 1972 in Belgien liefen die Deut-



Helmut Schön Foto: imago/Sven Simon

schen zur Höchstform auf. Den krönenden Abschluss bildete ein 3:0 gegen die Sowjetunion im Finale. Neidlos gestand Schöns sowjetisches Pendant Ponomarjow nach Spielschluss: „Wir müssen von den Deut-

schen lernen. Sie haben Spielzüge, die in keinem Lehrbuch stehen.“

Der deutsche Fußball und mit ihm die deutsche Nationalmannschaft hatten einen, wenn nicht den Zenit erreicht. Zwar wurde erst zwei Jahre später mit dem Weltmeistertitel im eigenen Land der förmliche Höhepunkt erreicht, doch ging es da schon wieder bergab. Schatten lagen auf dieser WM. Die Europameister von 1972 wussten um ihren Marktwert und es kam zu finanziellem Gefelsche.

Die Professionalisierung hatte den Fußball erreicht. Das war nicht mehr die Welt des Idealisten und Sportsfreunds Schön. Die 0:1-Niederlage ausgerechnet gegen den Staat, dessentwegen er Dresden verlassen hatte, war ein sportlicher Tiefpunkt. Mithilfe seines Kapitäns Franz Beckenbauer reichte es dann aber doch noch bis ins Finale, wo ein Zittersieg gegen die Niederlande den Weltmeistertitel brachte. 1976 folgte der Vizeeuropameistertitel als Abschluss.

Es stellt eine gewisse Tragik dar, dass bei allen seinen Erfolgen Schöns beruflicher Abgang eher kurios denn würdig war. Die „Schmach von Cordoba“, das blamable 2:3 gegen Österreich, ließ die Bundesrepublik bereits in der Zwischenrunde der Weltmeisterschaft 1978 in Argentinien ausscheiden. Schön hatte bereits vor dem Turnier bekanntgegeben, dass dieses sein letztes sein würde. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger als Nationaltrainer, der Schwierigkeiten mit der machtlosen Position als Ehemaliger klar hatte erkennen lassen, zog Schön sich aus der Öffentlichkeit zurück. Am 23. Februar 1996 starb er in einem Pflegeheim in Wiesbaden, der Stadt, in der er nach seinem Wechsel von der DDR in den Westen seine westdeutsche Fußballtrainerlaufbahn begonnen hatte und die er so mochte, weil sie ihn „so sehr an Dresden erinnerte: auch eine ehemalige Residenzstadt, auch eine Beamtenstadt, die schönen Anlagen, die Wälder ringsum.“ Manuel Ruoff

VON ERIK LOMMATZSCH

LANGES TELEGRAMM

Ein Botschaftsrat empfiehlt die „Eindämmung“ Moskaus

Vor 75 Jahren gab George F. Kennan einen wesentlichen geistigen Anstoß zur „Containment“-Politik der USA gegenüber dem einstigen Verbündeten

In Washington gab man sich irritiert. Die Sowjetunion verweigerte die Mitarbeit bei der Ende Dezember 1945 gegründeten Weltbank. Aufschluss über die Ursachen des Verhaltens des vormaligen Kriegsverbündeten erhofften sich die Amerikaner von der eigenen Botschaft in Moskau. Die dort verfasste Stellungnahme, die weit über den eigentlichen Grund der Anfrage hinaus Positionen und Ziele der sowjetischen Politik darlegte und notwendige Folgerungen empfahl, sollte als „Langes Telegramm“ in die Geschichte eingehen.

Verfasst wurde es vor 75 Jahren, am 22. Februar 1946, von dem damals 42-jährigen Diplomaten George F. Kennan. Zu dieser Zeit bekleidete er den Rang eines Botschaftsrats. In dem „Langen Telegramm“ – das für ein Telegramm wirklich sehr umfangreich ist und laut Kennan aufgebaut wie eine puritanische Predigt – legte er der US-Führung seine mahnende Einschätzung vor. Und die bestimmte die Sowjetunion nun eindeutig als Feind. Kennan stand mit dieser Sichtweise in den Vereinigten Staaten nicht allein, doch gelten seine Formulierungen, die – wenn zunächst auch nur intern – rasch verbreitet wurden, als wesentlicher Eckpunkt für den Beginn des Kalten Krieges, der das Weltgeschehen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägen sollte.

Bruch mit Josef Stalin

Im Zweiten Weltkrieg waren die USA und die übrigen westlichen Alliierten noch im Kampf gegen das von den Nationalsozialisten beherrschte Deutschland mit dem sowjetischen Diktator Josef Stalin verbündet gewesen. Die Sowjets erfuhren amerikanische Unterstützung, die dringend zur Abwehr der Deutschen benötigt wurde, und sahen sich entsprechend zu Zugeständnissen bereit. So wurde etwa 1943 die Kommunistische Internationale aufgelöst und Stalin schloss sich der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker an. Belohnt hatte man ihn für sein demonstriertes Wohlverhalten auch. Bereits erfolgte Annexionen wurden bestätigt. US-Präsident Franklin D. Roosevelt hielt bis zu seinem Tod im April 1945 an dem Gedanken fest, eine Kooperation mit der Sowjetunion sei über das Kriegsende hinaus möglich.

Das Vorgehen der Roten Armee, die Einverleibung von Territorien und das Errichten kommunistischer Regime waren sichtbare Zeichen für den Wert von Stalins Zusicherungen. Im „Langen Telegramm“ heißt es: „Wo es angezeigt und erfolgsversprechend scheint, wird man versuchen, die äußeren Grenzen der Sowjetmacht zu erweitern“ oder, die „Russen werden sich offiziell an solchen internationalen Organisationen beteiligen, die ihnen Gelegenheit geben, sowjetische Macht auszuweiten“. Ein Fazit Kennans lautet, insgesamt „haben wir es mit einer politischen Kraft zu tun, die sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, dass es mit Amerika keinen dauernden modus vivendi geben kann“. Die westlichen Demokratien hielt er dem sowjetischen System für überlegen.

Verschärfung durch „Rollback“

In den USA zeigte Außenminister James Byrnes mit seiner Stuttgarter Rede vom September 1946, dass er der Linie Kennans folgte. Er führte aus, dass die Amerikaner eher Deutschland teilen würden, als es unter sowjetischem Einfluss als Ganzes zu erhalten. Bereits im März jenes Jahres hatte der britische Premier Winston Churchill vom „Eisernen Vorhang“ gesprochen, der Europa teile. Insbesondere aber war es Harry S. Truman, als Nachfolger Roosevelts US-Präsident und gegenüber Stalin wesentlich skeptischer, der Kennans Bewertungen zur Grundlage seiner Politik machte.

Kennan wurde Chef des Planungsstabes im Außenministerium. Seine Anre-



Ungefähr ein Jahr, nachdem er das „Lange Telegramm“ verfasst hatte: George F. Kennan

Foto: Library of Congress

gungen bildeten die Basis der Politik des „Containment“, der Eindämmung, die Truman im März 1947 in einer Rede offiziell verkündete. In endgültiger Abkehr vom einstigen Isolationismus vertrat er hinsichtlich des sowjetischen Expansionsismus den Standpunkt, „dass wir den freien Völkern beistehen müssen“. Fortan sollte die „Truman-Doktrin“, sollte das Ziel des „Containment“ maßgeblich für das Agieren der USA werden.

Das „Lange Telegramm“ diente als Basis für einen Artikel mit dem Titel „The Sources of Soviet Conduct“, der im Juli 1947 in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ erschien. Die Wende in der Außenpolitik der USA sollte so öffentlichkeitswirksam vermittelt werden. Kennan zeichnete damals nur mit „X“, aber die Identität des Autors wurde schnell bekannt. In Umsetzung des „Containment“ erarbeitete er die Grundzüge des Marshall-Plans.

Die Eindämmungspolitik war zwar sowjetkritisch, aber noch defensiv. Nach dem Wechsel im Präsidentenamt vom Demokraten Truman zum Republikaner Dwight D. Eisenhower im Jahre 1953 wurde dann unter dessen Außenminister John Foster Dulles die offensivere Strategie des „Rollback“, des Zurückdrängens forciert. Der Unterschied besteht darin, dass „Containment“ reagieren sollte, sobald die Sowjetunion handelte, während „Rollback“ die Initiative betonte, etwa die aktive Unterstützung beim Sturz kommunistischer Systeme.

Rückblickend fühlte sich der nicht nur als Diplomat, sondern auch als Historiker hervorgetretene Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels des Jahres 1982 bezüglich der Intention seines „Langen Telegramms“ missverstanden. „Containment“ habe für ihn politische Eindämmung bedeutet und nicht militärische, wie sie dann mit Aufrüstung und atomarer Bedrohung zutage trat.

Kennan erlebte das Ende des Kalten Krieges, den Sieg „seines“ Systems und wurde Zeuge der darauffolgenden Veränderungen. 1997 trat er als scharfer Kritiker der NATO-Osterweiterung hervor. Im März 2005 ist er im Alter von 101 Jahren gestorben.

Die US-Präsidenten von 1933 bis 1961



FOTO: LEONA PERSE

Wohl kein US-Präsident stand der Stalindiktatur derart unkritisch gegenüber wie der 32., **Franklin D. Roosevelt**. Der Demokrat amtierte von 1933 bis zu seinem Tode kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs



FOTO: NATIONAL ARCHIVES

Unter Roosevelts Nachfolger, seinem vormaligen Vize **Harry S. Truman**, endete der Zweite Weltkrieg und begann der Kalte Krieg. 1948 im Amt bestätigt, verzichtete er 1952 auf eine erneute Kandidatur



FOTO: WHITEHOUSE

Dwight D. Eisenhower beendete 1953 eine jahrzehntelange Herrschaft von Demokraten im Weißen Haus. In seiner bis 1961 dauernden Amtszeit setzte sich die Entfremdung der Supermächte fort

U-BOOTWAFFE

Ein Preuße gilt als der Erfolgreichste

Bei Preußen mit einem französisch klingenden Nachnamen denkt man sofort an calvinistische Glaubensflüchtlinge aus Frankreich oder deren Nachfahren. Auch bei Lothar von Arnauld de la Perière war ein Vorfahre aus Frankreich geflohen, allerdings nicht wegen seines Glaubens. Vielmehr hatte sein Urgroßvater Johann Gabriel Arnauld de la Perière 1757 nach einem Duell fliehen müssen. In der Armee Friedrichs des Großen hatte er Aufnahme gefunden.

Auch der Urenkel machte den Dienst an der Waffe zu seinem Beruf, allerdings nicht bei der Armee wie sein Urgroßvater, sondern bei der Marine. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte es der am 18. März 1886 in Posen geborene Preuße bis zum Adjutanten beim Chef des Admiralstabes gebracht. Erst im Krieg fand er nach einem Umweg über die Marineflieger 1915 zur U-Bootwaffe. Noch im selben Jahr bekam er sein eigenes Boot, U 35, das er zum erfolgreichsten U-Boot der Welt machte. Bis zum März 1918 unternahm Arnauld de la Perière mit U 35 14 Feindfahrten, deren sechste im Sommer 1916 mit 54 versenkten Schiffen mit zusammen 90.156 Bruttoregister-tonnen (BRT) die erfolgreichste des Ersten Weltkrieges wurde. Am 18. Mai 1918 wurde Arnauld de la Perière mit dem brandneuen U-Kreuzer U 139 eines der größten je in Dienst gestellten deutschen Kampf-U-Boote anvertraut. Mit den beiden U-Booten versenkte er 194 Schiffe mit 453.716 BRT. Damit gilt Arnauld de la Perière als der erfolgreichste U-Boot-Kommandant der Seekriegsgeschichte.

Nach Kriegsende blieb der Kapitanleutnant zwar bei den Seestreitkräften, aber seine Fähigkeiten als U-Bootkommandant waren entwertet, da die Kriegssieger der Reichsmarine diese moderne Waffe versagten. 1931 trat er als Kapitän zur See in den vorzeitigen Ruhestand. Von 1932 bis 1938 unterrichtete er an der türkischen Marineakademie.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er reaktiviert. Es folgten Verwendungen als Marinebe-



FOTO: STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN - PK

Vor 80 Jahren gestorben: Lothar von Arnauld de la Perière

vollmächtiger in Danzig sowie Marinebefehlshaber Belgien-Niederlande, Marinebefehlshaber Bretagne und Marinebefehlshaber Westfrankreich. Auf dem Weg nach Berlin zur Übernahme eines neuen Kommandos fand der frischgebackene Vizeadmiral am 24. Februar 1941 den Tod. Seine Junkers W34 stürzte noch während des Startvorgangs vom Pariser Flughafen Le Bourget ab und ging in Flammen auf. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es gibt Zufälle, die machen faszinierend: In einem monumentalen, 1700 Seiten umfassenden Geschichtswerk will die 81-jährige Polin Filomena Leszczynska in der Fußnote 397 auf Aussagen über ihren Onkel Edward Malinowski gestoßen sein, in denen sie sofort eine „Verletzung ihres Rechts auf ehrendes Gedenken an verstorbene Verwandte“ sowie eine „Beleidigung der polnischen Nation“ erkannte. Denn das 2018 erschienene Buch „Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski“ (Danach ist nur Nacht. Die Schicksale von Juden in ausgewählten Landkreisen im besetzten Polen) greift unter anderem auch das heikle Thema der polnischen Verstrickungen in den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden auf.

In diesem Zusammenhang heißt es über Malinowski, der Dorfschulze sei mitschuldig am Tode von 22 Juden gewesen, die 1942 versucht hätten, vor der SS in die Wälder zu fliehen. Das gehe aus den Aussagen der ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiterin Estera Drogicka gegenüber der Survivors of the Shoah Visual History Foundation im Jahre 1996 hervor.

Wegen dieser kurzen Textpassage reichte die Rentnerin Leszczynska im Juni 2019 Klage gegen die beiden Verfasser des Buches ein, bei denen es sich um international bekannte Experten handelt. Die 1962 in Warschau geborene Barbara Engelking ist Professorin am Institut für Philosophie und Soziologie der polnischen Akademie der Wissenschaften, Gründerin und Direktorin des Zentrums zur Erforschung des Holocaust sowie Polens Vertreterin im Internationalen Auschwitz-Rat. Und Jan Grabowski, Sohn eines Holocaust-Überlebenden, hat wiederum eine Professur an der Universität Ottawa inne und arbeitet parallel dazu an Engelkings Forschungseinrichtung in der polnischen Hauptstadt.

Folge des „Holocaust-Gesetzes“

Die Klage stützt sich auf das am 1. März 2018 in Kraft getretene Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens, welches zumeist nur „Holocaust-Gesetz“ genannt wird. Denn es stellt auch Äußerungen unter Strafe, die, wie es heißt, darauf abzielen, dem polnischen Staat oder Volk „faktenwidrig die Verantwortung oder Mitverantwortung für Verbrechen“ zuzuschreiben, „die durch das Dritte Deutsche Reich begangen wurden“.

Der Urteilsspruch im Rechtsstreit zwischen Leszczynska sowie Engelking und Grabowski fiel am 9. Februar. Die Richter am Warschauer Bezirksgericht Ewa Jończyk entschied, dass sich die beiden Historiker wegen der Beschädigung des Andenkens des verstorbenen Malinowski aufgrund von „Ungenauigkeiten“ in ihrer Darstellung öffentlich bei der Kläge-



Unter Beschuss, weil sie die Wahrheit ans Licht brachten: Die Wissenschaftler Barbare Engelking (l.) und Jan Grabowski



Fotos: Adrian Gryczuk

GESCHICHTSKLITTERUNG

Mit dem Gesetzbuch gegen die Wahrheit

Ein Warschauer Gericht hat zwei Historiker verurteilt, weil sie einen Fall von polnischer Kollaboration mit dem NS-Regime während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg aufgedeckt haben

rin zu entschuldigen hätten. Gleichzeitig wies sie jedoch die Forderung nach Zahlung von 100.000 Zloty (gut 22.000 Euro) Schmerzensgeld an Leszczynska zurück, weil weder deren eigener Ruf noch die Ehre ihrer Familie insgesamt geschädigt worden seien. Ebenso sah Jończyk keine Veranlassung, Engelking und Grabowski wegen einer Verleumdung Polens zu bestrafen.

Damit fiel das Urteil verhältnismäßig milde aus, was aber nichts an seiner problematischen Begründung ändert. Denn die junge Richterin ignorierte die Einlassungen der Holocaust-Überlebenden Drogicka und bezog sich stattdessen auf die frühere Entscheidung eines polnischen Gerichts aus dem Jahre 1950, welches Malinowski vom Vorwurf der Kollaboration und der Beihilfe zum NS-Judenmord freigesprochen hatte. Dabei ließ sie vollkommen unberücksichtigt, dass die Gefolgsleute des Dorfschulzen die Zeu-

gen seinerzeit massiv eingeschüchert und teilweise auch brutal misshandelt hatten, woraufhin letztlich niemand gegen Malinowski auszusagen wagte. Deshalb beabsichtigen Engelking und Grabowski nun, in Revision zu gehen.

Zogen mächtige Kreise die Strippen?

Deren Ausgang ist freilich ungewiss, denn den zwei Forschern weht ein eisiger politischer Wind ins Gesicht. Sowohl das Staatsfernsehen Telewizja Polska als auch die Regierungspartei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) und das staatliche Institut für Nationales Gedenken (IPN) lassen keine Gelegenheit zum Kesseltreiben gegen das Historiker-Duo aus. So äußerte einer der stellvertretenden IPN-Direktoren: „Wir wissen, dass die Bücher der beiden Autoren oft anfechtbar, ungenau und manipuliert sind.“ Noch schärfer fällt die Polemik vonseiten einiger nationalistischer Stiftungen aus, allen voran die

2013 gegründete Reduta Dobrego Imienia – Polska Liga Przeciw Zniesławieniom (Festung des guten Namens – Polnische Liga gegen Diffamierung, kurz RDI): Da geht es sogar reichlich Kampfbegriffe wie „Geschichtsfälscher“, „Volksverräter“ und „linkes Lumpenpack“.

Wie kaum verwundern kann, stand Filomena Leszczynska natürlich nicht alleine auf weiter Flur, als sie die zwei Geschichtswissenschaftler vor Gericht zerrte. Die RDI unterstützte die Rentnerin bei der Klageerhebung und übernahm auch ihre finanziellen Auslagen. Zudem deutet vieles darauf hin, dass die Stiftung die Fußnoten des Buches von Engelking und Grabowski systematisch mit alten Gerichtsakten abgeglichen hat, wodurch sie schließlich auf den Fall Malinowski stieß. Das ist insofern bemerkenswert, als die RDI Geld von der Regierung in Warschau erhält und von Maciej Świrski geleitet wird, der zugleich als Vorsitzender des

Aufsichtsrates der staatlichen polnischen Nachrichtenagentur Polska Agencja Prasowa (PAP) fungiert.

Ogleich das Urteil nicht ganz den Erwartungen der RDI und PiS sowie des IPN entsprochen haben dürfte, wird es allgemein als Warnschuss in Richtung all derer verstanden, denen man ebenfalls zutraut, am Image der polnischen Nation als „Retter der Juden“ vor den Nationalsozialisten kratzen zu wollen.

Darüber hinaus stellt die Entscheidung des Gerichts eine Ermunterung auch für ausländische Geschichtsfälscher dar. So könnte sie beispielsweise ehemalige Stasi-Mitarbeiter dazu animieren, alte Urteile von DDR-Gerichten auszugraben, um mit ihrer Hilfe unbequeme Zeitzeugen aus der Ulbricht- und Honecker-Ära sowie Historiker, welche sich auf deren Aussagen berufen, mundtot zu machen. Wie würde die Justiz hierzulande dann wohl reagieren?

POLITISCHE GEWALT

Opfer sind vor allem AfD-Mitglieder

Straftaten gegen Politiker nehmen rasant zu: Zahl der Delikte hat sich binnen zwei Jahren mehr als verdoppelt

Straftaten gegen Politiker haben auch 2020 zugenommen. Dies geht aus zwei parlamentarischen Anfragen hervor, die in den vergangenen Wochen im Bundestag gestellt wurden. Demnach zählten die Behörden im vergangenen Jahr 2629 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger, wie das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der Linkspartei-Abgeordneten Ulla Jelpke mitteilte.

Im Vergleich zum Vorjahr sei dies ein Anstieg von 57 Prozent. 2019 waren noch 1674 Fälle gezählt worden. Im Vergleich zu 2018 (1256 Fälle) ist die Zahl demnach sogar um mehr als das Doppelte angestiegen. Die Antwort auf die Frage der fest in

antifaschistischen Kreisen verankerten Jelpke erweckt den Anschein, als wäre der Anstieg vor allem auf Straftaten aus dem rechtsextremen Spektrum zurückzuführen. Denn nur 370 der Straftaten fallen demnach in die Kategorie links, aber 901 in die Kategorie rechts.

Attacken auf Wahlkämpfer

Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das auf der linken Seite einem Zuwachs von knapp 20 Prozent und auf der rechten um 48 Prozent. Doch dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Schließlich zählt die AfD im Vergleich zum linken Parteienspektrum weit weniger Amtsträger. Und so wollte

die AfD-Fraktion im Bundestag zusätzlich wissen, wie es mit der Gewalt speziell gegen Parteivertreter aussieht. Hierbei sind eben auch Straftaten gegen „einfache“ Mitglieder wie etwa Wahlkämpfer in die Statistik eingeflossen, nicht allein gegen Amtsträger. Wie aus der Antwort der Bundesregierung hervorgeht, wurden für das Jahr 2020 bundesweit 1534 Straftaten gemeldet, die sich gegen Parteivertreter richteten. Das waren rund neun Prozent mehr als im Jahr zuvor (1405 Straftaten).

Die meisten dieser Angriffe richteten sich tatsächlich gegen Mitglieder der AfD oder andere Menschen, die der Partei zugeordnet wurden. Laut Polizeistatistik wurde

die AfD in 694 Fällen Ziel von Angriffen. Die Angreifer rechnen die Behörden zum überwiegenden Teil dem linken Spektrum zu. „Ziel schwerwiegender Angriffe war vor allem die AfD, aber auch die SPD, nachdem der Berliner Innensenator mit der Räumung des besetzten Hauses Liebig 34 einmal konsequent gegen Linksextremisten vorgegangen war“, sagte der AfD-Innenpolitiker Martin Hess gegenüber „Spiegel Online“.

Corona heizt die Stimmung an

Zu den Straftaten, die in der Polizeistatistik dem Angriffsziel „Parteirepräsentant/Parteimitglied“ zugeordnet werden, zählen unter anderem Beleidigung, Körper-

verletzung und die Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. Beide Anfragen haben allerdings eine Gemeinsamkeit zutage gefördert: Zu besonders vielen Ermittlungen haben Beleidigungen und Drohungen in Sozialen Netzwerken geführt. „Aktuell führen das Corona-Geschehen und die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vornehmlich bei Akteuren aus den Phänomenbereichen politisch motivierte Kriminalität rechts und links zu zunehmendem Protest und Widerstand gegen den Staat und seine Repräsentanten“, teilte das Innenministerium mit.

Peter Entinger



KÖNIGSBERG

Ein Kleinod soll versteigert werden

Bei russischen Investoren äußerst beliebt: Alte deutsche Villen im Stadtteil Amalienau

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In Königsberg wurde eine alte Villa in der Ottokarstraße [Ogareva] zur Versteigerung gestellt. Dies wurde durch eine Anzeige bekannt, die auf der Internetseite Dom.rf veröffentlicht wurde. Der Anfangspreis der Anlage ist mit umgerechnet 843.000 Euro angegeben. Das 860 Quadratmeter große Gebäude steht auf einem 0,15 Hektar großen Grundstück.

Die sogenannte Villa Michaelis befindet sich an der Ecke der Körte- und der Ottokarstraße. Sie wurde 1905 von Ernst Michaelis, dem Direktor der Norddeutschen Creditgesellschaft, erbaut. Das architektonische Erscheinungsbild der Villa vereint Elemente verschiedener Stile. Die Ecken des Gebäudes sind mit massiven Flachreliefs verziert, die Frauen in antiker griechischer Kleidung darstellen. Der Anbau mit Balkon wird von Männerköpfen mit ägyptischem Kopfschmuck eingerahmt, der Eckturm über der Villa ist im gotischen Stil gestaltet. Zu diesem erstaunlichen Arrangement kommt noch hinzu, dass das Dach des Holzbalkons im Jugendstil gehalten ist. Das Gebäude ist aus weißverklintertem Ziegelstein gebaut.

1905 erbaut

Dass dieses einzigartige Kleinod versteigert werden soll, war bereits 2019 im Gespräch. Da sich das Grundstück, auf dem das Haus steht, seit 2009 in staatlichem Besitz befindet, wird die Privatisierung des Grundstücks und des Gebäudes von der privaten Aktiengesellschaft Dom.rf abgewickelt, deren Gründer die staatliche Agentur für staatliche Vermögensverwaltung ist.

Aus den Begleitunterlagen zum Grundstück geht hervor, dass das Nutzungsrecht des großen Grundstücks für ein bestehendes Verwaltungsgebäude eingetragen ist. Der Katasterwert des Grund-



Soll per Versteigerung den Besitzer wechseln: Villa Michaelis in der Ottokarstraße/Ecke Körteallee

Foto: J.T.

stücks wird mit umgerechnet 690.000 Euro angegeben, weitere knapp 1,7 Millionen Euro beträgt der geschätzte Wert des Gebäudes.

Im Gegensatz zu vielen ähnlichen Bauten im Königsberger Gebiet hat die Villa Michaelis ihr ursprüngliches Aussehen gut bewahrt, und sie war fast nie baufällig. Vor dem Krieg lebte hier der Unternehmer Erich Haslinger, der am Bau des Königsberger Flughafens Devau maßgeblich beteiligt war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befand sich hier bis ins Jahr 1995 ein Kindergarten. Danach wurde das Gebäude an das Honorarkonsulat von Griechenland in Königsberg übergeben, das die Restaurierung der Villa durchführte. Die Anlage wurde von der Avtotor-Holding bis zum Jahr 2025 gepachtet, was nicht verwunderlich ist, denn Honorarkonsul Griechenlands in Königsberg ist der Gründer der Avtotor-Holding, Wladimir Scherbakow.

Villen im ehemaligen Stadtteil Amalienau sind bei wohlhabenden Bürgern und Investoren sehr gefragt. In den letzten Jahren haben viele Villen rund um die Körteallee den Besitzer gewechselt. Sie wurden in ihrem historischen Aussehen restauriert und sind nun in einem hervorragenden Zustand.

Heute kommen Touristen gerne in diesen Stadtteil, wenn sie eine charakteristische Ecke des alten Königsberg kennenlernen wollen.

MELDUNGEN

Zur Rückkehr der Störche

Schewecken – Der Winter ist eine gute Zeit zur Reparatur der Storchennester in Ostpreußen. Die Ornithologen bereiten sich auf die baldige Ankunft der Vögel vor. Im schönsten Storchendorf Ostpreußens, Schewecken, Kreis Pr. Eylau, laufen die Arbeiten laut Sebastian Menderski vom ermländisch-masurischen Büro der Polnischen Gesellschaft für Vogelschutz auf Hochtouren. Die Ornithologen achten darauf, dass ein Nest nicht zu groß wird, da ein Storchennest bis zu einer Tonne wiegen kann und Schneelast das Gewicht deutlich erhöht. Deshalb müsse man die „Storchenhäuser“ verkleinern, so die Fachleute. In Schewecken wohnen nur wenige Einwohner, aber jedes Jahr nisten hier 40 Storchepaare. Ähnliche Kolonien der Vögel befinden sich in Löwenstein, Kreis Gerdaun, und Schönbruch, Kreis Bartenstein. PAZ

Kurzentrums wird erweitert

Goldap – Das Kurzentrums in Goldap wird erweitert. Ein Vertrag hierüber wurde unterschrieben. Im Kurzentrums befinden sich ein Gradierwerk, eine Trinkhalle für Mineralwasser und Kraftsportgeräte im Freien. Im östlichen Teil des Kurzentrums wird ein Platz mit Einrichtungen für den Bewegungssport gebaut. Dort wird ein Park mit Trampolinen verschiedener Art, Seil-Einrichtungen und Stellen zur Erholung geschaffen. Daneben entstehen 26 Parkplätze. Auf der Zufahrtsstraße werden der Bürgersteig erneuert und ein neuer Fahrradweg gebaut. Zusätzlich werden Bäume und Sträucher gepflanzt. Die Höhe der gesamten Investition beträgt umgerechnet etwa 822.000 Euro. PAZ

ALLENSTEIN

Flughafen Schiemanen – Ein Erfolgsprojekt

Von 2016 an stieg sowohl die Anzahl der Flüge als auch die der Passagiere des Airports Olsztyn-Mazury kontinuierlich an

Fünf Jahre sind vergangen, seit der Flughafen Allenstein-Masuren [Olsztyn-Mazury] in Groß Schiemanen im Januar 2016 eröffnet wurde. Seitdem hatte er mit LOT Polish Airlines, Wizz Air, Ryanair, Adria Airways, Bulgarian Air und Small Planet zusammengearbeitet.

Im vergangenen Jahr wurde der Flugverkehr allerdings von der Coronavirus-Pandemie überschattet. Doch trotz der vorübergehenden Einstellung der Passagierflüge war der Flughafen die ganze Zeit im Betrieb. Es fanden Ausbildungs- und medizinische Flüge statt.

Alle Passagierverbindungen, die von Fluggesellschaften vor der Pandemie angeboten wurden, kehrten Ende Juni, Anfang Juli 2020 zurück. Passagiere konnten Flüge nach London Luton, London Stansted, Dortmund und Krakau nutzen. Der aktuelle Flugplan hängt von den sich dynamisch ändernden Beschränkungen und behördlichen Vorschriften zur Eindämmung der Pandemie ab. Der Flughafen Schiemanen arbeitet unter Wahrung strenger Hygienemaßnahmen. Diese um-

fassen die Kontrolle der Körpertemperatur, das Tragen einer Schutzmaske, das Einhalten des Sicherheitsabstandes sowie die Handhygiene.

Im Jahr 2020 reisten 62.395 Passagiere über den Flughafen Allenstein-Masuren. Ein Jahr zuvor waren es 154.319 Personen.

Im Vergleich zu 2019 musste er also einen Rückgang von 59,57 Prozent verbuchen.

Derzeit werden Flüge von Schiemanen nach Krakau von LOT Polish Airlines freitags und sonntags angeboten. Mit Ryanair geht es montags und freitags nach London Stansted. Wizz Air bietet dreimal in der

Woche Flüge nach Dortmund an – dienstags, donnerstags sowie sonntags, und die ungarische Fluggesellschaft bietet zwei Verbindungen pro Woche nach London Luton an, montags und freitags.

Flugbetrieb trotz Corona-Krise

Trotz der Herausforderungen im Jahr 2020 hat sich der Flughafen Schiemanen weiterentwickelt. Im Oktober wurde ein Vertrag über finanzielle Unterstützung mit EU-Mitteln zur Modernisierung der Infrastruktur des Flughafens unterzeichnet. Das Hauptziel des Projekts ist die Verbesserung der Sicherheit des Flugbetriebs sowie die der Verkehrsanbindung des Flughafens. 60 Prozent des Projekts werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2014 bis 2020 finanziert.

Der Ursprung des Flughafens reicht bis in die Zwischenkriegszeit zurück. Etwa 100 Hektar Wald wurden abgeholzt, um im Kriegsfall einen temporären Flughafen zu schaffen. In den ersten Monaten des Zweiten Weltkriegs wurde Schiema-

nen von der deutschen Luftwaffe genutzt. Nach Kriegsende geriet der Flughafen in Vergessenheit.

In den 1950er Jahren wurde er ein Ersatzflughafen für das 1. Jagd-Regiment von Mińsk Mazowiecki, aber erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurden der Kontrollturm sowie das Flughafengebäude und technische Einrichtungen gebaut. Nach der Umbauphase verlor der Flughafen wieder an Bedeutung. Erst 1996 landete das Flugzeug von LOT Polish Airlines - ATR72 auf dem Flughafen in Schiemanen zum ersten Mal mit Passagieren an Bord und flog noch einige Zeit nur gelegentlich. Schiemanen diente bis 2004 hauptsächlich Charter- und GA-Flügen.

Der Flughafen wurde 2007 vom Ministerrat ins Programm zur Entwicklung des Flughafennetzes aufgenommen. Am 20. Januar 2016 fand die offizielle Eröffnung des Flughafens Allenstein-Masuren in Schiemanen statt. Auf diese Weise schloss sich der Flughafen der Gruppe der 15 größten Flughäfen in der Republik Polen an. Edyta Gładkowska



Bei der Eröffnung: VdGEM-Vorsitzender Heinrich Hoch, LO-Sprecher Stephan Grigat und Woiwodschafsmarschall Gustaw Marek Brzezina (v.l.) Foto: E.G.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Trott, Gustav, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Beyer, Kurt, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 19. Februar

Kargoll, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bamberg, Herta, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. Februar

Meier, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Symanski, Botho, aus Lötzen, Kreis Treuburg, am 21. Februar

Voss, Herta, geb. **Steffan**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 23. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Heinsohn, Herta, geb. **Kösling**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 19. Februar

Herrndörfer, Maria, geb. **Klimaschewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brzezinski, Horst, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. Februar

Falkenberg, Christel, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Februar

Junge, Irmgard, geb. **Schulwitz**, aus Neidenburg, am 22. Februar

Lenzian, Helga, geb. **Gramatzki**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, am 24. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brahms, Irmgard, geb. **Trzeciak**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 20. Februar

Lubitzki, Horst, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar

Schellong, Hildegard, aus Schallensee, Kreis Lötzen, am 25. Februar

Sommer, Hildegard, geb. **Lossau**, aus Lyck, am 20. Februar

Streiski, Oscar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Idel, Renate, geb. **Deirowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Kallien, Günter, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrunen, am 19. Februar

Onischke, Ernst, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 20. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ciesla, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. Februar

Dittko, Harry, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 23. Februar

Fierke, Erich, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 19. Februar

Kampofski, Irmgard, geb. **Sahm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Lekat, Horst, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Lübbe, Helga, geb. **Baumeister**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 19. Februar

Schneider, Waltraud, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Simon, Ursula, aus Königsberg, am 25. Februar

Weiß, Gertrud, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 25. Februar

Simon, Ursula, aus Königsberg, am 25. Februar

Weiß, Gertrud, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 25. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Großmann, Irmgard, geb. **Latza**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

Heibutzki, Walter, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 22. Februar

Helbig, Theresia, aus Lyck, am 21. Februar

Jakobi, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Kannenberg, Burkhard, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 24. Februar

Klimach, Anna, geb. **Rogowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 23. Februar

Knutzen, Elfriede, geb. **Urbschat**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Kreiner, Elfriede, geb. **Trosien**, aus Drenken, Kreis Mohrunen, am 21. Februar

Krzewitzki, Gilda, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar

Madeyka, Lore-Brigitte, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 93, am 24. Februar

Putzar, Dorelise, geb. **Fugh**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Februar

Rompel, Horst, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Februar

Sadlowski, Franz, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 21. Februar

Scheffler, Hildegard, geb. **Borawski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 19. Februar

Schielke, Ulrich, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 24. Februar

Schütze, Edith, geb. **Köhler**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Stein, Brigitte, geb. **Padschewa**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. Februar

Trzeciak, Alfred, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Krzewitzki, Gilda, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar

Madeyka, Lore-Brigitte, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 93, am 24. Februar

Putzar, Dorelise, geb. **Fugh**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Februar

Rompel, Horst, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Februar

Sadlowski, Franz, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 21. Februar

Scheffler, Hildegard, geb. **Borawski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 19. Februar

Schielke, Ulrich, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 24. Februar

Schütze, Edith, geb. **Köhler**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Stein, Brigitte, geb. **Padschewa**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. Februar

Trzeciak, Alfred, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Ackermann, Ilse, geb. **Hoppe**, aus Lyck, am 25. Februar

Behme, Elfriede, geb. **Loch**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 22. Februar

Bloch, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar

Brigel, Eveline, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, am 19. Februar

Derlath, Helmut, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 24. Februar

Eichhorn, Siegfried, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 24. Februar

Genßler, Ursula, geb. **Buck**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar

Howe, Charlotte, geb. **Beyer**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 25. Februar

Koch, Ewald, aus Gollen, Kreis Lyck, am 24. Februar

Lockowandt, Reinhold, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 23. Februar

Noster, Traute, geb. **Luzius**, aus Dosnitten, Kreis Mohrunen, am 21. Februar

Reddig, Irmgard, geb. **Gabriel**, aus Ablacken, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Rose, Kurt, aus Margen, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Wittkowski, Oskar, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 25. Februar

Wosing, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Wehlau, am 20. Februar

Zink, Marlis, geb. **Meyer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Endert, Ingrid, geb. **Philippzick**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 65, am 23. Februar

Fuchs, Herta, geb. **Kuhrau**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 21. Februar

Glashoff, Hans-Peter, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 24. Februar

Harnack, Grete, geb. **Reichert**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 23. Februar

Hoffmann, Armin, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 23. Februar

Hoffmann, Hans, aus Wehlau, am 24. Februar

Klauke, Käthe, geb. **Raschpichler**, aus Lyck, am 20. Februar

Kolosko, Hildegard, geb. **Szepanek**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 21. Februar

Kurschat, Erna, geb. **Kantimm**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Lettau, Artur, aus Mohrunen, am 25. Februar

Lind, Lieselotte, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Schauließ, Alida, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Februar

Spinner, Hannelore, geb. **Fiedrich**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 20. Februar

Stallbaum, Gertrud, geb. **Anders**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 23. Februar

Steinbrücker, Ilse, geb. **Bähre**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Suri, Elisabeth, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar

Bohn, Waltraut, geb. **Dzengel**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. Februar

Busching, Hansgeorg, aus Ebenrode, am 22. Februar

Enstipp, Helmut, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. Februar

Gorth, Helga, geb. **Newe**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Janzen, Irmgard, geb. **Kraska**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar

Kaiser, Kriemhilde, geb. **Gerth**, aus Wehlau, am 19. Februar

Kalweit, Gerhard, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Kesterke, Helga, geb. **Gottschling**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 22. Februar

Knipp, Ingrid, geb. **Rogalla**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 24. Februar

Krömer, Marianne, geb. **Pentzek**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 24. Februar

Kullak, Albert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 24. Februar

Mahler, Erich, aus Wehlau, am 24. Februar

Nitsch, Margarete, geb. **Lehmann**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Pawlitzki, Herbert, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Februar

Peschko, Emma, geb. **Beutler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Pietsch, Günter, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Rabe, Reinhild, geb. **Zerrath**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 24. Februar

Radmacher, Helga, geb. **Persicke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Radzweit, Erwin, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Ryk, Ernst, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Szameit, Irmgard, geb. **Kirstein**, aus Millau, Kreis Lyck, am 25. Februar

Udowski, Herta, geb. **Neumann**, aus Auer, Kreis Mohrunen, am 23. Februar

Utecht, Gisela, geb. **Kaulbach**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 19. Februar

Borm, Reinhard, aus Tilsit, am 18. Februar

Dilewski, Heinz, aus Ortelsburg, am 23. Februar

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bund Junges Ostpreußen
Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg,
 Tel.: (040) 4140080, E-Mail:
 kontakt@junge-ostpreussen.de,
 www.junge-ostpreussen.de

Zeitzeugen gesucht

Der Bund Junges Ostpreußen und der BdV Hessen suchen Zeitzeugen aus der Erlebnisgeneration für Audio und Videoaufnahmen. Ziel ist es, die Erfahrungen und Geschichten von Ostpreußen für die Nachwelt zu erhalten und in Kooperation mit dem Hessischen Bildungsministerium als Material für den Schulunterricht zur Verfügung zu stellen.

Haben Sie Interesse, Ihre Geschichte zu erzählen? Dann melden Sie sich unter rehm@junge-ostpreussen.de oder bei der Redaktion der Preußischen Allgemeinen Zeitung.



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037, Fax: (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Neue Broschüre

Landesgruppe. Zwischen Verzweiflung und Hoffnung

Anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Königsbergs erscheint ein Vortrag Professor Wladimir Gilmanovs als Broschüre.

In einer Zeit, die eine Schwelle überschreitet und einer neuen Ord-

nung zuneigt, gibt es viele Stimmen, die warnen oder verkünden. Eine Stimme darf man nicht überhören: Es ist die Stimme von Wladimir Gilmanov, der an der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität in Königsberg lehrt und als profunder Kenner der ostpreußischen Geistesgeschichte hervorgetreten ist. Er hat sich am 30. August 2019 in einem Vortrag grundsätzliche Gedanken gemacht in Zusammenhang mit der zweifachen Bombardierung Königsbergs im August 1944. Unter dem Bombenhagel der britischen Lancaster Bomber, die unter Verletzung des schwedischen Luftraumes eingeflogen waren, verglühte ein großer Teil der ostpreußischen Landeshauptstadt: Über 40 Prozent des Stadtgebietes wurden zerstört und mehr als 5000 Personen verloren ihr Leben.

Für Wladimir Gilmanov ist dieser gezielte Zerstörungsakt „eine Apokalypse durch menschliche Hand“, und er ordnet das Geschehen ein in die weiteren Zerstörungsakte des 20. Jahrhunderts. Insbesondere Königsberg mit seinem Philosophen Kant und seinem grausamen Schicksal am Ende des Zweiten Weltkriegs erscheint ihm als Ausgangspunkt seiner Überlegungen besonders geeignet.

So entwickelt er von hier aus eine umfassende Perspektive, der er die Bezeichnung „Zwischen Verzweiflung und Hoffnung“ gibt. Unter diesem Blickwinkel gewinnt der Vortrag die Konturen eines nahezu endzeitlichen Appells an die Vernunft des Menschen, denn es liegt an ihm, der „subjektorientierten Ontologie“ zu entrinnen und eine dem Zerstörerischen abgewandte „Denkkultur“ zu gewinnen.

Die einzige Antwort auf die uns bedrängende Krise, und hier folgt Gilmanov seinem Leitbild Kant, ist die Erlangung einer „essentiellen Freiheit“. Nur so kommen wir aus der „Spirale zentrifugaler Entfremdungsdynamik“ heraus. Das aber bedeutet im Gegensatz zu dem von der Politik geforderten Wachstum bewusste Selbstbeschränkung, ohne Rücksicht auf die vom moralischen Gesetz gesetzten Grenzen endet mit blindem Amoklauf zum berauschten Konsum, was zwangsläufig zur Sinnentleerung, Frustration und Entfremdung führt“. Damit gelangt der Vortragende zum Schluss, „dass der einzige denkbare Widerstand gegen die moderne Krise des Überlebens im Mut zum wahren Menschsein besteht“.

Sind das die Worte eines realitätsfremden Schwarmgeistes? Wladimir Gilmanov verweist in diesem Zusammenhang auf das rationale Vermögen des Menschen, das ebenso wie dessen Destruktivität eine Realität ist. Und Wladimir Gilmanov schwebt nicht nur in Kantischen Sphären, sondern er kann auch sehr realistische Schlussfolgerungen ziehen: „Wenn die in den 90er Jahren erklärte strategische Partnerschaft zwischen den beiden Völkern [Russen und Deutschen] nicht neu aufgenommen ... wird, dann kann die ganze Weltarchitektur endgültig zusammenbrechen, entweder in dem letzten vernichtenden Weltkrieg oder in einem anderen Selbstvernichtungsprozess“.

Die Gedanken Wladimir Gilmanovs sind von kühner Unabhängigkeit; sie haben ein derartiges Gewicht, dass wir an ihnen nicht vorbeigehen können.

Es ist der Landsmannschaft Ostpreußen/Landesgruppe NRW daher zu danken, dass sie diesen Vortrag in einer ansprechenden Broschüre, die einen sorgfältig ausgewählten Bildteil und auch eine russische Übersetzung enthält, einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht hat. Es ist zu hoffen, dass diese Broschüre in unserer „todeskranken Gegenwart“, wie sie der Vortrag diagnostiziert, nicht nur auf ein weites Interesse stößt, sondern auch, wie die zahlreichen Schriften und Vorträge Wladimir Gilmanovs, eine Brücke zwischen Deutschen und Russen schlägt.

Walter T. Rix

Der Vortrag kann als Video unter folgender Internetadresse angesehen werden: www.youtube.com/watch?v=nfEumpfgUtI



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Immanuel Kant in Tokio

Landesgruppe. Die Ideen von Immanuel Kant haben alle Umwälzungen der Zeit überstanden. Er war schon zu Lebzeiten über das Nationale hinausgewachsen und zu einem Weltbürger herangereift. Seine Ideen von gleichen Rechten für alle Menschen, Toleranz und ewigen Frieden haben sich über 100 Jahre später in der Charta der Vereinten Nationen niedergeschlagen.

In der laufenden Kant-Dekade zu seinem 300. Geburtstag im Jahre 2024 sind schon jetzt unsere Ostpreußische Landsmannschaft, unsere „Stadtgemeinschaft Königsberg e.V.“ wie auch die deutsch-russische „Gesellschaft der Freunde Kants und Königsberg e.V.“ bemüht, in wissenschaftlichen oder populären Medien den



Steht für den Gebrauch des eigenen Verstandes und des dazugehörigen Mutes: Immanuel Kant als Statue in Königsberg
 Foto: privat

großen deutschen Philosophen Immanuel Kant zu würdigen.

Er wurde am 24. April 1724 in Königsberg geboren und verstarb dort am 12. Februar 1804. Sein Grabmal beziehungsweise seine Professoren-Gruft finden wir heute noch direkt neben dem Königsberger Dom; auch von fast allen heutigen Bewohnern verehrt. Drei seiner berühmten Werke lauten: „Kritik der reinen Vernunft“ (1781), „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788) und „Vom ewigen Frieden“. Das Fazit lautet: „Der Friede ist das Meisterwerk der Vernunft“.

Als Aufklärer ist Kants Philosophie nicht nur überzeitlich, son-

dem erstaunlich aktuell: „Sapere aude!“ Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Oder „Der kategorische Imperativ“. Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne. Das klingt zunächst etwas schwierig, bedeutet jedoch nur, dass man stets vorbildlich handeln sollte. Das heißt auch: Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik dem Recht angepasst werden.

Im fernen Japan wurde 1904 ein Schrein der vier Weltweisen in

Fortsetzung auf Seite 16



Wladimir Gilmanov: „Zwischen Verzweiflung und Hoffnung. Aus Anlaß des Gedenkens der Bombennächte in Königsberg im August 1944 (deutsch u. russisch)“, herausgegeben von der Landsmannschaft Ostpreußen e.V./Landesgruppe NRW, 2020, broschiert, 8 Abbildungen, 36 Seiten, Spende: 2 EURO + Postversand

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
 Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen

Heimatkreisgemeinschaften

SPÄTAUSSIEDLER

Anerkennung

Berufliche Abschlüsse bieten Spätaussiedlern eine Perspektive

Die berufliche Anerkennung bietet Spätaussiedlern die Möglichkeit, ihre alte und zugleich neue Heimat Deutschland von Anfang an tatkräftig mitzugestalten...

ministeriums für Bildung und Forschung auf einfachem Weg ermittelt werden kann. Dort sind darüber hinaus weitere Antworten auf die häufigsten Fragen zur beruflichen Anerkennung...

Telefonische Nachfragen

Auch die Hotline „Arbeiten und Leben in Deutschland“, Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr, (030) 1815-1111, beantwortet im Rahmen einer Erst- und Verweisberatung grundsätzliche Fragen zur Anerkennung von beruflichen Qualifikationen...

PM Aussiedlerbeauftragter



Flyer zum Thema Foto: Internet

Rechtsanspruch

Spätaussiedler haben nach § 10 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) einen Rechtsanspruch auf ein berufliches Anerkennungsverfahren, um feststellen zu lassen, ob ihr ausländischer Berufsabschluss mit einem deutschen gleichwertig ist.

Anerkennungs-Finder

Den Antrag nimmt die zuständige Stelle entgegen, die über den sogenannten Anerkennungs-Finder auf der Internetseite „Anerkennung in Deutschland“ des Bundes-



Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Gratulation

Am 11. Februar 1956 wurden Christa und Erwin Kossak im Standesamt in Alt-Schade im Kreis Sensburg getraut. Sie feierten ihre Hochzeit in unserer Heimat Ostpreußen. Heute wohnen sie in Bonn und feiern ihren Ehrentag.

Hannelore und Harald Kedzierski



Foto: privat



Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach GSt.: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

Heimatumuseum im Internet

Gelsenkirchen. Ein Besuch des Allensteiner Heimatmuseums „Treu dank“ in der Patenstadt Gelsenkirchen kann nun auch ganz bequem von zu Hause erfolgen. Im Rahmen des Projekts „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ entstand eine digitale Darstellung, die im Internet unter https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de besichtigt werden kann.

Gottfried Hufenbach



Screenshot der Seite Foto: privat

ANZEIGE

ALS MITERBEN GESUCHT WERDEN: Ursula Ingrid Vera geb. Scherf, geboren 1934 in Bublitz, Kr. Köslin/Po., und ihre Schwester, Ingrid Gisela Margarete geb. Scherf, geboren 1938 in Bublitz. Ihre Eltern waren Fritz Scherf und Vera geb. Zemke. Wer kann Auskunft geben?...

Fortsetzung von Seite 15

Tokio eingerichtet. Um ihn herum entstand zunächst ein Tempel und im Anschluss ein Garten, der nach den philosophischen Grundsätzen Asiens konzipiert wurde. Sein Zweck ist bis heute, die Menschen zu eigenen Gedanken, aber auch zur eigenen Erholung anzuregen.

Es bleibt der Wahlspruch: Habe Mut Dich Deines eigenen Verstands zu bedienen.

Immanuel Kant versuchte mit seiner Philosophie den Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien (das heißt: „nicht aus Mangel des Verstandes, sondern aus Mangel an Entschließung und Mut, sich seiner Leitung ohne eines anderen zu bedienen“).

Er schuf dazu den zeitlosen Wahlspruch: „Sapre aude!“ Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! Und der uns

auch die logische Folge einer Preisgabe dieser Selbstverpflichtung vor Augen führte: „Wer sich selbst zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, wenn er mit Füßen getreten wird“. Diese Befreiung aus der Unmündigkeit kann zum Beispiel mit der ganz persönlichen Beschäftigung der vier zentralen Fragen des Kantschen Denkens beginnen: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was kann ich hoffen? Was ist der Mensch?

Interessierte finden in dieser Pandemie-Zeit genug Zeit über obige Fragen nachzudenken.

Edmund Ferner

Rundbrief

Bad Oldesloe und Tremsbüttel Leider konnte der Preußentag 2021 in der vom Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, Edmund Ferner, organisierten Form mit Vorträgen und kulturellen Beiträgen im Haus der Heimat in Kiel nicht durchgeführt werden. Die Mitglieder erhielten Texte von ihm zu diesem Thema. Es geht um zwei Jubiläen in der preußischen bzw. deutschen Geschichte.

Am 18. Januar 1701 wurde Kurfürst Friedrich III. im Königsberger Schloss zum König in Preußen gekrönt - als König Friedrich I. Nach der Prußenzeit, dem Ordensstaat und Herzogtum begann eine neue Ära in der Landesgeschichte.

Der 18. Januar 1871 ist das Datum der Reichsgründung durch Bismarck im Spiegelsaal von Versailles (unweit von Paris): Proklamation des preußischen Königs zum Kaiser Wilhelm I.

Beide Daten sollten uns noch heute an unsere Geschichte erinnern. Gisela Brauer

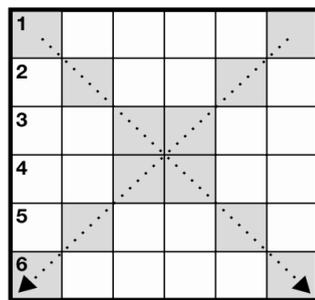
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small Sudoku grid and a 'So ist's richtig' section with a word search.

Sudoku

6x6 Japanese-style Sudoku grid with numbers 1-9.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

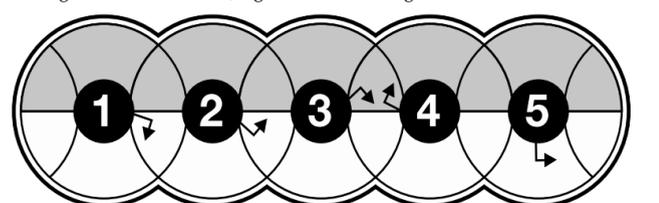
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Mantelformen.

- 1 Bestie
2 Werbeanschlag
3 südlicher Teil des Pfälzer Walds
4 Abscheidung der Blattläuse
5 Wand-, Bodenplatte
6 Göttertrank, Blütenensaft

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für ein allbekanntes Lied.

- 1 natürlicher Brennstoff, 2 Knöchelgegend, 3 unterstützen, behilflich sein, 4 Steigen der Börsenkurse, 5 griechischer Meergott



ES TÖNEN DIE LIEDER

Alte und neue Klänge

Das neue Liederbuch

Nach „Kulturregion Riesengebirge – Die Wiesenbaude. Ein kulturhistorischer Streifzug durch das Riesengebirge mit den ehemaligen Bewohnern der Wiesenbaude“ und „Sagen, Mythen und Märchen aus dem Osten. Deutsches Kulturgut bewahren“ hat die Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen nun in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kultur und Geschichte e.V. einen dritten Band herausgegeben. „Lieder der Deutschen aus dem östlichen Europa“ lautet sein Titel.

Das darin präsentierte Liedgut wurde von Manfred Hellmund, Ingrid Labuhn, Rosa Wegelin, Matthias Donath und Lars-Arne Danenberg ausgewählt, zusammengestellt sowie teilweise selbst komponiert und gedichtet. Herausgegeben wurde die Sammlung im Auftrage des Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Jens Baumann.

Die begrüßenswerte Förderung des Projektes durch den Staat erklärt das gute Preis-Leistungs-Verhältnis. Bereits die äußere Anmutung weiß zu gefallen. Das Buch hat einen festen Einband und das Papier ist glatt und hell. Zwei bunte Bändchen als Lesezeichen gibt es dazu. Das Ganze kostet bei Bezug des Buches über die Geschäftsführerin des Landesverbandes Sachsen des Bundes der Vertriebenen, Claudia Florian, E-Mail: c.florian-lvs@t-online.de, oder den Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Jens Baumann, E-Mail: Jens.Baumann@smi.sachsen.de, zehn Euro und damit fünf Euro weniger als im Handel. Die ISBN lautet 978-3-944104-38-6.

Von Letzterem stammen auch die „Einführenden Gedanken zum Liederbuch“, denen ein Zitat von Hildegard von Bingen vorangestellt ist: „In der Musik hat Gott den Menschen die Erinnerung an das verlorene Paradies hinterlas-

sen.“ In dem Vorwort rechtfertigt der Beauftragte unter anderem, dass die Lieder „unverfälscht und ohne nachträgliche Auslassung bestimmter Passagen aufgenommen“ wurden.

143 Lieder

Es folgen die Lieder, 143 an der Anzahl. Sie sind nach den Regionen geordnet, aus denen sie kommen: Ostpreußen, Westpreußen und Danzig, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Böhmen und Mähren, Siedlungsgebiete der Donauschwaben, Siebenbürgen, Bessarabien, die Dobrukscha sowie Russland. Allgemeine Heimat- und Volkslieder bilden den Abschluss. Den Ru-

briken sind ein bis drei Seiten vorgeschaltet, in denen die Geschichte der jeweiligen Region sowie Spezifika des dortigen Liedgutes komprimiert und prägnant vorgestellt werden. Außer nach ihrer Herkunft sind die Lieder auch über ein Register nach Titel und Textanfängen alphabetisch erschlossen.

Zum jeweiligen Lied enthält das Buch die Noten der Singstimme und den Text. Den Abschluss bilden ganz kurze Informationen zu Melodie und Text, in der Regel die Namen von Komponist und Textdichter sowie das Entstehungsjahr. Lieder mit Hymnencharakter sind dezent optisch hervorgehoben.

Manuel Ruoff



Jens Baumann (Hg): Lieder der Deutschen aus dem östlichen Europa, Via Regia Verlag, Königsbrück, 2020, gebunden, 208 Seiten, 15 Euro

AUTORENNEN

Ein großes Ereignis im Jahr 1935

Ein Gumbinner geht als Sieger hervor

In der sechsten Ausgabe des Labiau Heimatbriefes aus dem Jahr 2004 beschreibt Bundesvorstandsmitglied und Kreisvertreterin Labiaus Brigitte Stramm, wie sie auf eine Anzeige in der Zeitschrift „Die Dame“ von 1935 stieß. Aufgrund dieser Anzeige versuchte sie akribisch, Informationen zum in der Anzeige beschriebenen Autorennen zusammenzutragen. Hier wird nun ihr gesammeltes Material auch den Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* zur Verfügung gestellt. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere an diese Begebenheit und kann sogar die Zeitungsausschnitte einer Zeitung zuordnen.

Das Ostpreußenrennen verlief im Zeitraum 11. bis 13. April von Königsberg über Moditten, Groß Heydekrug, Elenskrug, Caspershöfen, Geidau, Adlig Linkau, Kobjeten, Nastrehen, Drugehnen, Quanditten, Pertelnicken, Groß Ladtklein, Thierenberg, Krattlau, Geidau, Palmnicken, Groß Dirschkeim, Brüsterort, Groß Kuhren, Craam, Neu Kuhren, Rantau, Rudau, Laptau, Powunden, Liska Schaaken, Trompau, Stantau bis nach Nesselbeck. Dieses Rennen wurde seit 1925 veranstaltet und galt als äußerst anspruchsvoll sowohl für den Fahrer als auch für

die Maschine, wie folgende Zeilen aus einer unbekanntem Zeitung mitteilen: „Der Motorsport hat von jeher ganzen Einsatz der Persönlichkeit verlangt. Der Kraftfahrer, der zu sportlichem Wettbewerb startet, sei es eine Geschwindigkeitsprüfung, sei es eine Geländeproofung von der Schwere der ‚Ostpreußenfahrt‘, muß – um zum Erfolg zu kommen – nicht nur mit seiner Maschine eng verwachsen sein, muß nicht nur zähen Willen und schnelle Entschlußkraft sein Eigen nennen, er muß auch eine ganz gehörige Portion Mut besitzen, – kurz er muß ein ganzer Kerl sein, vor dem man Achtung hat.“

Erinnerungsbericht

Gerd Obersteller aus Labiau erinnert sich an das Ostpreußenrennen von 1935: „In Sekunden stand alles vor meinem geistigen Auge! ... es war im Frühjahr am späten Vormittag, ich stand in der Königsberger Straße zwischen der Volksschule und den Bahnschranken. Ein ‚Rudel‘ PKW kam mit erhöhtem Tempo angebraust. Die dahinter kamen stoppten vor den Bahnschranken, weil diese sich schlossen. In einem Kübelwagen ... Reichswehr ... stand ein Offizier im offenen Wagen und winkte dem Lokomotivführer des vorbeifah-



Auf der Karte nur schwarz und weiß, auf der Strecke Staub und Matsch: Wegspinne des Rennens 1935 Foto: privat, Quelle unbekannt

renden Zuges mit einer entsprechenden Geste zu, er möge sich doch beeilen! Nachdem der Zug durch war, öffneten sich die Schranken und die dort wartenden PKW setzten sich in Bewegung und ab ging's durch Labiau Richtung Adlerbrücke, Laukischken. Ich glaube mich noch zu erinnern, dass es kein sonniger Tag war ... ist es doch 69 Jahre her!“

In der Zeitschrift Ostpreußische Motorwelt wurde in ihrem Heft Nummer acht vom 30. April 1935 (der Verlag hatte seinen Sitz in Königsberg) über das große Motorsportereignis berichtet: „Die Ostpreußenfahrt 1935 ist vorüber. Mit ihr hat die schwerste Veranstaltung, die der deutsche Motorsport je erlebt hat, ihr Ende gefunden. Denn: So machtvoll sie als Kundgebung für den deutschen Motorsport durch ihre große Teilnehmerzahl und durch ihren äußeren Rahmen wirkte, so hoch waren die Anforderungen, die an diese Teilnehmer ge-

stellt waren. Oft streiften sie die Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit, was das Ergebnis der Fahrt mit schlagender Deutlichkeit zeigt. 453 Fahrer gingen hoffnungsvoll und mutig an die große Fahrt und nur 151 gelangten wieder am dritten Tage ans Ziel. Nur 15 goldene Medaillen konnten an drei Wagen und 12 Motorräder verteilt werden. 99 Fahrer errangen die silberne und 14 die bronzene Medaille. Von fast 70 gestarteten Mannschaften kam keine strafpunktfrei und nur 8 innerhalb der Wertung ans Ziel. So wenig befriedigend dieses Ergebnis an sich ist, für den ostpreußischen Motorsport bedeutet es doch einen großen Erfolg, denn von den 15 Preisträgern sind nicht weniger als 11 Ostpreußen.

Schon lange vor dem Start hatte die Ostpreußenfahrt Königsberg ihren Stempel aufgedrückt. Der größte Teil der Reichsfahrer hatte sich einige Tage vor der Abnahme eingefunden, um sich auszuruhen,

denn man hat sich allmählich im Reich daran gewöhnt, die Ostpreußenfahrt als schwere Veranstaltung zu betrachten, die man nicht einfach kassieren kann. Daß die Ostpreußenfahrt in diesem Jahre bestimmt keine Kaffeefahrt werden würde, das hatte sich schnell herumgesprochen. Die große Zahl der schmucken und hellen Sportwagen erregte überall Aufsehen, besonders auf dem Abnahmeplatz, den man diesmal auf den Hof der Kraftfahrkaserne gelegt hatte, gaben sie ein herrliches Bild. Aufsehen erregten auch die zahlreichen Kübelwagen, die von der Reichswehr gestartet wurden. Überhaupt war die Reichswehr in einem noch nie erreichten Maße vertreten, die Teilnehmerzahl der Reichswehr betrug etwa 52 Prozent.“

Hans Tanck

Der Gumbinner Hans Tanck, war nicht nur Teil der Fahrt, sondern gewann dieses anspruchsvolle Rennen auf „Wanderer“. Von der AUTO UNION AG in Zschopau/Sa. erhielt er ein vom 16. April 1935 datiertes Schreiben des Vorstandes, das Brigitte Stramm vom Sohn des Fahrers, Harald Tanck, erhalten hat. „Sehr geehrter Herr Tanck! Wir bestätigen unsere gestrige Drahtung; Hochofereut über Ihren glänzenden Erfolg bei überaus schwieriger Ostpreußenfahrt, senden aufrichtige Glückwünsche“. Es ist uns ein Bedürfnis, Ihnen auch noch einmal brieflich unsere auf-



Hans Tanck mit seinem Wanderer Foto: privat

ANZEIGE



Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
In die Ewigkeit.

Dietrich Schulze

* 6. Dezember 1927 in Marienbruch (Ostpreußen)
† 5. Februar 2021 in Lauenburg (Elbe)

Im stillen Gedenken
Brigitte Schulze, geb. Klahr
Martin Schulze und Bianca Busse
und alle, die ihm verbunden waren.

Traueranschrift:
Brigitte Schulze, Im Wiesengrund 12, 21382 Brietlingen

Die Urnentrauerfeier findet am Freitag, den 19.02.2021, um 12.00 Uhr in der Matthäuskirche zu Barendorf statt. Im Anschluss gehen wir gemeinsam zur Beisetzung in den Friedwald am Familienbaum.

(Drebold Bestattungen, Scharnebeck)

PETITION

Käthe Kollwitz

Die Förderung des Käthe-Kollwitz-Hauses in Moritzburg soll gekürzt und zukünftig gestrichen werden. Dagegen richtet sich eine Petition, die noch bis zum 25. März über die Internetseite www.openpetition.de unterschrieben werden kann. In

Moritzburg konnte Kollwitz ihre letzten Monate verbringen. Hier werden wichtige Dokumente und Kunstwerke aufbewahrt, gepflegt und ausgestellt. Weitere Informationen sind unter www.kollwitz-moritzburg.de zu finden. CRS



Automobilanzeige Foto: „Die Dame“ 1935

richtigen Glückwünsche zu Ihrem hervorragenden Erfolg in der Ostpreußenfahrt aussprechen zu dürfen. Aus allen Berichten über die Ostpreußenfahrt geht hervor, daß die hier geforderten Leistungen nahezu die Grenze des für Fahrer und Maschinen Möglichen dargestellt haben. Umso höher ist es zu bewerten, daß es Ihnen gelungen ist, durch die Schwierigkeiten der drei Fahrtage hindurch strafpunktfrei das Endziel zu erreichen. Wir freuen uns, Ihnen nochmals unsere aufrichtige Anerkennung ausprechen zu dürfen.“

Weshalb im Zeitungsartikel geschrieben steht, dass kein Teilnehmer strafpunktfrei blieb, im Brief der Auto Union diese Trancks Strafpunktfreiheit hingegen betonte, muss im Dunkeln bleiben. Brigitte Stramm/CRS

3. Tag: 13. 4. 35
Durchfahrtszeiten: Zeitkontrolle Caspershöfen: 7.28 bis 11.13 Uhr.
Zeitkontrolle Craam: 9.48 bis 14.15 Uhr.

Fahrplan zu den interessanten Punkten
3. Tag: 13. 4. 35

- Punkt im Gelände: Craam.**
Der Punkt liegt etwa 500 Meter von der Straße auf dem Landweg Craam–Försterei Hirschau. Zu erreichen von Königsberg über Drugehnen–Thierenberg–Craam. Entfernung 40 Kilometer. Durchfahrtszeiten: 9.48 bis 14.15 Uhr.
- Punkt im Gelände: Quersfelddeinstrecke Nesselbed.**
Der Punkt ist der Birkenberg, etwa 500 Meter östwärts der Straße Trutenau–Quednau. Zu erreichen von Craam über St. Lorenz – Bobethen – Rudau – Mollshenen – Trutenau – Nesselbed. Entfernung: 40 Kilometer. Zu erreichen von Königsberg über Quednau–Nesselbed. Entfernung 10 Kilometer. Durchfahrtszeiten gleichzeitig für das Ziel, das 500 Meter östwärts des Punktes liegt, 11.05 bis 15.50 Uhr.

Fahrplan für den dritten Tag des Rennens Foto: privat, Quelle unbekannt

ERSTER WELTKRIEG

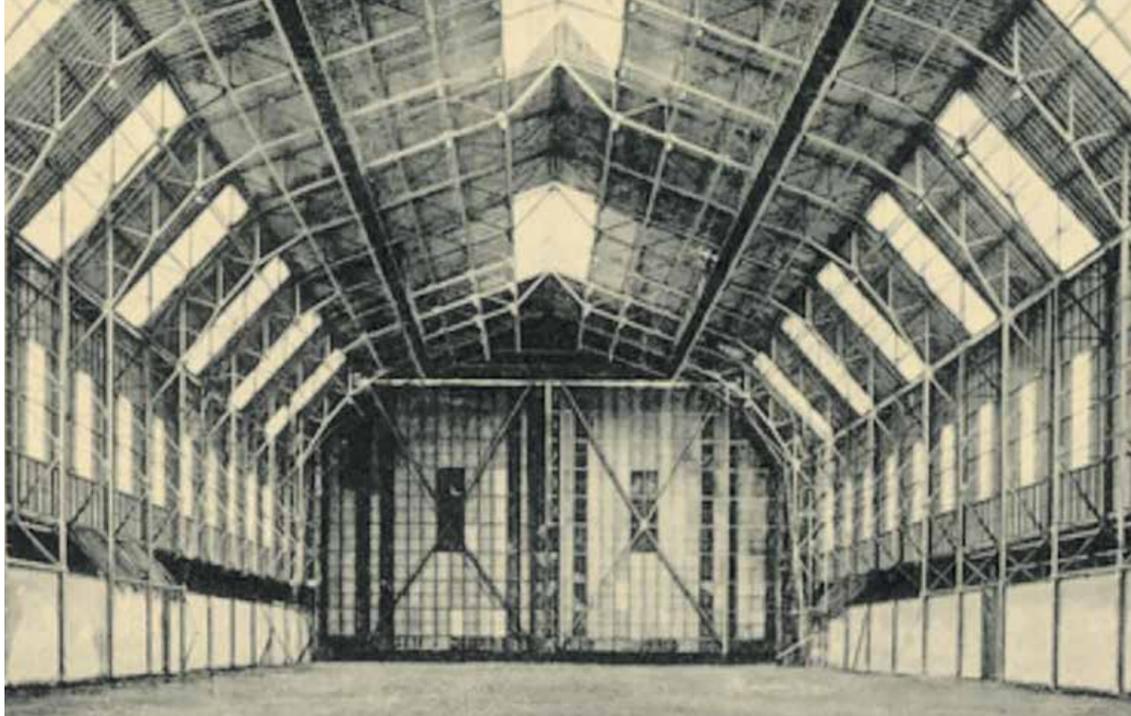
Fliegende Zigarren über Ostpreußen

Die Luftschiffhäfen in Seerappen, Diwitten und Königsberg

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurden die damals äußerst populären Starrluftschiffe des Erfinders Ferdinand Graf von Zeppelin vom Heer und der Marine aufgekauft und für militärische Zwecke verwendet. Darüber hinaus erhielten die Streitkräfte ab August 1914 neue, direkt für den Kriegseinsatz konzipierte Zeppeline. Die Luftschiffe unternahmen zumeist Aufklärungsfahrten im Bereich der Ost- und der Westfront oder warfen Bomben auf Verkehrsanlagen und einige Städte des Feindes. Dabei nutzten sie auch drei Stützpunkte in Ostpreußen.

Der erste befand sich in dem Dorf Seerappen an der Bahnstrecke zwischen Pillau und Königsberg. Hier lagen die Zentrale des Marine-Luftschiffwesens für die östliche Ostsee sowie das Hauptquartier des Marine-Luftschifftrupps VI beziehungsweise der 2. Kompanie des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. Zur Unterbringung der Zeppeline entstand in Seerappen ab 1915 eine gigantische Halle von 7200 Quadratmetern Grundfläche und 35 Metern Höhe sowie 60 Metern Breite. Das Bauwerk, das von der Zeppelin Hallenbau GmbH errichtet wurde, konnte nach seiner Fertigstellung drei Militär-Luftschiffe mit Rumpflängen von rund 200 Metern gleichzeitig aufnehmen. Darüber hinaus gab es eine Anlage zur Her-



Beeindruckende Ingenieurskunst wie die Luftschiffe selbst: Blick in die Königsberger Luftschiffhalle Foto: Bildarchiv Ostpreußen

stellung von 12.000 Kubikmetern Wasserstoff pro Tag zur Füllung der Tragzellen der Zeppeline. Die Absicherung des Flugbetriebes der beiden Marine- und der vier Heeresluftschiffe, welche insgesamt von Seerappen aus operierten, erfolgte durch etwa 450 Mann Bodenpersonal.

Das bekannteste dieser sechs Luftschiffe war LZ 62, dem die Marine die taktische Bezeichnung L 30 gegeben hatte. Der erste aus einer Reihe von sogenannten „Superzeppelin“ mit zwei zusätzlichen Motor gondeln und vergrößertem Rumpf unternahm 31 Aufklärungsfahrten sowie zehn Angriffsfahrten und warf dabei 23 Tonnen Bomben ab. Er wurde im Mai 1917 von Tondern an der deutsch-dänischen Grenze nach Seerappen verlegt.

Unter dem Kommando von Oberleutnant zur See Boedecker unterstützte das Luftschiff bis zum November 1917 die deutsche Kriegführung im Osten. Dann erfolgte seine Außerdienststellung.

Zwischen Königsberg und Berlin

Nach der Niederlage des Kaiserreiches übernahm die Ostdeutsche Landwerkstätten Seerappen GmbH das Gelände der vormaligen Zeppelin-Basis und organisierte ab Dezember 1920 regelmäßige Flüge zwischen Königsberg und Berlin. Später befand sich hier eine Fliegerschule der deutschen Luftwaffe, bevor dann ab März 1941 auch Kampfmaschinen des Zerstörergeschwaders 76 in Seerappen stationiert wurden.

Die zweite Luftschiffhalle in Ostpreußen stand in der Ortschaft Diwitten nördlich von Allenstein. Sie war 28 Meter hoch, 35 Meter breit und 191 Meter lang. Ihre Einweihung erfolgte 1914. In Diwitten lag die 1. Kompanie des Luftschiffer-Bataillons Nr. 5. Die spektakulärsten Einsätze von hier aus flog das frühere Verkehrsluftschiff LZ 17 „Sachsen“ unter dem Kommando von Hauptmann Fritz George beziehungsweise später dann Oberleutnant Ernst Scherzer. So warf es ab Februar 1915 mehrmals Bomben auf die gegnerischen Verkehrsanlagen in Białystok, Wilna und Ciechanów bei Warschau. Dazu kamen Angriffe auf die Forts von Łomża. Beim letzten Bombardement des Bahnhofs von Wilna traf LZ 17 einen Munitionszug, dessen Ex-

plosion erheblichen Schaden anrichtete. Die Halle für die „Sachsen“ und weitere Militärzeppeline musste 1921 aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages demontiert werden und erhielt später eine neue Verwendung in Darmstadt. Dort dient sie noch heute als Parkhaus.

Und auch in Königsberg befand sich eine Luftschiffhalle. Diese beherbergte ab August 1914 unter anderem die drei Heeres-Zeppeline Z IV (LZ 16), Z V (LZ 20) und LZ 34. Das riesige Gebäude war von der Betonbaufirma Rautenberg aus Berlin sowie dem Stahlbauunternehmen Seibert aus Saarbrücken errichtet und schon vor dem Krieg an die deutsche Heeresverwaltung übergeben worden. Die 170 Meter lange Halle mit ihren 36 Meter hohen und je 40 Tonnen schweren Torflügeln stand im Stadtteil Klein-Amalienau.

Verluste

Z IV (LZ 16) unter dem Kommando von Hauptmann von Quast wurde gleich zu Kriegsbeginn der 8. Armee zugeordnet und unternahm zunächst nächtliche Aufklärungsfahrten über der zaristischen Festung Osowiec. Bei Bombenangriffen auf Warschau und das russisch besetzte Lyck erhielt der Zeppelin mehrere Hundert Treffer und konnte wegen der so verursachten Rumpfschäden bald nur noch als Schulschiff verwendet werden. Z V (LZ 20) ging bereits im August 1914 während der Schlacht bei Tannenberg verloren, in deren Verlauf Hindenburgs VIII. Armee die ins südliche Ostpreußen eingedrungenen russischen Kräfte zerschlug. Aufgrund des hohen Gasverlustes durch den Beschuss während der Bombardierung der Bahnanlagen von Mława musste das Luftschiff im Feindesland niedergehen, wobei die Besatzung in Gefangenschaft geriet.

Mit einem Totalverlust endete auch die letzte Mission von LZ 34. Der Zeppelin erhielt am 21. Juni 1915 mehrere schwere Treffer und verbrannte dann beim Versuch, in Insterburg notzulanden.

12.000

Kubikmeter Wasserstoff pro Tag wurden verwendet, um allein in Seerapp die Tragzellen der Zeppeline zu füllen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Hier ist Polen!“

Sejmabgeordneter Janusz Kowalski wettert gegen zweisprachige Bahnhofsschilder in Oberschlesien

Polen steht in diesem Jahr vor einer Volkszählung – da könnte man doch wieder alte Ressentiments gegen Deutsche anklingen lassen, dachte sich wohl Janusz Kowalski von der rechtskonservativen Partei Solidarna Polska, die 2012 von vormaligen PiS-Mitgliedern gegründet wurde. Der in Oppeln geborene Kowalski, der es bis zum Vizeminister für Staatsvermögen schaffte, ist dafür bekannt, dass ihm

die deutsche Volksgruppe ein Dorn im Auge ist.

Diesmal hat er sich die doppelsprachigen, polnisch-deutschen Bahnstationsschilder in Oberschlesien herausgepickt. Und davon gibt es im Gegensatz zu zweisprachigen Ortsschildern mal gerade zwei. Es geht um Chronstau [Chrzastowice] und seinen Ortsteil Dembiohammer [Dębska Kuźna] in der Woiwodschaft Oppeln.

Und diese wieder abzuschaffen, hat sich Kowalski auf die Fahne geschrieben. „Vor sechs Jahren wurden rechtswidrig und auf Druck seitens der Bürgerplattform sowie der Deutschen Minderheit in Oppeln deutsche Bahnstationsschilder angebracht“, schrieb er auf Facebook. Und gleich nachdem am 3. Februar das Ministerium für Infrastruktur die Aufsicht über die Polnischen Staatsbahnen (PKK) und die Tochtergesellschaft für Bahntrassen übernommen hatte, brachte Kowalski eine parlamentarische Anfrage ein. Geprüft werden soll nun erneut die Rechtmäßigkeit der Aktion von vor sechs Jahren. Kowalski ist der Meinung, die Schilder „rufen den Unmut der Fahrgäste hervor und führen zu Desinformation“. Seinem Frust verleiht er bei Twitter Ausdruck mit den Worten: „Hier ist Polen!“

Rafał Bartek, Vorsitzender der Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln, sagte diesbezüglich in einem Interview der Tageszeitung „NTO“: „Die Gemeinde Chronstau hat lange mit dem Innenministerium beraten, um jegliche Unstimmigkeiten zu vermeiden. Die Entscheidung des Innenministeriums gab der Gemeinde schließlich das Recht, das Minderheitengesetz überall dort anzuwenden, wo eine topografische Bezeichnung auftaucht“ und eben nicht nur an Straßen.

Politisch motiviert

„Die Schilder wurden schließlich im Dezember 2015 aufgestellt, als bereits die PiS regierte“, so Bartek weiter. Die Bahn hätte im August 2020 ihre Richtlinien zur Kennzeichnung der Bahnstationen geprüft, und obwohl festgeschrieben wurde, dass Ortsbezeichnungen nicht in Fremdsprachen übersetzt werden, gebe es eine Ausnahme, und zwar Namen von Bahnstationen in Minderheitensprachen in Gebieten, in denen diese Gemeinschaften leben. Diese Richtlinien gäben anhand verbindlicher Muster vor, wie eine Tafel mit doppelter Ortsbezeichnung auszusehen habe, so Bartek weiter. „Sollten die Schilder abmon-

tiert werden, ist es keine juristische, sondern eine rein politische Entscheidung“, sagt er.

Laut Bernard Gaida, dem Vorsitzenden des (Dach-)Verbandes deutscher Gesellschaften in Polen, müsse Kowalski an seiner Wahrnehmung noch arbeiten. „Gewiss würde ihm der polnische Name Cieszyń am Bahnhof im tschechischen Teil Český Těšín der geteilten Stadt Teschen gefallen. Deutsche Bezeichnungen auf polnischen Bahnstationen in Oberschlesien kann er aber nicht aushalten. Hier sind gleiche europäische Standards für nationale Minderheiten nötiger denn je“, so Gaida gegenüber „Wochenblatt.pl“.

Gegenaktion der Jugend

Eine Gegenaktion in den sozialen Medien startete der Jugendverband der Deutschen Minderheit, der Bund der Jugend der deutschen Minderheit (BJDM). Unter #wPolisceusiebie (in Polen daheim) rief der BJDM auf, sich vor zweisprachigen Ortstafeln zu fotografieren und diese Bilder zu publizieren.

„Zweisprachige Schilder aller Art sind für Minderheiten etwas völlig Natürliches. Sie sind Träger der Geschichte, Kultur und des Erbes nicht nur der Deutschen Minder-

heit der Woiwodschaft Oppeln, sondern für ganz Polen. Kowalski sagt aber, sie sind ein gefährlicher Präzedenzfall“, schrieb so auch Konrad Müller, Pressesprecher des BJDM, auf Facebook. Am 9. Februar organisierte der Jugendverband auf dem Oppelner Bahnhofsvorplatz eine Pressekonferenz. „Auch uns Jugendlichen dienen Minderheitenrechte, schließlich sind wir die Zukunft dieser Region. Wenn also jemand sagt, es sei gefährlich, dass die zweisprachigen Tafeln an den Bahnstationen in Chronstau und Dembiohammer hängen, dann ist es für mich einfach erschütternd. Wir sind doch hier zuhause und niemand sollte uns als gefährlich bezeichnen, nur wegen zweisprachiger Schilder, die für uns ein Symbol unserer Identität sind“, sagte Zuzanna Herud vom Jugendverband.

An der Pressekonferenz nahmen auch Vertreter regionaler Jugendorganisationen politischer Parteien teil. „Wir stehen hier vor dem Oppelner Bahnhof, der 1889 in dem deutschen Oppeln gebaut wurde. Heißt es, dass auch dieses Gebäude niedergerissen werden sollte?“, fragte rhetorisch Michał Branicki von der Jungen Union. Die Onlineaktion #wPolisceusiebie wird von anderen deutschen Minderheiten in Europa unterstützt. Chris W. Wagner



Die deutsche Volksgruppe ist ihm ein Ärgernis: Janusz Kowalski Foto: LB202020

BRÜCKE ÜBER DIE OSTSEE

Durch Eis und Schnee über die Ostsee

„MS Finn lady“ lässt sich vom Winter nicht ausbremsen

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Frierend stehen wir auf dem Sonnendeck an der Reling. Geschafft! Pünktlich schiebt sich der 46.000-Tonner aus dem Fährbecken hinaus in das inselreiche Schärenmeer, tastet sich im Slalom durch die tonnengespickte Fahrwinne. Nach einer Stunde liegen die Lichter von Helsinki hinter uns.

Krachend schlägt die Fracht-Passagierfähre ihre gepanzerte Nase in das Eis, das in 20 Zentimeter dicken Schollenpaketen am blauen Rumpf entlangschabte. Bis ins Deck neun, auf dem unsere Kabine liegt, ist das Gepolter zu hören. Wenn man jetzt glaubt, dass das Schiff dadurch abgebremst wird, hat man sich getäuscht.

Der Monitor des Fernsehers zeigt auf Kanal 2 Kurs und Geschwindigkeit auf der elektronischen Seekarte an. Kapitän Pekka Stenvik, Finne mit deutschen Wurzeln und norddeutschem Zungenschlag sowie bekennender Stralsund-Fan aus Turku, steht auf der Brücke und drückt den Hebel des Maschinentelegrafen auf volle Fahrt voraus. Seine „Finn lady“ schiebt sich mit über 24 Knoten durchs Eis, als wäre es geschmolzene Butter und sie selbst ein Eisbrecher.

Eis-Piraten lauerten unterwegs

„Wir haben mit 42.000 Kilowatt unserer vier Hauptmaschinen genug Power dafür“, erklärt er, „denn wir fahren im Fahrplan, der eingehalten werden muss“. Zusätzlich schiebt ein steifer Nordwestwind von achtern. „Solche Verspätungen wie die Bahn können wir uns nicht erlauben“, kommt er darauf zu sprechen, dass in Deutschland wegen des Winterwetters Züge ausfallen und Weichen vereisen, „das ist für unsere Kunden nicht zumutbar“. Für langsamere, nicht so stark motorisierte Frachter sind jetzt alle Eisbrecher kostenlos im Einsatz, um die Häfen freizuhalten.

Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern und die Spezialfahrzeuge des Wasser- und Schifffahrtsamtes. Größtes und kräftigstes ist die „Arkona“, die bei Bedarf auch den Sund freihält. Kleinere wie die „Ranzow“ sind schon jetzt unter-



Die „MS Finn lady“ auf ihrer Eisfahrt über die Ostsee

wegs, um das zehn bis 15 Zentimeter dicke Eis zu knacken. Zwischen Schaprode und Hiddensee hat diesen Job „Swanti“ übernommen, die das für die Weiße Flotte Stralsund erledigt.

1963 türmte sich das Packeis sogar meterhoch an unseren Küsten. Zum letzten Mal zu fast 100 Prozent zugefroren war die Ostsee im Winter 1986/87 mit Eisstärken bis 120 Zentimeter und einer Fläche von 415.000 Quadratkilometern. Kompletzt zugefroren war sie dreimal in den 1940er Jahren. Das ist dann nur etwas für Großeisbrecher oder Schiffe wie die „Finn lady“, die die höchste finnisch-schwedische Eis-kategorie 1 A-Super aufweisen.

Im Mittelalter sind Händler mit ihren Waren sogar quer über die Ostsee gezogen: von Stralsund nach Danzig zum Beispiel, weil die Straßen unpassierbar waren. Auch Räuber, man könnte sie Eis-Piraten nennen, sollen diese Möglichkeit genutzt haben.

Zwischen Bornholm, Rügen und Hiddensee erwischt uns ein Schneesturm, der sich gewaschen hat. Im Nu sind alle Scheiben dicht von schnell vereisenden Flockenwirbeln, die Außendecks tief verschneit. „Das ist der Schnee“, so Kreibohm im Mobiltelefonat, „der auch uns eingedeckt hat“.

Gerade noch waren wir rund 2000 Kilometer weiter nördlich. Umgeben von Einsamkeit, Dunkelheit und endlosen Wäldern. Vor lauter Stille hört man das Blut in den Adern rauschen. Wir sind in Karelilien. Manchmal streicht nachts ein hungriger Wolf um die Hütte, wie man an den Spuren am nächsten Morgen erkennen kann. Bis der Schnee sie wieder zudeckt. Auch unser Wagen und die schmale, kurven- und hügelreiche Zufahrtspiste liegen unter einer dicken Schneedecke.

Gefährlicher Grenzzacken

Noch haben wir unseren Auftrag, einen werksneuen Volkswagen Tiguan unter Extrembedingungen zu testen, nicht ganz erfüllt. Die letzte Prüfung steht offenbar noch bevor: 340 Kilometer an der russischen Grenze entlang zum Fährhafen Helsinki-Vuosaari durchzukommen. Bei – 25 Grad, Schneetreiben und Eispiste.

Zwei Schiffsschornsteine mit dem markanten F für „Finnlines“ überragen das hochmoderne Hafengelände von Vuosaari. Das kann nur die „Finn lady“ sein. Im Konvoi, den ein Reederei-Kleinbus anführt, geht es mit nur einem Dutzend anderer Privatwagen über eine steile Rampe an Bord. Lkw und Trailer verschwinden dröhnend unter uns.

Unser Tiguan indes schlägt sich wacker auf der „Via Karelia“, wie die Fernstraße 6 auch genannt wird. Überschwere neunachsige Holztransporter klatschen uns ihre aufgewirbelten Schneemassen gegen die Scheibe. Für Sekundenbruchteile fährt man blind. Links neben der Straße taucht plötzlich ein russischer Wachturm auf. Man erschrickt bei diesem Anblick aus Zeiten des Kalten Krieges. Ein Zacken der elektronikgespickten Grenze stößt hier fast an die Straße. Wehe, man kommt hier vom Weg ab! Finnische Beamte bestrafen „Abweichter“ gnadenlos, was richtig teuer werden kann. Wir bleiben in der Spur und mit 80 bis maximal 100 Kilometern pro Stunde am vorgeschriebenen Limit.

Sorgen um rutschige Heimfahrt

Die Finnen nehmen es gelassen, denn die Reifen ihrer Autos sind mit Spikes versehen, die in Deutschland verboten sind. Wir setzen auf Allradantrieb, Spurhalteassistenten, ABS und fast ungenutzte Winterreifen. Von Hiddensee warnt NDR-Meteorologe Stefan Kreibohm noch: „Macht euch auf was gefasst, wenn ihr in Travemünde ankommt. Die A 20 wird zu einer Herausforderung!“ Auch dass Sund und Bodden komplett zugefroren sind, erfahren wir von ihm. Die Sorgen um eine rutschfreie Heimfahrt von Lübeck-Travemünde nach Stralsund wachsen. „Wenn's nicht anders geht“, meint Kollege Christian Rödel, „fahren wir eben langsam. Sicher ankommen ist besser als gar nicht!“

● **Info** „MS Finn lady“ (Schwesterschiffe auf der Travemünde-Helsinki-Route: „Finnstar“, „Finnmaid“); sonst noch fünf weitere Ro-Pax-Schiffe auf den Routen zwischen Deutschland, Schweden und Finnland; Bauwerk: Fincantieri, Italien; Baujahr: 2007; BRZ: 45.923; Länge: 2018,80 Meter; Breite: 30,5 Meter; Tiefgang: 7,10 Meter; Lademeter: 4200; Hauptmaschinen: 4 x Wärtsilä à 10.200 kW; Bugstrahlruder: 2 x 2000 PS; Rufzeichen: OJMQ; IMO: 9336268; Nationalität: Finnland; Heimathafen: Mariehamn; Reederei Finnlines, eine Gesellschaft der Grimaldi Group. Achtung: Zu Corona-Zeiten gelten besondere Vorschriften!

Ausbau der Oder findet nicht überall Befürworter

Die Sache ist nicht ganz frisch, denn schon 2015 entstand durch ein „Wasserstraßen-Abkommen“ über die gemeinsame Verbesserung der Situation in dem deutsch-polnischen Grenzgebiet – seinerzeit unterzeichnet vom Bundesverkehrsminister und vom polnischen Umweltminister – die Absichtserklärung eines Oderausbau. Der soll nämlich gewährleisten, dass künftig die Hochwasserabflussverhältnisse optimiert und stabile Fahrwasserhältnisse insbesondere für den Einsatz der deutsch-polnischen Eisbrecherflotte sichergestellt werden. Umgesetzt sind sie (bisher) noch nicht.

Eine bessere Fahrbarkeit für Fracht- und Lastschiffe, die beispielsweise den Industriestandort Schwedt/Oder mit seiner Papier- und Mineralölverarbeitung aufwerten soll, kann mit dem geplanten Ausbau einhergehen. Ein nicht zu vernachlässigendes Argument, in einer ansonsten wirtschaftlich schwach und im Schatten der Metropole Stettin [Szczecin] stehenden Gegend.

Einheimische sehen den Naturschutz im Vordergrund. Aus Orten beidseits der Oder im Bereich der Uckermark und Westpommern sind Menschen aber auch in Sorge, sie argumentieren nun in einer im Februar 2021 gestarteten Petition u.a. mit den Argumenten: „Hinter dem Feigenblatt Hochwasserschutz stecken vor allem wirtschaftliche Interessen. Die deutsche Seite möchte, dass die ‚Klützer Querfahrt‘ ausgebaut wird, damit große Schiffe von Stettin aus Schwedt und die Papierfabrik LEIPA erreichen können. Diese liegt aber auf polnischem Gebiet und Polen ist nur bereit für diesen Ausbau, wenn die Oder für große Binnenschiffe ausgebaut wird.“

Und: „Ein Ausbau durch eine Vertiefung der Oder würde zu einer allgemeinen Senkung des Grundwasserspiegels und somit zunehmend zur Austrocknung der Auen führen. Arten und Lebensräume, die auf die Auen angewiesen sind, wären dadurch gefährdet.“ Quelle: Andreas Schwarze, polen.pl

MUSEUM

Der Blockhausturm in Stargard

Die Basteja der „alten Burg“ diente als Verlies – Ein Entkommen war für Gefangene unmöglich

Stargard gehört zu den ältesten Städten in Westpommern. Das Wort Stargard stammt aus dem Slawischen und ist die Bezeichnung für „alte Burg“. Die Anfänge ihrer Entstehung reichen auf das 8. Jahrhundert zurück. Die Stadt hat heute 74.000 Einwohner und liegt 40 Kilometer von der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland entfernt. Von der Stadtbefestigung sind noch einige Türme und Tore erhalten. Der Blockhausturm wurde im 16. Jahrhundert als Wehrturm mit Schießscharten und Waffenkammern erbaut und später als Gefängnis genutzt.

Das Gebäude wurde wie ein Wohnhaus gebaut, die im Obergeschoß befindliche Wohnung hatte einen Durchmesser von 8 Metern und eine Wohnfläche von 50 Quadratmetern, hier wohnte der Gefangenen-Aufseher. Der Eingang befand sich in der Höhe des beidseitig anschließenden Wehrganges der Stadtmauer. Das untere Stockwerk mit 33 Quadratmetern war in Zellen aufgeteilt. Die Gefangenen

waren an Ringen, die an der Außenmauer befestigt waren, angeschlossen. Unter diesem Stockwerk gab es noch ein flaches Verlies. Ein Entkommen aus dem unteren Stockwerk war unmöglich, die Leiter konnte heraufgezogen werden. Die Höhe des Turms wird mit 20 Meter angegeben. 1740 hatte Friedrich der Große die Folter verboten.

Ab 1800 kam der Blockhausturm in Privatbesitz, er wurde unter anderem mehrere Jahre bis 1935 zusammen mit einem nebenstehenden Gebäude als Offizierskasino genutzt. Später wurden Wohnungen eingebaut. Im Zweiten Weltkrieg zerstört, fristete er zirka bis 1976 ein Dasein als Ruine.

Im Jahre 2000 haben die Stargarder dann ein sehr schön eingerichtetes Museum vorgefunden, in zwei runden Etagen waren Postkarten von vor 1945 den jetzigen Ansichten gegenübergestellt.

Heute wird der Turm Basteja genannt, er ist einzigartig in der Region Pommern.

In seinem Inneren wurde das Archäologische und Historische Museum eingerichtet. Es gibt Ausstellungen zur Geschichte der Stadt vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Neben der Möglichkeit, interessante Museumsstücke zu bewundern, werden den Besuchern auch zum Beispiel interessante historische Vorträge sowie Geburtstagsfeiern für Kinder angeboten.

Die renovierte Anlage beeindruckt durch ihr Erscheinungsbild und ist zu einem Schaufenster der Stadt geworden.

Heimatkreis Stargard

● **Info** Das kleine Museum des Heimatkreises Stargard „Heimathaus Stargard“ befindet sich in der Patenstadt Elmshorn in Schleswig-Holstein. Derzeit ist es, wie alle Museen, coronabedingt geschlossen. Geplant ist für den 17. bis 21. September ein Heimattreffen in Stargard. Auch hier kann derzeit leider keine feste Zusage gemacht werden. Informationen siehe im Internet: www.heimatkreis-stargard.de



Der Eingang zum Museum im Blockhausturm, heute Basteja genannt, eingebettet in die Stadtmauer. Dahinter lugt die Spitze des Eisturms hervor, vor dem sich zu deutschen Zeiten ein Blücher-Denkmal befand.

„Viele, die sich nicht trauen, ihre Meinung zu sagen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Michael Kellner, Bundesgeschäftsführer der Grünen, sagte anlässlich des Umbaus der Berliner Parteizentrale: ‚Wir bauen erst das Haus um und danach das Land.‘ Ich denke, das beantwortet die Frage des Artikels“

Michael Klemz, Malente
zum Thema: Hassen die Grünen ihr Land? (Nr. 1)

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GRÜNE NACHAHMUNG

ZU: HABECKS DEMOKRATIE (NR. 5)

Es ist schon gruselig, wie der Grünen-Co-Vorsitzende Robert Habeck allein schon mit dieser von Ihnen lobenswerterweise aufgedeckten „Warnung“ entlarvt wird. „Warnung“ vor denjenigen, „die die Demokratie zu einer Volksherrschaft umbauen wollen“.

Habeck verwendet also genau die Methode, vor der George Orwell in seinem dystopischen Roman „1984“ explizit warnen wollte: Begriffe kapern und bewusst umdeuten zum „Neusprech“ in der Diktatur Ozeaniens 1984 (und zunehmend alle Tage in bestimmten Kreisen der heutigen realen „Meinungslenker“ in unsere Welt der Bundesrepublik im Jahre 2021).

Habecks Methode entspricht dem Vorgehen des „Miniwahr“ (Ministerium der Wahrheit) = Propagandaministerium: die Sprache des Volkes von „schädlichen Begriffen“ reinigen und mit neuen Bedeutungen das „Umdenken“ instrumentalisieren. Ist das nun schon wissenschaftliche oder nur törichte Erfüllung der Parole „Unwissenheit ist Stärke“ und Teil eines Versuches der „Gehirnwäsche“ der Deutschen durch Ansätze einer so sichtbar werdenden, zukünftigen grünen totalitären Staatspartei?

Orwell hat seinen Roman nicht als „Rezept“ verwendet wissen wollen, wird aber anscheinend hier im konkreten Beispiel zur Nachahmung missbraucht.

Auf die kommende Rezension in der PAZ bin ich gespannt.

Jürgen Schaar, St. Wendel

VISION EINER WELTREGIERUNG

ZU: HABECKS DEMOKRATIE (NR. 5)

Robert Habeck warnt vor denjenigen, „die die Demokratie zu einer Volksherrschaft umbauen wollen“. Wer wie der Co-Chef der Grünen am ganz großen Rad dreht und eine Weltregierung installieren will, muss vor denen warnen, die eine richtig verstandene Volksherrschaft verwirklichen wollen. Die Welt hat viele Völker,

und daher schließen sich Volksherrschaft und Weltregierung gegenseitig aus. Wenn Habeck zwischen Demokratie und Volksherrschaft unterscheidet, kann er unter Demokratie nur die Herrschaft einer politischen Elite verstehen, die zwar vom Volk gewählt ist, aber sich selbst ermächtigt, eigene Ziele zu verfolgen, zum Beispiel eine Weltregierung.

Habeck ist nicht der einzige mit der Vision einer Weltregierung. Sie ist die Vision aller Globalisierer. Zur Vorbereitung einer Weltregierung treffen sich auf Asien-Europa-Meetings seit 1996 Regierungschefs und Minister regelmäßig zur Festlegung einer Agenda, die auch die Themen Einwanderung und „Global Governance“ umfasst. Kanzlerin Angela Merkel gehört selbstverständlich in die erste Linie der Visionäre mit dieser Zielsetzung. Sie erklärte bereits am 16. Juni 2005 auf der Festveranstaltung „60 Jahre CDU“, dass Deutschland kein Grundrecht auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit habe.

Dieter Bliesener, Hamburg

JAPANER VEREHREN SIEBOLD

ZU: EIN DEUTSCHER WAR WEGBE-REITER DER JAPANOLOGIE (NR. 5)

Vielen Dank für den informativen Bericht über Philip Franz von Siebold, den Begründer der Japanologie in Deutschland.

Eine wesentliche Ergänzung erscheint mir notwendig: Es gibt in seiner Geburtsstadt Würzburg ein schönes Siebold-Museum. Die Wege dorthin sind mit zweisprachigen Hinweisschildern ausgestattet, da oft japanische Delegationen Würzburg besuchen, um die Heimat des berühmten Japanforschers Siebold kennenzulernen. Umgekehrt wird dem Besucher des Museums die japanische Kultur nähergebracht und man erfährt zum Beispiel, wie ein Kimono gefaltet wird, welche Pflanzen die Flora Japans bestimmen und welche Rolle die Siebolds als Medizinerdynastie in Würzburg gespielt haben.

Den Namen Siebold kennt in Japan jedes Schulkind, und ein reger Kulturaus-

tausch führt die Pionierarbeit Siebolds fort. Es wäre zu wünschen, dass neben der Namensgebung für ein Würzburger Gymnasium die Erinnerung an bedeutende Persönlichkeiten wie Philip Franz von Siebold erhalten bleibt und die Traditionen zum besseren Verständnis auch ferner Völker gepflegt werden.

Dr. med. Bernhard Sturn, Kitzingen

AUSGETRIEBENES HEIMATGEFÜHL

ZU: EINE NATION OHNE SELBST-BEWUSSTSEIN (NR. 4)

Es ist für uns Deutsche kein Wunder, dass sich nach Jahrzehnten der deutschen Teilung des Vaterlandes und den Verbrechen der NS-Herrschaft kein Selbstbewusstsein entwickeln konnte. In Frankreich, Polen, Großbritannien und den meisten europäischen Staaten konnte sich dagegen ein gesundes Nationalbewusstsein entwickeln. Wir sind noch nicht einmal ein einziges Vaterland, und das Heimatgefühl wird uns auch zunehmend ausgetrieben. Dichter wie Heinrich Heine, Friedrich Schiller, aber auch J. W. von Goethe waren im besten Sinne Deutsche und gehören zur Nationalkultur. Die barbarische NS-Zeit machte einen Verbleib in Deutschland unmöglich. Ich denke dabei an Heinrich und Thomas Mann, Kurt Tucholsky oder die Architekten des Bauhauses. 30 Jahre nach der „Wiedervereinigung“ Deutschlands sind noch immer viele Hausaufgaben zu machen.

Wolfgang Hornuff

SCHLUSS MIT VIRENLABOREN!

ZU: KOMMT DAS CORONAVIRUS AUS DEM LABOR? (NR. 4)

Nach der Lektüre des Artikels scheint es so zu sein, dass das Coronavirus in einem Hochsicherheitslabor in der Stadt Wuhan in China künstlich erzeugt worden ist und wahrscheinlich aus Unachtsamkeit in die Umwelt gelangt ist. Führende Virologen nehmen dagegen einen natürlichen Ursprung des Virus an. Was soll man als Laie glauben? Aber unabhängig vom Ursprung

des Coronavirus finde ich es gruselig, dass es überhaupt Hochsicherheitslabore gibt, in denen an Viren geforscht und künstliche erzeugt werden, vor denen die Umwelt mit Hochsicherheitstechnik geschützt werden muss. Ein solches Hochsicherheitslabor gibt es auch in Deutschland auf der Ostseeinsel Riems. Der Nutzen solcher Labore kann doch nicht größer sein als der Schaden, der durch aus solchen Laboren entwichene „Killerviren“ entstehen kann und wahrscheinlich zurzeit entsteht. Ich finde, solche Hochsicherheitslabore müssen schnellstens streng verboten werden und die Einhaltung dieses Verbotes scharf kontrolliert werden.

Gerhard Wagner, Ratingen

UNFERTIGES CORONA-PUZZLE

ZU: WENN UNZUFRIEDENHEIT AUF STARRSINN TRIFFT (NR. 4)

Wie und was bei Umfragen gefragt wird, spielt eine große Rolle. Es gibt sehr viele Menschen in Deutschland, die sich nicht trauen, ihre wirkliche Meinung zu sagen. Es ist hier ähnlich wie bei kritischen Äußerungen zur Flüchtlingspolitik.

Die desaströse Impfpolitik ist ein wesentlicher Punkt zum Stimmungsumschwung. Aber die gesamte Corona-Politik ist zwischenzeitlich zu einem riesigen Puzzle herangewachsen. Nur mit dem Unterschied, dass die Puzzleteile nicht mehr sinnvoll zusammengefügt werden können. Es muss bezweifelt werden, dass wirklich noch einer einen Plan hat.

Dennoch loben große Teile der Gesellschaft die Regierung, weil diese viel „Corona-Geld“ zur Unterstützung ausgegeben hat. Vieles ist aber noch immer nicht da angekommen, wo es sein sollte. Da, wo bereits Gelder geflossen sind, muss man Zweifel haben, ob man sich über die Sinnhaftigkeit Gedanken gemacht hat. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat geäußert, dass es keine Steuererhöhungen geben wird, und notfalls müsse man eben Tafelsilber verkaufen. Die möglichen Käufer dürften unschwer zu ermitteln sein.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Jetzt
erstmals als
preiswerte
Sonderausgabe!

Das Kultbuch des renommierten Nationalökonom und intellektuellen Gegenspielers von John Maynard Keynes

■ »Selten schafft es einmal ein Ökonom, mit einem Buch das breite Publikum aufzurütteln. Eine große Ausnahme bildet *Der Weg zur Knechtschaft*, jenes legendäre Buch des späteren Nobelpreisträgers Friedrich A. v. Hayek«, schreibt die *Süddeutsche Zeitung*.

»Ein Jahr vor Kriegsende popularisierte Hayek damit im Londoner Exil seine in den zwanziger und dreißiger Jahren gewonnenen Überzeugungen, vor allem die These, dass jeder Planwirtschaft eine Tendenz zum Totalitarismus innewohnt und dass es keinen Mittelweg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft geben kann. (...) **Einprägsam besonders Hayeks Begründung, warum Planwirtschaft und Demokratie nicht zusammenpassen.**«

Kommen Sozialisten wieder an die Macht?

Sozialistische Utopien werden im Westen immer populärer. Die Debatte, Immobilienbesitzer zu enteignen, ist bereits im Bundestag angekommen. Der SPD-Politiker und Bundesvorsitzende der Jusos, Kevin Kühnert, sowie Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen, sehen staatliche Enteignungen von privatem Immobilienbesitz als legitim an.

Umfragen bestätigen, dass sozialistische Utopien auch in der Bevölkerung immer beliebter werden. Die Zahlen sind teilweise erschreckend.

Nie war Hayeks Sozialismuskritik wichtiger als heute!

Laut *Deutschlandfunk* legt Hayek dar, »dass Sozialismus und Faschismus im Kern gleichermaßen den Weg in die Knechtschaft ebnen: Beide zielen auf die Zerstörung von Markt, Privateigentum, Demokratie und persönlicher Freiheit. Beide laufen auf ähnlich totalitäre Beherrschung der Gesellschaft durch eine politische Elite hinaus.«

»Heute ist Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* längst ein Klassiker unter den frühen Warnungen vor einem schleichenden Totalitarismus.« *Deutschlandfunk*

Bezeichnend ist auch, dass Hayeks Buch nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem internationalen Bestseller wurde – nur im besetzten Deutschland durfte das Buch nicht verkauft werden. Die Besatzungsmächte verboten die Lektüre!

Unterschätzen Sie die Gefahr des Sozialismus nicht!

Friedrich A. Hayek: *Der Weg zur Knechtschaft* • gebunden • 323 Seiten • Best.-Nr. 976 700



Sonderausgabe
nur 14.99 €*
statt 39.90 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

AHNENFORSCHUNG

Eine illustre Familie

Ein Lump und ein ehrbarer Komponist – Wer Genealogie betreibt, lernt vielschichtige Seiten seiner Vorfahren kennen

VON BETTINA MÜLLER

Ehrfürchtig stehe ich vor der kleinen Dorfkirche von Sabel, einem Ortsteil von Burg Stargard in der Nähe von Neubrandenburg. Meine Reise auf den Spuren meiner Ahnen hat mich auch an diesen Ort gebracht. Die Tür der in frischem Gelb angestrichenen Kirche ist verschlossen. Ich blicke durch das Fenster in das dunkle Innere und stelle mir vor, wie ein Vorfahrenpaar vor sieben Generationen – in der Ahnenforschung auch als fünffache Urgroßeltern bezeichnet – dort vor dem Pastor stand, um sich ewige Treue zu schwören. Doch einer der beiden hat den Schwur gebrochen.

Am Anfang des 19. Jahrhunderts lernte der Pächter Georg Heinrich Wollmer aus Berlin im Neubrandenburger Gasthaus von Jonathan Benjamin Sponholz dessen Tochter Johanna Wilhelmine kennen. 1802 heiratete Wollmer die „Demoiselle Sponholz“ in Sabel. Es muss eine einsame Zeremonie gewesen sein, denn die Namen von Trauzeugen sucht man im Kirchenbuch vergeblich. Irgendetwas hat somit nicht gestimmt, die Braut war vielleicht bereits schwanger und wohl auf einen Mann von zweifelhaftem Charakter hereingefallen.

Das schwarze Schaf in der Familie

Der „ehrbare“ Pächter erwies sich dann tatsächlich als Lump, der Frau und Kinder aufgrund seiner chronischen Spielsucht im Stich lassen sollte. Unbeirrt suchte er erst das Abenteuer, dann das Weite und wurde sogar steckbrieflich gesucht. Die leidgeprüfte Johanna war seit dem Verschwinden ihres Mannes mit ihren Kindern alleine auf sich gestellt und musste 1827 für deren Erziehung sogar den mecklenburgischen Großherzog anbetteln, zwei Jahre zuvor war Wollmer an Schwindsucht gestorben: „Eine arme Witwe, und Mutter unserer Kinder, von denen einige noch der Erziehung bedürfen, drückt mich der Mangel an Mitteln, sie zu brauchbaren Menschen zu bilden.“

Sohn Carl studierte zu dieser Zeit an der Universität zu Rostock Theologie, was



Mit der Lupe gesucht: Wer Genealogie betreibt, muss Einträge in alten Kirchenbüchern entziffern können

Foto: pa

ihn jedoch nicht daran hinderte, nach einem Duell auch den Karzer seiner Universität von innen kennenzulernen.

Wie der Vater so der Sohn? 1832 arbeitete er zunächst noch in der Nähe von Plau als Erzieher, geriet dort dann aber auch auf Abwege: 1833 wurde seine uneheleiche Tochter Minna geboren. Der kränkelige Carl Wollmer trat dann noch eine Stelle als Hilfsprediger in Friedland an, wo er „von Ostern 1835 bis zu Rudolphis [Pastor von St. Marien] Tode u. danach noch das Gnadensjahr hindurch in der hies. Marienkirche“ predigte, wie es später in seinem Eintrag im Sterbebuch heißen sollte. Am 4. Oktober 1847 starb er qualvoll an einer Gichterkrankung.

Sein Bruder Heinrich Jonathan war derweil in Charlottenburg ansässig geworden, wo der „Mehl- und Vorkosthändler“ 1833 in der Luisenkirche Henriette

Emilie Rungenhagen geheiratet hatte. Der eher seltene Familienname „Rungenhagen“, den bundesweit zirka 150 Personen tragen, ist im Berliner Raum vor allem durch den Komponisten und Direktor der Berliner Singakademie, Carl Friedrich Rungenhagen (1778–1851), bekannt. Tatsächlich zeigte es sich anhand der einschlägigen Kirchenbücher, dass Henriette die Großnichte zweiten Grades des Musikers war, dessen Vorfahren aus Liebenberg im heutigen brandenburgischen Kreis Oberhavel stammen. Henriette verlor ihren Vater Ernst Philipp, als sie gerade vier Jahre alt war.

Ein Weib mit furchtbarem Charakter

Der 1779 in Liebenberg geborene Urenkel von Johann Heinrich Rungenhagen war im zivilen Leben „herrschaftlicher Kunstgärtner“, wo genau er als solcher wirkte,

verraten die Quellen nicht. 1813 starb er als Landsturmmann – mittlerweile war der Freiheitskrieg gegen Napoleon ausgebrochen – im Alter von nur 42 Jahren im Berliner Lazarett am Weidendamm an Typhus. Lange Jahre hing die Gedenktafel, auf der man auch seinen Namen lesen konnte, für die Gefallenen der Freiheitskriege der Luisengemeinde in der Kirche, bis der Zweite Weltkrieg sie in Schutt und Asche legte.

Ernst Philipp hinterließ drei Kinder und eine wohl eher unbeliebte Angetraute. Zwei Jahre nach Ernst Philipps Tod heiratete seine Witwe erneut und veranlasste den Pastor zu diesem wenig herzlichen Eintrag im Kirchenbuch, dessen Fragment allein schon sehr aufschlussreich ist: „...ein tüchtiges arbeitsames aber böse ausgeschrienes Weib; wegen sein furchtbaren Charakter [??]“.

Das Gesamtbild aus den vielfältigen Quellen über die Familie Rungenhagen lässt den Schluss zu, dass sie eigentlich wenig abenteuerlustig war. Auswanderer gibt es bei ihnen so gut wie gar nicht, und die zahlreichen historischen Namensnachweise konzentrieren sich sehr auffällig auf das Gebiet Berlin und nördliches Brandenburg.

Ein Urahn aus Königsberg

Der erste Rungenhagen in Liebenberg, Johann Heinrich Rungenhagen (1692–1772) – der Großvater des Komponisten und mein genealogisch gesehen achtfacher Urgroßvater –, trat dort um 1715 in Erscheinung. Er kam aus Berlin, wo sein um 1635 wohl in Königsberg in der Neumark geborener Vater Peter bereits Schneider mit Bürgerrecht gewesen war. In Liebenberg trat er seine erste Stelle als Schulmeister und Schneider an und genoss so auch den Respekt seiner adeligen Brotherrn.

Bei den Taufen seiner Kinder gaben sie sich in der Regel die Klinke in die Hand. Am 16. März 1736 erschienen zum Beispiel gleich vier Vertreter des ursprünglich klevischen Adelsgeschlechts von Hertefeld in der Liebenberger Kirche, als Johanns Tochter Wilhelmine getauft wurde. 1652 hatte Jobst Gerhard von Hertefeld in der Gegend Land erworben und das sumpfige Gebiet mit Hilfe von holländischen Siedlern, Profis im Trockenlegen von feuchten Böden, urbar gemacht. Etliche Rungenhagens wirkten im Laufe der Zeit als Schullehrer in dem Ortsteil „Klevesche Häuser“, den man als Reminiszenz an die Pionierleistung der von Hertefelds so benannte.

Zurück in Berlin wartet Carl Friedrich Rungenhagen auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof noch auf Verwandten-Besuch. Dennoch schaut sein Profil auf dem strahlend weißen Gipsrelief etwas streng aus. „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“, heißt es auf seinem Grabstein. So hat Carl Friedrich mir noch einen wohlgemeinten Rat mit auf den Weg gegeben, und zwar, dass man die begrenzte Zeit des irdischen Daseins gut nutzen sollte.

HISTORISCHE FLIEGEREI

Die fliegenden Oldtimer von Usedom

Auf der Ostseeinsel bringen Fliegerasse alte Flugzeuge in die Luft – Nach dem Lockdown sollen auch Gäste wieder mitfliegen dürfen

Der erste Eindruck beim Betreten der Flugzeughalle ist ungewöhnlich. Da hockt ein Mechaniker auf dem Flügel einer Messerschmitt Bf 109 G aus den 1940er Jahren und werkelt intensiv im Motorraum herum. Man kommt sich wie bei den Anfängen der Fliegerei vor, wenn man die Erlebniswelt „Hangar 10“ auf dem Flughafen Heringsdorf besucht.

Ehemals gehörte dieser abgelegene Flugplatz in Zirchow auf Usedom südlich von Heringsdorf zum Seebad Swinemünde. In der DDR nutzte die Nationale Volksarmee mit ihren Maschinen das Areal, heute landen hier die Gäste der Seebäder. Der Gründer und langjährige Chef der „Lila-Bäcker“-Kette Volker Schülke, der am 2. August 2020 im Alter von 57 Jahren bei einem Flugzeugabsturz in seiner eigenen Pilatus P-2 ums Leben kam, hatte diese Erlebniswelt gegründet, um vielen Menschen die Faszination der historischen Fliegerei nahezubringen.

Seine nun bis zum Ende des Lockdown verwaiste Ausstellung, deren Zu-

kunft noch unklar ist, zeigt die Welt der Fliegerei aus Sicht der Piloten und Entwickler der führenden Flugnationen wie Deutschland, USA, Großbritannien und Russland. Besonders die Wiederauferstehung vieler deutscher Flugzeuge lag ihm am Herzen. So sind diverse Messerschmitt Bf 109, eine restaurierte Focke-Wulf Fw 190 und eine Fieseler Storch von 1937 zu sehen.

Vermächtnis des Absturzopfers

Zwei der Messerschmitts fliegen noch mit ihrem originalen Daimler-Benz-Zwölfzylinder vom Typ DB 605. Das Besondere an all diesen Oldtimern ist, dass sie sich eben immer noch in die Lüfte erheben können. Wer nach dem Besuch im Museum Lust verspürt mitzufliegen, wird von Mitarbeitern der „Erlebniswelt Hangar 10“ bei der Vermittlung eines Fluges unterstützt.

Dass der Ausstellungsgründer hier auf dem flachen Land in relativer Einsamkeit, fernab jeglicher Großstädte, dieses Unternehmen durchzog, liegt an seiner Heimat-

verbundenheit. Schülke stammte von Usedom, floh zur Wendezeit über Ungarn in den Westen, kam aber hierher aus Heimweh wieder zurück.

Er hat das in Europa einzigartige „Fliegende Museum“ innerhalb von zehn Jahren zu einem hohen Bekanntheitsgrad gebracht, sodass sich auch Gäste von weit-

her hierhin auf den Weg machten. Familien mit Kindern sollten sich an der Schau erfreuen, sodass noch eine Spiel- und Erlebniswelt mit angeschlossen wurde. Diese ist in Corona-Zeiten geschlossen, aber das Restaurant mit Blick auf die Piste bleibt geöffnet und erwartet die Besucher auch weiterhin.

Den Piloten von 1939 bis 1945 setzte der Museumsgründer ein Denkmal in Form einer bronzenen Skulptur im Garten seiner restaurierten und nach seiner Frau benannten Villa „Arite“ an der Seepromenade von Heringsdorf-Ahlbeck. Die Blicke aller Passanten fallen zwangsläufig auf diese Figur, und so mancher bleibt stehen und schaut genauer hin.

Schülkes Leidenschaft wurde ihm nun leider zum Verhängnis. Augenzeugen gaben an, dass es nach dem Start an diesem schönen Sommertag im August zu merkwürdigen Geräuschen kam und, nach einer kurzen Stille, die Maschine in ein freies Feld stürzte. Sein Vermächtnis jedoch lebt weiter.



Hat den Krieg überlebt: Wartungsarbeiten an einer Messerschmitt Bf 109 G von 1944

Silvia Friedrich

● FÜR SIE GELESEN

Griff nach der Weltherrschaft

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) verstärkt massiv ihre Unterwanderung und Beeinflussung des Westens. Sie will die führende Weltmacht werden. Ihre Erfolge dabei sind wesentlich größer, als man glaubt. Erstmals beweisen das die anerkannten China-Experten Clive Hamilton und Mareike Ohlberg in ihrem Buch „Die lautlose Eroberung“ anhand unzähliger Beispiele, sehr vieler KPCh-Dokumente sowie westlicher Erkenntnisse. Symptomatisch für Pekings Machthaber sei das Verbot jeglicher Kritik und das Totschweigen des Schicksals Hongkongs sowie Taiwans. Zugleich werde China in Form der KPCh als Vorbild für alle Völker hochgelobt.

Man erwarte „ausgewogene“ Berichterstattung, hören westliche Korrespondenten beim Visumantrag in Peking. Dieses Wohlverhalten werde oft eingehalten, um den Zugang zu China nicht zu verlieren. Namhafte Westblätter verbreiteten als Beilage die „China Watch“, hinter der sich indes die KPCh-Auslandspropaganda verbirgt. Der Londoner „Daily Telegraph“ erhalte dafür jährlich 750.000 Pfund.

An westlichen Universitäten vermittelten Konfuzius-Institute Sprache und Kultur Chinas, primär aber propagierten sie die KPCh, würden sie doch zur Hälfte von Peking finanziert und existierten zu dessen Bedingungen. Um zur Forschung nach China einreisen zu dürfen, zeigten sich manche Universitäten leider nicht der Freiheit von Lehre und Forschung verpflichtet. Bedenklich sei, dass einige sogar Chinas Wissenschaftler zu gemeinsamen Forschungsprojekten mit militärischem Nutzen einladen.

Erfolgreich in der Wirtschaft

Erfolgreichstes Vorgehen biete der chinesische Markt, ein Magnet für ausländische Unternehmen. Deren Abhängigkeit setze Peking auch als Waffe ein. Kanzlerin Merkel habe kürzlich ein Gesetz abgelehnt aus Furcht vor der Verdrängung der deutschen Autoindustrie. Die Wirtschaft auch anderer Länder fürchte, Kritik ihrer Regierung wirke sich negativ auf ihre Geschäfte aus. Dass dabei führende Industrie-Bosse oft jegliche Würde vermissen lassen, sei beschämend.

Überaus skeptisch werten die Autoren Pekings Seidenstraße, bei der die Chinesen in westliche Häfen investiere und dabei die Kontrolle über kritische Infrastrukturen anstreben. China sei bereits Miteigentümer der Häfen Rotterdam, Antwerpen und Piräus.

Zur Spionage setze die KPCh überall viel Geld ein. Sexuelle Verführungen erwiesen sich schon oft als erfolgreiches Mittel zur Erpressung. Westliche Abwehrstellen schätzen die Zahl der Peking-Agenten allein in Brüssel auf rund 250.

Abschließend fordern die Autoren nachdrücklich den Westen zur sehr notwendiger Verstärkung seiner Widerstandskraft auf, wenn er die Neuordnung der Welt durch die KPCh überleben will.

Ein Buch, dem man wirklich eine möglichst große Verbreitung wünscht.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Clive Hamilton / Mareike Ohlberg: „Die lautlose Eroberung“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2020, gebunden, 495 Seiten, 26 Euro

BILDBAND DER WOCHE

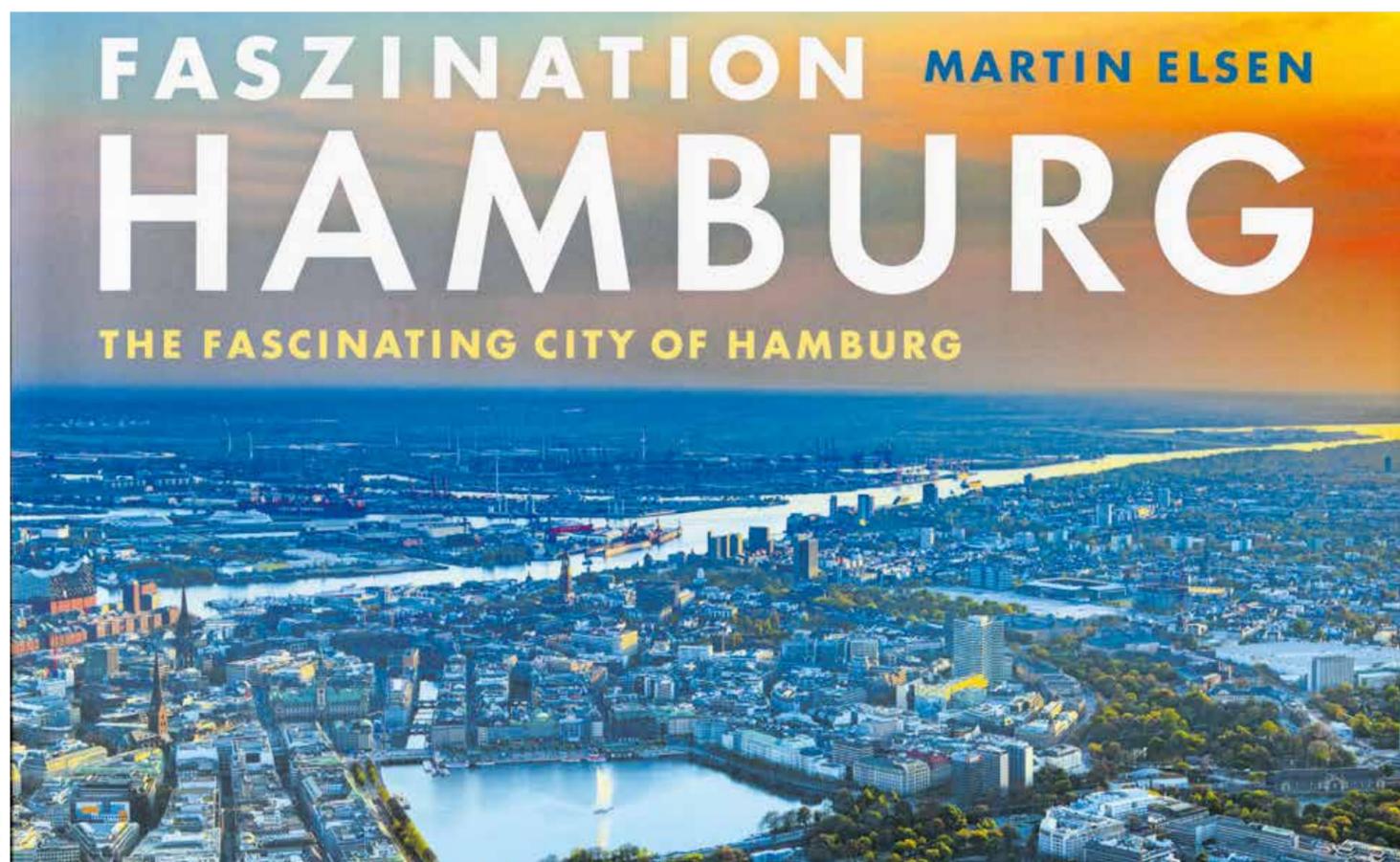


FOTO: COVER KOEHLER VERLAG

Die schönste Stadt der Welt nennen Hamburger ihrer Stadt gern. Die Hansestadt fasziniert viele Menschen mit ihrem kühlen Charme. Der Luftbildfotograf Martin Eilsen zeigt die norddeutsche Metropole aus der

Draufsicht vom Flugzeug aus. Es entstehen Eindrücke von der Vielseitigkeit der Stadt als wichtigem Industrie-, aber auch Kulturstandort mit erstaunlich viel Grün. Der Begleittext ist zweisprachig deutsch-englisch. **MRK**

Martin Eilsen: „Faszination Hamburg. The Fascinating City of Hamburg“, Koehler Verlag, Hamburg, 2. Auflage 2021, gebunden, 240 Seiten, 29,25 Euro

RUSSLAND

Den Dialog ständig fortsetzen

Der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, zieht eine kritische Bilanz seiner Jahre in dem autokratisch geführten Land

VON DIRK KLOSE

Nach fünf Jahren als deutscher Botschafter in Moskau zieht Rüdiger von Fritsch eine nüchterne Bilanz: „Wenig spricht dafür, dass Russland sich in absehbarer Zeit organisch transformiert, hin zu einem demokratischen Land mit funktionierendem Rechtsstaat und gerechterer Verteilung des Wohlstandes.“ Dennoch bleibe angesichts des Gewichts des Landes in der Weltpolitik nichts anderes übrig, als immer wieder zwei scheinbar unvereinbare Dinge auf einen Nenner zu bringen: prinzipienfest zu eigenen Werten zu stehen und gleichwohl dialogbereit zu sein.

Der aus einer baltendeutschen Familie stammende Diplomat war von 2014 bis 2019 deutscher Botschafter in Moskau. Die ersten Monate waren überschattet von der Ukraine-Krise. Die Beziehungen zum Westen verschlechterten sich dramatisch, und Fritsch erzählt, wie er alle Hände voll zu tun hatte, um eine völlige Eiszeit zu verhindern. Als der russische Einsatz in Syrien folgte und Moskau ein neues Wettrüsten ankündigte, habe Diplomatie nur noch Schadensbegrenzung bedeuten können.

Russlands Außenpolitik sei rücksichtslos Interessenpolitik. Habe das Außenministerium doch einmal Wissenssüsse, treibe der allmächtige Geheimdienst seine skrupellose Politik. Die interessantesten Passagen im Buch sind wörtliche, meist sehr offenerzige Zitate aus zahllosen Begegnungen mit russischen Offiziellen, die in ihrer Summe fast jedes (westliche)

Lehrbuch zur russischen Außenpolitik ersetzen.

Viel bedrückender ist der Abschnitt zur inneren Lage des Landes, des an Bodenschätzen reichsten Landes der Erde, das wegen Korruption, überbordender Bürokratie und schamloser Gier nach Geld und Einfluss einer Putin-ergebenen Clique („eine Loyalität aus Angst“) in latentem Krisenmodus verharrt. Fritsch hat viele Wissenschaftler, Ökonomen und mutige Oppositionelle kennengelernt. Besonders von Letzteren schreibt er mit größter Hochachtung. Der „Große Vaterländische Krieg“ müsse noch immer als Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft herhalten. Die Gesetzgebung zur Verfolgung Andersdenkender sei so perfide verfeinert, dass man gegen sie verstoße, egal wie man sich verhält.

Alle Bücher zur aktuellen Politik sind natürlich Momentaufnahmen. Diesem ungewöhnlich klugen und kenntnisreichen Buch attestiert der russische Bürgerrechtler Viktor Jerofew in einem Grußwort als „Zeugnis sensibler Diplomatie“ bleibenden Wert. Das wirkt nicht zu hoch gegriffen.



Rüdiger von Fritsch: „Russlands Weg. Als Botschafter in Moskau“, Aufbau Verlag, Berlin 2020, gebunden, 350 Seiten, 22 Euro

KLASSIKER

Ein Ding von Schönheit

Vor 200 Jahren starb der englische Dichter John Keats. Berliner Verlag bringt sein Epos „Endymion“ neu heraus und macht sich auch sonst verdient

VON HARALD TEWS

Auf dem protestantischen Friedhof von Rom findet sich der Grabstein eines namenlosen jungen englischen Poeten mit der Inschrift: „Here lies One Whose Name was writ in Water“ (Hier liegt einer, dessen Name ins Wasser geschrieben war). Es ist das Grab des Dichters John Keats, der ähnlich wie seine zeitgenössischen frühromantischen Landsleute Percy Bysshe Shelley und Lord Byron in südlichen Gefilden früh den Tod fand. Am 23. Februar jährt sich sein Tuberkulose-Tod im Alter von 25 Jahren zum 200. Mal.

Bekannt wurde Keats durch Oden wie jene auf eine „Griechische Urne“ oder an „Psyche“. Nach seinem bekannten Sonett „Bright Star“ ist sogar ein Kinofilm von 2009 über den Dichter benannt worden.

Einen ersten Beweis seiner Dichterkunst legte er aber 1817 mit dem Versepos „Endymion“ vor, in dem er in vier Büchern mit jeweils etwa 1000 Zeilen die Liebe der bei Keats als Cynthia benannten Mondgöttin zu einem Schäferjüngling besingt. Obwohl die Dichtung zu Keats Leb-

zeiten schlechte Kritiken erhielt, ist sie in England zum Klassiker geworden.

Beim Berliner Verlag Das kulturelle Gedächtnis liegt das Epos in einer vorzüglichen Übersetzung von Mirko Bonné vor. Das „heroic couplet“, ein paarweise gereimter jambischer Pentameter, ist dabei nicht immer leicht ins Deutsche zu übertragen. Der vielzitierte Anfangsvers „A thing of beauty is a joy for ever“ klingt im Deutschen etwas schwerfällig: „Ein Ding von Schönheit ist ein Glück für immer.“ Doch durch den Vergleich mit dem auf den linken Seiten stehenden englischen Originaltext kommt man leichtfüßig durch die Geschichte. Anmerkungen neben dem deutschen Text helfen über Verständnisprobleme hinweg.

Überhaupt sind die Bücher von Das kulturelle Gedächtnis allesamt hervorragend ediert. Das gilt auch für den jüngst erschienenen Gedichtband „A Language that is ever Green“ des Keats-Zeitgenossen John Clare, der nun mit einem Vorwort des Übersetzers Manfred Pfister ebenfalls auf Englisch und Deutsch vorliegt. Solche Bücher verschönern jede Klassikerbibliothek. **Harald Tews**



John Keats: „Endymion. Eine poetische Romanze“, Englisch/Deutsch, übersetzt von Mirko Bonné, Verlag Das kulturelle Gedächtnis, Berlin 2018, gebunden, 272 Seiten, 32 Euro



John Clare: „A Language that is ever Green“, Gedichte Englisch/Deutsch, übersetzt von Manfred Pfister, Verlag Das kulturelle Gedächtnis, Berlin 2021, gebunden, 272 Seiten, 28 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Vergleiche sind heikel. So etwa erteilt Stephan Harbarth, nach langem CDU-Abgeordnetendasein nun Präsident des Bundesverfassungsgerichts, per Interview laute Rügen, wenn Gegner der Corona-Maßnahmen diktatorische Politik-Strukturen zu erkennen glauben. Derartige Vorwürfe relativierten die „Naziherrschaft“, so der Richter. Weniger problematisch ist es, wenn Carlo Masala, Lehrstuhlinhaber für Internationale Politik an der Münchener Bundeswehr-Universität, auf Twitter ein Foto von Eva Braun, der Frau Adolf Hitlers, neben ein Bild der AfD-Politikerin Alice Weidel stellt und erstere als „Virus“, letztere als „die Mutante“ bezeichnet. Zwar sah sich der Professor schließlich zur Löschung veranlasst, gab als Grund jedoch „Missverständnisse“ an und stellte klar, dass er nicht daran denke, sich zu entschuldigen. Die Universität ließ wissen, die Sache sei eine private Äußerung gewesen, von der Meinungsfreiheit gedeckt. Konsequenzen hat Masala wahrscheinlich nicht zu befürchten. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Vor dem Hintergrund des Amtsenthebungsverfahrens gegen Ex-US-Präsident Donald Trump wirft Urs Gehriger den US-Demokraten Heuchelei vor. In der Züricher „Weltwoche“ (12. Februar) schreibt er:

„Wo waren die Demokraten letzten Sommer, als linke Mobs bei 574 gewalttätigen Ausschreitungen quer durch Amerika marodierten? Als mehr als 2000 Polizeibeamte verletzt wurden? Als 25 Menschen ums Leben kamen? Als ein Totalschaden von bis zu zwei Milliarden Dollar verursacht wurde? Geschwiegen haben sie, die jetzt ‚Fürio!‘ schreien. Ihre Heuchelei kennt keine Grenzen. Die Spaltung Amerikas auch nicht, die die Demokraten mit ihrem Schauprozess noch tiefer treiben.“

Detlef Krüger, von 1989 bis 2016 Leiter der Virologie an der Berliner Charité, weist in der „Welt“ (15. Februar) darauf hin, dass Schweden besser durch die Pandemie gekommen sei als Länder mit harten Lockdowns wie Spanien, Belgien oder Italien. Er fordert daher:

„Es muss besser analysiert werden, welche Maßnahmen des Lockdowns überhaupt eine Auswirkung auf die Reduktion der Virusübertragung haben ... Schweden hat stärker auf die Einsicht der Bürger gesetzt, Freiheiten nicht zu stark eingeschränkt und auf die Verpflichtung zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes verzichtet. Und trotzdem stehen sie im europäischen Mittel noch besser als der Durchschnitt da.“

Der Infektiologe Matthias Schrappe, der als stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates Gesundheit über Jahre die Bundesregierung beraten hat, fordert bei „Focus online“ (15. Februar) eine Abkehr vom Lockdown, den er für verhängnisvoll hält, denn:

„Die Logik dieses Instruments ist, dass man es immer weiter anwenden muss. Denn sonst werden die Zahlen ja wieder schlechter. Ich fürchte daher, es wird zu einer Betonierung dieses inadäquaten Instruments ‚Lockdown‘ kommen ... Frau Merkel hat sich in einen Tunnel vergraben. In der Risikoforschung nennt man das Kuba-Syndrom, wenn sich eine Führungsgruppe nur mit Menschen umgibt, die alle der gleichen Meinung sind.“

Sven Lindgreen fragt sich auf dem Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (11. Februar), warum der „Inzidenzwert“ für Öffnungen nicht längst viel höher liegt, sondern stattdessen sogar gesenkt wurde:

„Wenn die 50er Inzidenz nur deshalb über den Daumen geschossen wurde, um den Gesundheitsämtern die Kontaktnachverfolgung zu ermöglichen, warum ist diese Zahl jetzt nicht bei 100? Oder bei 200? Denn es war ja ein geschlagenes Jahr Zeit, die Gesundheitsämter ... mit Online-Datenbanken, Material und Personal auszustatten! Es war ein Jahr Zeit!“

● WORT DER WOCHE

„Es wäre gut, wir hätten einen professionelleren Menschen in dieser Verantwortung.“

Wolfgang Kubicki, Vizepräsident des Bundestages und FDP-Politiker, in der Talkshow „Die richtigen Fragen“ (14. Februar) von „Bild Live“ über Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaiers Leistungen in der Corona-Krise

DER WOCHENRÜCKBLICK

Durchhalten!

Warum wir den ersehnten „Ewigen Lockdown“ schon fast erreicht haben, und was das alles soll

VON HANS HECKEL

Das Wichtigste ist, dass wir jetzt noch einmal durchhalten, damit wir das Erreichte nicht gefährden und unsere Chance auf eine bessere Zukunft nicht aufs Spiel setzen, sagt die Kanzlerin. Wenn sie das sagt, steht Angela Merkel ihre ehrliche Sorge ins Gesicht geschrieben. Wir fühlen mit ihr.

Denn tatsächlich: Wir sind ganz nah dran am Durchbruch zum „Ewigen Lockdown“. Ausgerechnet jetzt aber fangen Wankelmütige an zu flattern. Ausgerechnet jetzt! Dabei schien der Coup mit der 35 zunächst glatt durchzugehen. Merkel war denn auch sichtlich stolz und zufriedener. Mit der Kopplung von Öffnungsschritten an die Inzidenzwerte habe man etwas „Stilbildendes“ erschaffen. Sie wünsche sich, dass auch weitere Schritte an „Inzidenzwerte gebunden“ würden.

Sehen Sie genau hin: Sie hat nicht gesagt, „an den einen Inzidenzwert von ...“, sondern an „Inzidenzwerte“ gebunden. Da kommen nach der 35 also gleich die nächsten, noch niedrigeren. Selbst mit der 35 kann man mehr machen, als uns zunächst verraten wurde. Auf die Frage, wie lang dieser Wert denn unterschritten werden müsse, bis etwas gelockert wird, sagte Merkel wörtlich: „Mindestens drei Tage, sag ich mal, irgendwas zwischen fünf und drei Tagen oder drei und fünf Tagen sollte es sein. Sie können mal davon ausgehen, mindestens drei Tage.“ Zwei Tage danach präzierte sie die „drei bis fünf Tage“ noch einmal ein wenig: „Mindestens 14 Tage müssen wir stabil unter 35 bleiben.“ 14 muss demnach der Mittelwert zwischen drei und fünf sein.

Und welche Inzidenzwerte bilden danach unseren „Stil“? Ralph Brinkhaus, Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, hat uns das am 11. Februar im Bundestag verkündet: Er sprach von Zahlen unter zehn, ja sogar unter fünf positiv Getesteten bei 100.000 Einwohnern.

Na also, damit wäre das große Ziel erreicht. Rechnen wir das mal an Städten wie Freiburg im Breisgau oder Rostock durch, die etwas mehr als 200.000 Einwohner beherbergen. Bei einer Inzidenz von zehn dürften da also höchstens gut 20 Leute positiv getestet werden, in sieben Tagen. Laut dem Harvard-Experten Michael Mina sind bei den verwendeten PCR-Tests 80 bis 90 Prozent der „positiven“ Befunde in Wahrheit wertlos,

weil die Tests auch dann anschlagen, wenn die Viruslast für eine Infektion viel zu gering ist. In den beiden Städten reichten also zwei bis vier wirklich Infizierte (und nur die können krank werden oder andere anstecken), um bereits einen „Teil-Lockdown“ zu rechtfertigen. Da wiederum nur eine Minderheit dieser wirklich Infizierten auch ernsthaft erkrankt, reicht ein einzelner richtiger Covid-Patient, um beispielsweise die gesamte Gastronomie von Rostock oder Freiburg zwangsweise zu verammeln.

Da können wir doch ausgesprochen vorsichtig sein – den einen Kranken finden wir immer! So kann es also ewig weitergehen mit dem Lockdown, aber, wie die Kanzlerin mahnt: Um das zu erreichen, müssen wir jetzt vor allem durchhalten.

Dabei muss niemand Angst haben, in seinen Bemühungen alleingelassen zu werden. Unsere politische Führung hat schließlich großartige Vorarbeiten geleistet, um die Lage zielgerichtet zu verschlimmern. Denken Sie nur an die gefeierte „Warn-App“. Da hat Berlin viele Monate Zeit gewonnen, in denen die blöden Bürger auf die Segnungen der elektronisch gestützten „Nachverfolgung“ setzten. Als herauskam, dass das Ding völliger Schrott ist, war es für vieles zu spät. Und die Aktion hat nur 20 Millionen Euro gekostet!

Auch ist es gelungen, die Gesundheitsämter auf einem technischen Stand festzunageln, der im Kern älter ist als die große Mehrheit ihrer Mitarbeiter. Als Tarnnetz hat Merkel ihr verkrautetes Dauergesülze über die „dringend notwendige Digitalisierung“ über diese Blockade gelegt, damit die Deppen im Land glauben, da passiere etwas.

Dann der Streich mit der Impfung. Fast wäre es richtig losgegangen, was den Dauer-Lockdown ernsthaft hätte gefährden können. Gerade noch rechtzeitig konnte Angela Merkel die Gefahr bannen. Nun wird das Impfen wohl bis ins nächste Jahr dauern. Aber dann könnte längst das nächste Virus die Staffel übernehmen. Wenn wir Glück haben, müssen die Forscher mit der Vakzin-Entwicklung erneut durchstarten, was natürlich abermals dauert. Und wenn sie trotzdem zu schnell fertig werden sollten, wird die deutsche Politik vor „Impf-Nationalismus“ warnen und die Aktion mit dem Impfstart erneut in den Katakomben von Brüssel versenken.

Indes sollten wir uns nicht zu sicher fühlen. Klar, der Herbst kann uns eine Mutation bringen, die das Spiel von vorn beginnen lässt

zu einem Zeitpunkt, in dem nicht einmal die Impfung gegen die derzeitigen Varianten durch wäre. Darauf ist aber kein Verlass. Wie wir bereits berichten mussten, hat sich auch die „britische Mutante“ bislang eher als Reinfall erwiesen. Auf den britischen Inseln geht die Zahl der Positiv-Testungen rapide zurück. Doch vielleicht kriegt eine neue Variante im Herbst das ja besser hin.

Die Frage bleibt, warum macht die Politik das alles? Welchem Zweck dient das gigantische Zerstörungswerk? Eine interessante Frage, aber lassen Sie sich bei der Suche nach Antworten bloß nicht von kruden Verschwörungstheorien hinter die Fichte locken. Die Kanzlerin hat das Ziel schließlich schon ganz offen verkündet. Sie will den „Great Reset“, was zu Deutsch in etwa „Große Zurücksetzung“ bedeutet.

Zurücksetzen? Wohin denn? Das wird nie ganz klar, was die Frage besonders spannend macht. Dass es darum geht, „zurück“ zu mehr Wohlstand und Freiheit zu gelangen, können wir allerdings ausschließen. Sonst würde man ja nicht ausgerechnet an diesen beiden Pfeilern so eifrig sägen. Denken Sie nur daran, wie virtuos es Merkels Wirtschaftsminister Altmaier gelungen ist, die versprochenen Wirtschaftshilfen auf die lange Bank zu schieben.

Auch die strengen Grenzschließungen zu Österreich und Tschechien sprechen eine aufschlussreiche Sprache. 2015 hat uns Merkel noch wissen lassen, dass es gar nicht möglich sei, die Grenzen gegen Scharen orientalischer Analphabeten zu schützen. Den qualifizierten Grenzpendlern aus Böhmen konnte sie dagegen mit einer Handbewegung über Nacht die Tür vor der Nase zuschlagen. Man setzt halt Prioritäten für den „Reset“.

Den Leuten erzählt man, das habe man doch nur gemacht, um uns vor der „Mutation“ zu schützen, die in Böhmen wütet. Sicher doch, deshalb war ja auch zunächst vorgesehen, Mediziner und Pflegekräfte, die hierzulande auf die „besonders vulnerablen Gruppen“ treffen, von dem Pendelverbot auszunehmen, während tschechische Fabrikarbeiter draußen bleiben sollten.

Wie gesagt, jetzt heißt es vor allem: Durchhalten! Vielleicht ist der „Great Reset“ ja auch schon viel weiter vorgedrungen, als selbst Merkel es sich zu träumen wagt? Wir werden es sehen, wenn wir sehen, was in unseren Städten alles nicht wieder aufmacht, wenn irgendwann die gefürchteten „Lockierungen“ kommen sollten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de